

Die Neue Gesellschaft 2

Herausgeber:

Willy Brandt
Otto Brenner
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Karl Schiller
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm

Redaktion:

Leo Bauer (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer
Dr. Karl-Ludolf Hübener
Hans Schumacher
Anschrift der Redaktion:
53 Bonn, Baunscheidtstraße 17
Telefon 23 13 35, 23 13 20

Redaktionsbeirat:

Herbert Wehner
Hans-Eberhard Dingels
Bruno Friedrich
Wolfgang Jansen
Dr. Jens Litten
Dr. Günther Möller
Joachim Raffert
Dr. Werner Thönnessen

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149,
Telefon (02229) 70 31
Postcheckkonto Köln 580 70
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 08
Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 108-112

Die *Neue Gesellschaft* erscheint monatlich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.

Einzelheft 3,- DM, Halbjahresabonnement 15,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Halbjahresende.

Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 20,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende. Im Bezugspreis sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten. Anzeigenpreisliste Nr. 7

Seite	
83	Herbert Wehner Die SPD wird regieren und nicht resignieren Außerordentlicher Parteitag 1971 – Rück- blick und Versuch eines Ausblicks
91	Bruno Friedrich Integration und Reform Marginalien zum Organisations-Parteitag von Godesberg
97	Helmut Rohde Chancen europäischer Sozialpolitik
103	Jürgen C. Weichert Den Gesamtzusammenhang im Blick Kritische Gedanken zur Auseinander- setzung um die sozialliberale Ostpolitik
107	Ulrich Lohmar Die Wissenschaft ist eine Angelegenheit der Gesellschaft
113	Walter Grab Friedrich Engels – ein unfehlbarer Dogmatiker? Analysen – Diskussion
117	Klaus Harpprecht Unbehagen am Eliten-Bewußtsein
121	Josef Benzinger Die sozialdemokratische Linke an den Hochschulen
127	Helmut Gollwitzer Politik aus „christlicher Verantwortung“
129	Heinz Donath Kasperl-Theater Marginalien zu Caspar Freiherr von Schrenck-Notzings Demagogie gegen die Demokratisierung
132	Hans Schulte Eigentum und Eigentumspolitik
135	Manfred Opel Stagnation – ratios?
138	Wolfgang Dauting Noch einmal: Systemüberwindende oder systemverbessernde Reformen?
141	Walter Schilling Kooperation zwischen demokratischen Sozialisten und DKP?
143	Chronik des Jahres 1971 – 2. Halbjahr
153	Leserbriefe
156	Kritik
160	Bei der Redaktion eingegangene Bücher
160	Mitarbeiter dieses Heftes

Ein starkes Echo in der Öffentlichkeit hat der außerordentliche SPD-Parteitag im November/Dezember 1971 in Bonn-Bad Godesberg gefunden. Wie wenig die nach harter Diskussion erreichten Beschlüsse als „Eintagsfliegen“ einzustufen sind, zeigt die Tatsache, daß sich Kommentatoren aller Schattierungen noch Wochen später mit den Ergebnissen auseinandersetzen – kritisch und fair, aber auch verfälschend und diffamierend. Nachdem bereits in der NG 12/71 und 1/72 einzelne Themen analysiert wurden, unternimmt in dieser Nummer Herbert Wehner den Versuch, den gesamten Parteitag in die weitere Entwicklung der SPD einzuordnen – insbesondere mit dem Blick auf das Wahljahr 1973.

Nicht behandelt werden konnten bislang aus drucktechnischen Gründen Fragen der Parteiorganisation, die am „zweiten“ außerordentlichen Parteitag im Dezember auf der Tagesordnung standen. Bruno Friedrich holt das nach, bewertet die Organisationsreform und zeigt künftige Perspektiven auf.

Unter oppositionellem Dauerfeuer ist die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau eingeleitet worden. Die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition wird auch in den kommenden Monaten im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehen. In einem Beitrag rückt Jürgen C. Weichert einige sich hartnäckig haltende, aber schiefte Argumente zu recht.

Über die Ostdebatte sollte jedoch nicht die Europapolitik vergessen werden. Insbesondere die soziale Komponente wird in der EWG in den Vordergrund rücken müssen. Helmut Rohde beschäftigt sich mit Chancen europäischer Sozialpolitik; er erläutert methodische Ansätze und Schwerpunkte.

Belegangabe

Diesem Heft sind beigelegt Prospekte des Leske-Verlags und von GUT-Relsen.

Die SPD wird regieren und nicht resignieren

Außerordentlicher Parteitag 1971 – Rückblick und Versuch eines Ausblicks

In zwei Etappen haben die Delegierten des außerordentlichen Parteitags vom 18. bis 20. November und vom 17. bis 18. Dezember das Arbeitspensum bewältigt, das durch einen Beschluß des ordentlichen Parteitags von Saarbrücken im Mai 1970 vorgegeben worden war. Es war ein enormes Arbeitspensum, das streckenweise verwirrend unüberschaubar wirkte. Dennoch erwies sich der Parteitag in jedem Abschnitt als eine beschlußfähige Körperschaft. Als Problem bleibt zu lösen, wie die Beschlüsse den Parteimitgliedern nahegebracht, erläutert und in der Öffentlichkeit vertreten werden. Es wäre zu wenig, wenn dies allein vom persönlichen Engagement der Delegierten abhinge.

Platz und Rang dieses Parteitags im Blick auf die Entwicklung der Partei und auf die aktuelle Politik bezogen sind nicht einfach zu bestimmen. In der Reihe der ordentlichen Parteitage, die nach dem Statut alle zwei Jahre stattfinden, und der außerordentlichen Parteitage, für die das Statut besondere Voraussetzungen bestimmt, nimmt dieser außerordentliche Parteitag von 1971 auf Grund der von ihm zu behandelnden Themen wie auf Grund seines Verlaufs einen besonderen Platz ein. Die ordentlichen Parteitage befassen sich mit den politischen und organisatorischen Tätigkeitsberichten, nehmen Stellung zur aktuellen politischen Situation und wählen den Parteivorstand.

Durch außerordentliche Parteitage wurde 1959 in Bad Godesberg das Grundsatzprogramm der SPD beraten und beschlossen, 1964 nach Erich Ollenhauers jähem Tod die Wahl des Parteivorsitzenden Willy Brandt vorgenommen und 1969 für die Bundestagswahl desselben Jahres ein Regierungsprogramm beschlossen. Dem außerordentlichen Parteitag von 1971 waren durch Beschluß des ordentlichen Parteitags von 1970 Spezialthemen zur Behandlung übergeben worden. Es waren Themen, zu denen 1970 in Saarbrücken zahlreiche Anträge vorlagen, die nach Auffassung der Mehrheit damals eingehender und zusammenhängender Beratung bedurften, für die der ordentliche Parteitag nicht ausreichend Zeit hätte aufbringen können. Es handelte sich um Fragen der Steuerpolitik im Hinblick auf die in der Regierungserklärung der Bundesregierung von 1969 angekündigte Steuerreform, um Fragen der Reform der Parteiorganisation und um Fragen der Politik im Bereich der „Medien“ (Presse, Fernsehen, Rundfunk).

Die Entscheidungen in der Sache, die der außerordentliche Parteitag im November und Dezember 1971 zu den ihm vorliegenden Anträgen und Empfehlungen getroffen hat, wurden in anderen Artikeln (NG 12/71, 1/72 und in diesem Heft) speziell eingehend behandelt. Mein Rückblick, der zugleich der Versuch einer Einordnung dieses Parteitags in die weitere Entwicklung unserer Partei ist, kann nicht frei sein von sozusagen persönlichen Wertungen. Wenn ungeachtet von Meinungsverschiedenheiten dieser Versuch verstanden würde als ein Bemühen, Erfahrungen in den Dienst der Partei zu stellen, wäre der Verfasser dankbar.

Für die Beurteilung dieses Parteitags über den Tag hinaus ist zweierlei hervorzuheben:

1. Die Gründlichkeit seiner Vorbereitung durch Kommissionen, in denen nach einem festgelegten Schlüssel Vertreter aller Parteibezirke und des Parteivorstands die zu den

Sachgebieten der Steuerpolitik und der Reform der Parteiorganisation gehörenden Anträge beraten und durch ihre Empfehlungen an den Parteitag in den Zusammenhang gebracht haben, der zur Stellungnahme durch den Parteitag geeignet erschien.

2. Daß im Rahmen des Parteitags zäh gerungen, nicht gekniffen und schließlich — wenn auch oft knapp — entschieden wurde.

Eine vom Parteivorstand eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung der Empfehlungen zur Politik im Bereich der „Medien“ (Presse, Fernsehen, Rundfunk) hatte unter dem Nachteil zu leiden, daß sie nicht auf der von vornherein einvernehmlich bestimmten breiteren Grundlage mit Vertretern aus allen Parteibezirken hatte arbeiten können. Der Parteitag selbst hatte deshalb auf diesem Sachgebiet sozusagen nachzuholen, was im Rahmen der beiden vorher genannten Sachgebiete in monatelanger Zusammenarbeit hatte erarbeitet werden können. Eine schwere Belastung für den Parteitag.

Arbeitsökonomisch wäre die außerordentliche Fülle von Anträgen nicht zu bewältigen gewesen, wenn nicht — entsprechend einem 1970 in Saarbrücken gefaßten Beschluß — eine aus Vertretern der Parteibezirke und des Parteivorstands zusammengesetzte Antragskommission die fristgerecht eingegangenen Anträge behandelt und mit ihren Empfehlungen versehen den Delegierten rechtzeitig vorher zugeleitet hätte. Auf Beschluß des außerordentlichen Parteitags fungierte diese Antragskommission auch während des Parteitags selbst als dessen Antragskommission.



Im Gespräch: Herbert Wehner und Willy Brandt

Es schmälert weder die anerkannten Verdienste dieser Kommission noch die der Mitglieder der vorher genannten Kommissionen, wenn nach dem Parteitag bemerkt wird, daß methodische Verbesserungen solcher Art doch auch Grenzen der Wirksamkeit haben. Die Antragskommission war — wie man zu sagen pflegt — „überfordert“, als sich herausstellte, daß ihr Vorschlag, die Empfehlungen der „Medien“-Kommission zur Grundlage der Beratungen des Parteitags zu machen, nicht die Mehrheit fand. Da blieb nichts anderes übrig, als den Parteitag im Wechselspiel mit dem Berichterstatter wie eine große Kommission amten zu lassen; nicht lückenlos zum

Vorteil von Klarheit und Übersichtlichkeit der Gesamtheit der auf diesem Sachgebiet schließlich gefällten Entscheidungen.

Daß die Antragskommission selbst zur Frage der Antragsberechtigung an den Bundesparteitag aus verständlichen Gründen zu einem Vorschlag kam, das Antragsrecht der Ortsvereine sozusagen zu staffeln, das heißt, sie an die Unterbezirks- und Bezirksparteitage ihre Anträge richten zu lassen, denen das Recht zur Antragsstellung an den Bundesparteitag vorbehalten bleiben sollte, war — wie bemerkt — auf Grund ihrer außerordentlichen Belastung mit Anträgen zwar verständlich, konnte aber nicht auf Zustimmung des Parteitags rechnen. Hierbei ging es um eine prinzipielle Frage. Die Ortsvereine müssen unter allen Umständen die Möglichkeit haben, Anträge an den Bundesparteitag zu richten. Eine andere Frage ist es, wie Umfang und Weitschweifigkeit von Antragstexten und Begründungen vernünftigerweise rationell gehalten und wörtlich (was die Begründungen betrifft) in den Parteitagsunterlagen abgedruckt werden müssen.

Der Parteitag selbst hat beschlossen, für die weitere Behandlung und Ausarbeitung einer Vorlage zur Politik der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand eine Kommission bilden zu lassen, die nach den positiven Erfahrungen mit den Kommissionen zur Steuerreform und zur Parteiorganisationsreform zusammengesetzt werden und arbeiten soll, so daß dem nächsten ordentlichen Parteitag Bericht und Vorlage zur Entscheidung zugeleitet werden können. Dieser Beschluß spricht für den Willen der Mehrheit, „Nägel mit Köpfen“ zu machen. Es ist ungerechtfertigt, ihn abzuwerten als Aufschieben einer schwierigen Entscheidung oder Vor-sich-Herschieben eines nicht völlig ausdiskutierten Themas. Es wird sich zwar herausstellen, daß es Meinungsverschiedenheiten zur Lösung des Problems der Vermögens-Umverteilung oder -Verlagerung gibt. Es wird sich aber auch herausstellen, daß diese Partei die sittliche Kraft hat, die Schwierigkeiten dieses Problems anständig auszudiskutieren. Wenn man allerdings — unter Berücksichtigung des Zeitpunkts des nächsten ordentlichen Parteitags — daran denkt, daß man es sich auch vorgenommen hat, auf diesem die Probleme des Bodenrechts zu behandeln, so stellt sich die Frage, welche Spezialbelastungen ein Parteitag ertragen kann, der an der Schwelle eines Wahljahres von höchster Bedeutung für die Weiterführung der deutschen Politik und für die Führungsrolle der SPD stattfinden wird.

Methodisch und sachlich hat der außerordentliche Parteitag 1971 Ansätze entwickelt, die für die weitere Entwicklung der Parteiarbeit, einschließlich der prägenden Rolle der Parteitage für die praktische Politik, von Nutzen sein werden. Er hat allerdings auch erkennbar gemacht, daß für die unmittelbare Einwirkung der Partei auf die aktuelle Politik und für den Ausbau ihrer führenden Rolle eine Gefahr vermieden werden muß, nämlich die Gefahr, öffentliche Parteitage unter Aussparung der gerade brennend aktuellen Fragen der allgemeinen Politik zu absolvieren oder solche Fragen höchstens zur Kenntnis zu nehmen. Daß hierin ein Problem liegt, erwies sich sowohl bei der Festlegung der Tagesordnung innerhalb der im Statut vorgesehenen Frist als auch während des Parteitags selbst.

Es wäre politisch undenkbar gewesen, den außerordentlichen Parteitag lediglich zur Abhandlung der seinerzeit in Saarbrücken festgelegten Punkte zusammentreten zu lassen. Der Parteivor-sitzende, Bundeskanzler Willy Brandt, mußte nicht nur Gelegenheit haben, eine Rede zur politischen Situation zu halten, sondern auch Meinungsäußerungen aus den Reihen der Delegierten dazu zu hören und gegebenenfalls zu beantworten. Ebenso wäre es undenkbar gewesen, daß der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, Professor Karl Schiller, nicht zu den Problemen der Wirtschafts- und Finanzpolitik im Spannungsfeld der Weltwährungskrise Stellung nehmen konnte. Es ist aber kein Geheimnis geblieben, daß es Bestrebungen gegeben hat, sowohl über die Platzierung dieses politischen Berichts als auch darüber, ob er im Zusammenhang mit der von einem Parteitag solchen Ranges und zu dieser Zeit mit Recht öffentlich erwarteten Aussage der Führungsspitze der SPD und der von Sozialdemokraten geleiteten Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition überhaupt erstattet werden solle, zu „rangeln“. Auch das ist menschlich. Aber eine sozialdemokratische Partei, die so exponiert zu wirken hat, muß wissen, was sie sich und ihrer politischen Zukunft schuldig ist. Es genügte auch nicht, „zur Kenntnis zu nehmen“.

Andererseits gab es Bestrebungen, den Parteitag mit zahlreichen zusätzlichen Einzelfragen und Anträgen zu beladen, die es unmöglich gemacht haben würden, daß er das ihm von Saarbrücken übertragene Arbeitspensum tatsächlich leistete. Es mag am Rande daran erinnert werden, daß der Delegierte eines Parteibezirks, aus dem besonders viele und darunter manche recht umfangreiche Anträge zu den dem Parteitag aufgelagerten Spezialfragen eingebracht wurden, mit Stolz erwähnte, mit Hilfe einer „Abstimmungsanlage“ habe man es zu Hause fertig gebracht, so und so viele Anträge zu beschließen, daran möge man sich beim Bundesparteitag ein Beispiel nehmen. Scherz in allen Ehren, aber die Aufgliederung der Politik in eine drei- und mehrstellige Zahl von Einzelthemen ist, beim besten Willen aller Beteiligten und bei allem Respekt vor dem Recht auf Initiativen, von einer die Regierungsverantwortung tragenden Partei nicht in den Griff zu bekommen. Es hat sich praktisch bewerkstelligen lassen, das heiße Thema „§ 218“ aus dem Gesamtbereich der Strafrechtsreform auf diesem Parteitag in einer dem Ernst und der Bedeutung des Themas würdigen Form zu behandeln. Das ehrt die Delegierten dieses Parteitags. Es war aber wohl das zusätzlich zur Tagesordnung gerade noch Mögliche.

Wenn das Antragsrecht aller Parteigliederungen — also auch der Ortsvereine — uneingeschränkt erhalten bleiben soll, wofür alles spricht, muß die Methode gefunden und auch praktisch durchgehalten werden, den Bundesparteitag der SPD mit Anträgen zu befassen, die von ihm behandelt und beschlossen werden können. Er darf nicht dazu verurteilt werden, sich völlig zu zersplitteln oder lahmgelegt zu werden. Hier ist in nächster Zukunft ein Problem zu lösen, das unter anderem auch darin besteht, die gesetzgeberische und parlamentarisch kontrollierende Tätigkeit der Bundestagsfraktion stärker einzuspannen in den Kreislauf der sozialdemokratischen Willensbildung und die Parteilage in zusammenfassender — wenn auch keineswegs in summarisch oberflächlicher — Weise Stellung zu dem, was in dieser Beziehung getan oder eingeleitet worden ist, nehmen zu lassen.

Es wäre falsch anzunehmen, damit solle dem Parteitag die Rolle zugeschoben werden, nachträglich zu befinden über Angelegenheiten, die nicht mehr taufersch sind. Bei der Kompliziertheit mancher grundgesetzlich geregelten Zuständigkeiten in Gesetzgebung und Verwaltung eröffnet sich hierbei meines Erachtens sogar die Notwendigkeit, den Parteirat — nicht allein den Parteivorstand — in der Zeit zwischen Parteitagen mit Fragen zu befassen, die zum Bund-Länder-Bereich der Politik gehören. Initiativen in dieser Richtung wären lohnend und würden der Parteimitgliedschaft und den Organisationsgliederungen helfen, mitzudenken und mitzuwirken, ohne sozialdemokratische Willensbildung zu blockieren.

Unter dem Eindruck des außerordentlichen Parteitags vom November und Dezember 1971 dürfen und müssen wir festhalten:

In dieser Partei wird um die Lösung von Fragen und Problemen gerungen, die zwar unterschiedlich schwergewichtig oder vorrangig eingeschätzt werden, deren sachliche Berechtigung aber nicht in Abrede gestellt wird. Die Delegierten dieses Parteitags haben es einander und häufig gar sich selbst vielfach schwer gemacht. Aber daß es sich im Streit der Meinungen um Notwendigkeiten sozialdemokratischer Politik und nicht um fremdbestimmte oder von auswärts gesteuerte Politik handelt, das stand in keinem Augenblick in Frage. Es kann nicht daran vorbeigesehen werden, daß es im Verlauf dieses Parteitags „Festlegungen“ von und für Gruppen von Delegierten gegeben hat, sich bei Abstimmungen so oder anders zu entscheiden. Soweit um solche „Fronten“ mit sachlichen Begründungen gerungen wird, muß das ausgehalten und ausge tragen werden. Der Parteivorsitzende konnte aber mit Recht konstatieren:

„Diese Sozialdemokratische Partei ist und bleibt eine Partei mit einheitlicher Struktur, und sie wird nicht zu einer Dachorganisation verschiedener Verbände. Das wird sie nicht!“

Die SPD entspricht nicht der von der CDU einst praktizierten und beinahe legendären Vorstellung von einer „Kanzlerpartei“. Sie ist aber auch nicht „Flügelstaat“.

Als eine sich im Ringen um Selbstverständnis befindliche Partei wacht sie durchaus bewußt und häufig überscharf wirkend über die Notwendigkeiten konkreter Politik im konkreten Staat Bun-

desrepublik Deutschland. Auch dieser von der Anlage her und im Verlauf komplizierte Parteitag hat eindrucksvoll bewiesen, daß Willy Brandt der Ausdruck des gemeinsamen Willens aller Delegierten ist. Das heißt, daß die SPD regieren und nicht resignieren will. Das heißt auch, daß sie sich bemüht, behutsam Schritt für Schritt zu gehen. Doch sie erlaubt es sich auch, laut zu denken.

Selbstvertrauen 1972

Mit dem Blick auf das Wahljahr 1973 kommt dem Jahr 1972 besondere Bedeutung zu. In diesem Jahr haben die Sozialdemokraten Gelegenheit, gewichtige Voraussetzungen für einen im Jahr 1973 zu führenden Wahlkampf zu schaffen, durch dessen Ergebnis die Bemühungen und Leistungen der Sozialdemokratie in der ersten Periode der Koalitionsregierung Brandt/Scheel bestätigt und damit die Grundlagen für eine neue Periode konstruktiven sozialen und demokratischen Ausbaus unserer Bundesrepublik und für eine gesicherte Friedenspolitik gewährleistet werden.

Kommunalwahlen in einigen Ländern, die Landtagswahl im Lande Baden-Württemberg, die Betriebsrätewahlen mit dem neuen Betriebsverfassungsgesetz stellen den Sozialdemokraten „vor Ort“ Aufgaben, denen sie sich mit ganzer Kraft und mit Gründlichkeit widmen sollen. Sie können es mit gutem Gewissen tun und dürfen sich nicht, wie es streckenweise im Jahre vor der Bundestagswahl 1969 (also im Jahre 1968) der Fall war, einreden oder vorrechnen lassen, für die nächste Bundestagswahl lohne es sich eigentlich nicht, besondere Kraft zu investieren, weshalb man sich auf die übernächste einstellen solle. Nichts ist so gut, daß es nicht noch besser sein könnte; aber die von der Regierung Brandt/Scheel geführte und realisierte Politik ist so gut, wie sie unter den gegebenen Voraussetzungen sein kann. Was um den außerordentlichen Parteitag 1971 herum über die SPD und ihre Kondition gewissagt und geunkelt oder orakelt worden ist, hatte kurze Beine. Es wird nicht dadurch stichhaltiger, daß man es mangels besserer „Argumente“ auf Stelzen durch die jeweils aktuelle politische Gegend stolzieren lassen wird.

Die SPD kann mit Selbstvertrauen die Aufgaben des Jahres 1972 lösen. Selbstvertrauen ist freilich nicht zu verwechseln mit Selbstzufriedenheit, Selbstgenügsamkeit oder Selbstgerechtigkeit. Auch Selbstmitleid muß in dieser Reihe erwähnt werden.

Selbstvertrauen gedeiht allerdings nicht in einem Klima selbstmörderischer Konkurrenz- oder Gruppenkämpfe, womit immer sie begründet werden mögen. Selbstvertrauen verträgt sich aber mit Selbstachtung und dem Respekt vor der unterschiedlichen Auffassung anderer.

Der außerordentliche Parteitag 1971 hat den Delegierten Gelegenheit gegeben, einen Blick durch den Spalt in die „Zukunft“ zu tun, als Sprecher der unter dem Vorsitz Helmut Schmidts tätigen Kommission für ein „Langzeitprogramm“ (so der Arbeitstitel) aus den bisherigen Erkenntnissen ein Mosaik darboten. Es war eine den Bericht Erhard Epplers über die Gesichtspunkte der Steuerreform-Kommission ergänzende Skizze. Gebe sich aber niemand der Illusion hin, es könne bis in die Dezimalstellen im voraus ausgerechnet werden, was gebraucht werde, was notwendig sei in einigen Jahrfrünften und wie die finanziellen Mittel dafür aufgebracht werden. Was zu schaffen ist — bei fleißigster und gewissenhaftester Arbeitsleistung und gleichzeitig bei kritischster Selbstprüfung —, das kann eine Gesamtübersicht und -einsicht sein, geeignet, die Unterlagen für eine Art von Mehrstufenplan zur Durchsetzung der sozialen Demokratie in allen Bereichen zu liefern. Diese Unterlagen und Erkenntnisse aber dürfen nicht „totes Kapital“ werden. Sie bedürfen der Verschmelzung mit dem Kampfwillen derer, um deren zu realisierende Grundrechte es dabei geht. Die SPD braucht nicht nur die Anerkennung, sich Mühe zu geben, sie bedarf auch der tätigen Zustimmung zu den Schritten, die sie projiziert und zu denen sie ansetzt.

Ein Beispiel: Von der Intensität, mit der die Sozialdemokraten sich dafür einsetzen, daß die Gewerkschaften die diesjährigen Betriebsrätewahlen in der größtmöglichen Anzahl von Betrieben, Werken, Büros und Kontoren zu einem vollen Erfolg führen, von dieser Intensität wird viel abhängen und ausstrahlen für den späteren und dann zur rechten Zeit erforderlichen Schritt zur demokratischen Unternehmensverfassung. Je weniger Arbeitnehmer an Hand

eigener Erfahrung die Forderung „Mitbestimmung“ als eine „Funktionärsangelegenheit“ mißverstehen, je mehr die Forderung „Mitbestimmung“ als die den einzelnen Arbeitnehmer selbst lebhaft interessierende Forderung begreifen, um so nachhaltiger wird die Forderung sich durchsetzen.

Die Sozialdemokraten als Personen und die Sozialdemokratie als politische Kraft werden daran gemessen, ob sie in der Verantwortung wesentliche Fragen positiv, das heißt so beantworten, wie es den Interessen der breiten Volksschichten entspricht. Dabei muß die Gesamtrechnung stimmen. Es zählt sich nicht aus, Leuten nach dem Mund zu reden.

Im Jahre 1972 müssen wir möglichst vielen Menschen durch unser Verhalten, im Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen, mit Nachbarinnen und Nachbarn zu verstehen helfen, daß unser strategisches Ziel „Sozialer Ausbau der Demokratie“ und eine konsequent feste Friedenspolitik ihren eigenen konkreten Lebensinteressen entsprechen und daß es lohnt, mit den Sozialdemokraten Schritt für Schritt diesem Ziel zuzugehen.

Daß es sich dabei nicht um einen Spaziergang auf einem bequemen Weg handelt, haben wir nicht zu verbergen oder zu verhehlen.

„Nichts geschieht von selbst“ und „Reform bedeutet Überwindung, Auflösung angeblicher Sachzwänge“, hat Otto Brenner in seinem Grundsatzreferat dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall erklärt und erläutern dargelegt, daß es jetzt „nicht nur darum geht, das Erreichte zu festigen und zu verteidigen“, vielmehr gehe es jetzt darum, „durch Inangriffnahme der großen sozialen Reformen dafür zu sorgen, daß die zur Zeit herrschenden Verhältnisse nicht zementiert werden“. Denn: „Der gesellschaftliche Fortschritt muß weitergehen!“

In dieser grundlegenden Rede, die weit über den Kreis der unmittelbar Angesprochenen Widerhall gefunden und verdient hat, stellte Brenner fest: „Als wesentliches Merkmal der demokratischen Ordnung gilt ihre Offenheit oder, um es wissenschaftlicher auszudrücken, ihr Pluralismus. Das heißt: In dieser Gesellschaft können sich die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen organisieren und ihre Vorstellungen und Forderungen vor der Öffentlichkeit und dem Gesetzgeber vertreten. Es heißt aber auch — und das will man häufig nicht wahrhaben: Pluralismus umfaßt nicht nur ein Nebeneinander der verschiedensten Gruppen und Organisationen, sondern auch ein Gegeneinander.“

Die eindringliche Sachlichkeit von Otto Brenners Analyse und Prognose stach wohltuend ab von der einige Wochen später in Riesen-Zeitungsanzeigen verbreiteten ansuldigenden Propaganda-Erklärung „Wir können nicht länger schweigen“, mit der 62 namhafte Unternehmensleiter glauben zu machen suchten: „Wir stehen heute schlechter da als in der Flaute der Jahre 1966/67. Wenn sich die Schrumpfung der Investitionen fortsetzt, müssen wir mit schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen rechnen.“

Einer der Unterzeichner hatte noch Wochen vorher im Ausland schwadroniert, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung empfinde er noch ärger als die der Hitlerzeit. Daß es sich bei solcher Schwarzmalerei nicht um gelegentliche Ausrutscher handeln kann, darf man daraus schließen, daß von einem anderen namhaften Mann gleichen Standes ein Vergleich mit „vor vierzig Jahren“ gezogen wurde. „Panikmache gegen eine reformwillige Regierung“ hat Heinz Oskar Vetter, der Vorsitzende des DGB, dieses Treiben genannt.

In einem nachdenklichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Leitartikel der „Stuttgarter Zeitung“ (2. Oktober 1971) hatte sich dessen Verfasser eingehend mit Brenners Ausführungen zur Gesellschaftsreform befaßt und unter anderem dazu geschrieben:

„Und die Unternehmerseite wird erkennen müssen, daß die Forderung nach erweiterter Mitbestimmung der Arbeitnehmer und gleichmäßiger Vermögensverteilung, die Kern des gewerkschaftlichen Reformprogramms sind, nicht von einer Gruppe kommt, die die bestehende Freiheit-

liche Gesellschaftsordnung zu zerstören trachtet, sondern daß diese Forderungen als mögliche Bestandteile einer reformierten bundesrepublikanischen Gesellschaft der sachlichen Diskussion bedürfen. — Es sei denn, das Unternehmerlager würde sich offen in die Position des Klassenkampfes hineinmanövrieren, bestehende Machtpositionen ohne Rücksicht auf das gesellschaftliche Ganze verteidigen wollen, mit dessen Interesse der Unternehmer seinen Status bislang zu identifizieren vermochte.

Die Forderungen der Gewerkschaft nach einer Neuordnung des Bodenrechts, zur Steuer- und zur Kartellpolitik decken sich durchaus mit dem Allgemeininteresse . . .

Das Bewußtsein der Mängel dieser Gesellschaftsordnung ist zu weit fortgeschritten, die Argumente sind zu fundiert, als daß ihnen mit der einfachen Formel: „Geht es der Industrie gut, geht es allen gut“ begegnet werden könnte. Die Unternehmer werden ihrerseits ein am Allgemeininteresse orientiertes gesellschaftspolitisches Bild entwickeln müssen, das mehr ist als die Addition von sozialen und vermögenswirksamen Leistungen.“

Dies ist hier und im Zusammenhang mit dem Parteitag 1971 angeführt worden, um deutlich machen zu helfen, daß es vorwiegend darauf ankommen wird, die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse, so wie sie wirklich sind, zum Gegenstand sozialdemokratischen Reformbemühens zu nehmen und sich nicht in Thesen zu verlieren oder heiß- und festzulaufen.

Das Godesberger Grundsatzprogramm der SPD ist ein sozialdemokratisches Programm und nicht ein Stillhalteprogramm oder eine Anpassungsgebrauchsanweisung an das „Hergebrachte“. Es ist nicht damit ausgeschöpft, daß man auf seine „Grundwerte“ verweist. Die Abschnitte „Stetiger Wirtschaftsaufschwung“, „Eigentum und Macht“, „Einkommens- und Vermögensverteilung“ — um nur diese zu nennen — enthalten „Eckwerte“ sozialdemokratischer Politik, die es durchaus verdienen und vertragen, aktuell angewandt und konkretisiert zu werden.

1966 unternahm es ein SPD-Parteitag (in Dortmund), dem gleichermaßen rührend hilflosen als auch in den möglichen Konsequenzen gefährlichen Versuch des damaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard, „Die formierte Gesellschaft“ zu postulieren, die Gegenposition der mündigen Gesellschaft entgegenzustellen. Es lohnt, daran anknüpfend weiter zu arbeiten. „Godesberg“ hat nicht Bestehendes festgeschrieben, sondern es hat Startmöglichkeiten geschaffen. Es hat die Usurpation von Staatsgewalt durch jene, die durch wirtschaftliche Macht einen Einfluß auf Staat und Politik gewinnen, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist, als eine Herausforderung an alle bezeichnet, für die Freiheit und Menschenwürde, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft sind.

Nach Erfahrungen mit zwei Weltkriegen und den in ihrem Gefolge einhergehenden Diktaturen ist für die Sozialdemokratie die Demokratie nicht einfach deshalb die „beste“ Staatsform, weil in ihr die Konflikte offen ausgetragen werden können, sondern sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, damit gewährleistet wird, daß die gesellschaftlichen Kräfte entfaltet und nicht „formiert“ werden.

Wenn davon geschrieben und gesprochen wird, von der SPD werde versucht, die jungen Menschen mit radikalen Vorstellungen über gesellschaftliche Notwendigkeiten zu integrieren, so würde man „integrieren“ falsch verstehen, wenn man meinte, es gehe dabei darum, sie für die Karriere zu „zähmen“. Worum es geht, ist das Einbeziehen in den „Blutkreislauf“ sozialdemokratischen Lebens, Wirkens und Kämpfens. Weder quantifizierte Horizontmalerei noch „Diamat“, sondern das Ausschöpfen des Godesberger Grundsatzprogramms und das Wirken unter den für die Erringung der Gleichheit ihrer konkreten Chancen auf seine Forderungen angewiesenen Menschen bedeutet, „die Welt“, das heißt unsere konkreten Verhältnisse, zu ändern, statt sie lediglich zu interpretieren oder über sie zu resolutionieren.

Im Zusammenhang mit dem außerordentlichen Parteitag vom November und Dezember 1971 mag es erlaubt und geboten sein, mit dem Blick auf die geschichtlich bedeutende Aufgabe, die von uns Sozialdemokraten 1973 zu erfüllen ist, darauf aufmerksam zu machen, daß Innerparteilich und im „Großen Gespräch“ nach außen viel getan werden kann und getan werden muß, um alle in Bewegung zu bringenden Kräfte an der für sie geeigneten Stelle zum Zuge kommen zu lassen.

Innerparteilich: Jede und jeden an die für ihre und seine Fähigkeiten geeigneten Platz bringen und tätig werden helfen, ohne dabei Protektions-Gepflogenheiten einreißen zu lassen.

Nach außen: Das große Gespräch auch bei der Auswahl und Erörterung der Eignung von Kandidaten zu suchen und wirksam werden zu lassen. (Dazu ein beachtenswerter Beitrag von Günter Grass, Auszug a. u.)

Der außerordentliche Parteitag 1971 verdient es, ernstgenommen zu werden.

„... Die Sozialdemokratische Wählerinitiative – das heißt, locker organisierte Gruppen, die einzig aus politischem Bürgersinn tätig geworden sind – ist der Meinung, daß eine Partei, die gutbegründet die Demokratisierung der Gesellschaft anstrebt, zuallererst ihre eigene Organisation durchsichtiger und überschaubarer gestalten muß. So zielt denn auch unser wichtigster Vorschlag auf die Öffentlichkeit der Kandidatenaufstellung. Nach bisherigem Brauch werden die Kandidaten für Landtagswahlen oder Bundestagswahlen in der Regel hinter verschlossenen Türen ausgehandelt: streng geheim, als seien Bahr und Kohl tätig. Dennoch hat sich herumgesprochen, was in vorsorglich ungefüllten Räumen passiert. Interessengruppen raufen, Flügelkämpfe bewegen verschlossenen Mief; nach draußen dringen nur noch „gezielte Indiskretionen“. Der Wähler jedoch, dem die Aufstellung der Kandidaten wichtig zu sein hat, hört wenige, zudem abschreckende Informationen. Desinteressiert, weil uninformiert, wendet er sich ab und schimpft auf die „typische Parteienwirtschaft“.

Wir meinen, in jedem Wahlkreis sollte der politische Wettstreit der Kandidaten um die Kandidatur öffentlich ausgetragen werden. Wir meinen, zu einem frühen Zeitpunkt, etwa ein Jahr vor dem Wahltermin, sollte dem Wähler die Möglichkeit geboten werden, die Kandidaten, bevor sie von den Wahlmännern der SPD gewählt oder nicht gewählt werden, öffentlich zu befragen. (Die durchschnittliche Qualität der Abgeordneten in bundesdeutschen Parlamenten wird sich nur durch strengere Auswahl und kritische Mitsprache der Wähler steigern lassen.)

Wohlgemerkt: keine Primaries nach amerikanischem Vorbild, sondern die Öffentlichkeit der bisherigen Kandidatenaufstellung wird verlangt. Ein ähnlicher Modus sollte für die Listenkandidaten gefunden werden. Demokratische Vorgänge hinter statutenmäßig verschlossenen Türen sind fragwürdig und bedürfen einer Reform.“

(Günter Grass im „Politischen Tagebuch“ der „Süddeutschen Zeitung“ v. 11. 12. 1971)

Integration und Reform

Marginallen zum Organisations-Parteitag von Godesberg

Was ist die Ursache dafür, daß die Parteitage der SPD seit 1958 mit wachsender Intensität über Fragen der Parteiorganisation entscheiden? Der 17. und 18. Dezember reichten dem Außerordentlichen Parteitag von Godesberg nur knapp, um die vorliegenden Anträge zu verabschieden. Bleibt die Frage: Entspricht das Instrumentarium sozialdemokratischer Willensbildung den heutigen Anforderungen, auch dem Selbstverständnis einer modernen Mitgliederpartei? Symptome für Strukturveränderungen sind vorhanden.



Die Parteitagsprotokolle, vom Eisenacher (1889) bis zum Godesberger Parteitag (1959) inhaltlich noch überschaubar, sind heute dicke Konvolute: das Dresdner Parteitagsprotokoll 1903

ordentlichen Parteitag 1971. Deutlich wird dies bei einem Vergleich der Altersstrukturen der Parteitagsdelegierten 1959 und 1971.

81,5 Prozent der Delegierten des Parteitages 1971 waren unter 50 Jahre alt. Was im politischen Klartext heißt: In der SPD hat sich in den letzten Jahren auf den mittleren Führungsebenen und in den Ortsvereinen eine in ihrem Ausmaß kaum vorstellbare Generationenablösung vollzogen. Die größte Gefahr für eine 100 Jahre alte, sich progressiv verstehende Partei, die der altersmäßigen Verkrustung auf allen Führungsebenen, existiert nicht mehr.

Verständlich dagegen, daß Integrationsprobleme, von manchen als Mangelkrankheit an überliefelter Solidarität empfunden, die SPD bedrängen. Der Generationenschub zwingt, un-

Altersstruktur

Parteitag in Godesberg 1959

394 Delegierte, davon

bis 30 Jahre	33 Delegierte	8,3 %
31 bis 50 Jahre	175 Delegierte	44,4 %
51 und älter	186 Delegierte	47,3 %

Außerordentlicher Parteitag 1971 Bonn-Bad Godesberg

337 Delegierte, davon

bis 30 Jahre	29 Delegierte	8,5 %
31 bis 50 Jahre	246 Delegierte	73,0 %
über 51 Jahre	62 Delegierte	18,5 %

(Revisionismusstreit) 448 Seiten; das Godesberger Parteitagsprotokoll von 1959 640 Seiten; das Nürnberger Parteitagsprotokoll von 1968 hat 1342 Seiten, der Ergänzungsband dazu 458 Seiten. Die unkorrigierten Protokolle des Parteitages 1971: 960 Seiten – ohne die über 1300 Antragstexte. Nicht nur die bereits an den Seitenzahlen der Protokolle erkennbare Wandlung der Parteitage deutet auf Veränderungen im Gefüge der Willensbildung.

Verschieben haben sich die Altersgruppen der Delegierten. Nie gab es auf einem SPD-Parteitag jüngere Delegierte als auf dem Außer-

verzichtbare Positionen der Sozialdemokratie nicht nur nebenbei, sondern bewußt zu vermitteln, und für jene, die das Godesberger Programm noch als neuestes Ereignis sehen, sei bemerkt: mehr als die Hälfte der Delegierten, die dieses Programm 1959 beschlossen haben, ist 1972 über 60 Jahre alt. Für jung und alt in der SPD durchaus kein Anlaß (aus unterschiedlichen Motiven heraus), Kassandra zu werden. Wer in diesem 70er Jahrzehnt Regierungspartei sein und bleiben will, braucht Mobilität, braucht Vitalität, und braucht zugleich Stehvermögen.

Bedenklich dagegen, daß eine in allen politischen Systemen festzustellende Entwicklung auch eine Partei erfaßt hat, die im Deutschland des 19. Jahrhundert nach August Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“ (1879) die ersten Fundamente für die politische Emanzipation der Frau errichtet hat. Die Zahl der weiblichen Delegierten bei Parteitag geht ständig zurück.

Frauendelegierte bei Parteitagen

Parteitag	Delegierte	davon Frauen	v. H.
1925	398	52	13,0 %
1952	384	58	15,1 %
1959	394	44	11,1 %
1970	335	26	7,7 %
1971	337	19	5,6 %

Paragraph 13 der alten Fassung des Organisationsstatuts hatte bestimmt: „In alle Vorstände der Organisation und in alle Delegationen sollen auch Frauen und junge Parteimitglieder gewählt werden.“

Am frühen Abend des 17. Dezember hat der Parteitag diesen Paragraphen ersatzlos gestrichen. Ob es eine kluge Entscheidung war, muß man abwarten, mit Sicherheit war es eine Trotzreaktion empörter Frauen. Was mit diesem Paragraphen 13 auch beseitigt worden ist, ein Minderheitenschutz, ein Feigenblatt für unerträgliches patriarchalisches Gehabe der Genossen, ein raffiniertes Mittel, Frauen in den Vorständen zahlenmäßig zu begrenzen, so die Argumente, unbestreitbar, daß die langsam fortschreitende berufliche, die rascher sich vollziehende sexuelle und familiäre Emanzipation zum Teil aufgehoben wird durch das Abdrängen der Frau von den Entscheidungsebenen der Politik. Was bei Nachdenklichen die Frage auslösen müßte, ob es gesellschaftliche Wandlungen mit dem Charakter revolutionärer Veränderungen im Denken gibt, die sich unabhängig, sogar unbemerkt von denen vollziehen, die die Macht haben, und wenn ja: warum?

Ist dies ein Emanzipationsprozeß gegen den Willen der an Machtbeteiligung interessierten Gruppen eines sich pluralistisch verstehenden Staates? Trifft dies zu, dann hat eine progressive Partei die durch Gruppeninteressen gefährdete Autonomie der Frau zu verteidigen, kurz, die SPD muß Frauen politisch organisie-

ren, damit sie an der Demokratisierung, damit sie an der politischen Macht partizipieren. Die aus der Streichung des Paragraphen 13 sich ergebenden Konsequenzen hat der Parteitag nicht erörtert.

✱

Die Mandatsprüfungskommissionen der Bundesparteitage haben bisher nur die Alters-, nicht die Berufsstruktur der Delegierten bekanntgegeben. Doch lassen genauere Angaben über die Sozialstruktur der Delegierten bei Landes- und Bezirksparteitagen erkennen, daß zwei Drittel bis drei Viertel aller Delegierten Beamte und Angestellte sind; die Aufsteigergruppen der Industriegesellschaft können sich durchaus in der SPD repräsentiert fühlen. Die SPD wird darauf achten müssen, daß die Arbeiter, also jene, für die noch die meisten Rechte zu erkämpfen sind, sich auch künftig bei der SPD politisch aufgehoben wissen. Dies ist mit ein Organisationsproblem. Die Betriebsgruppenarbeit, die Repräsentation der Arbeitnehmer in der SPD, muß stärker beachtet, wahrscheinlich neu durchdacht werden. Eine Aufgabe über den Parteitag hinaus.

✱

Was auf dem Parteitag 1970 in Saarbrücken noch ausgesprochen hat wie ein vertagter Generationenkonflikt, Jusos gegen die übrige Partei, war am Ende des Jahres 1971 eine die Gesamtpartei erfassende Strukturveränderung. Freilich mit anderen als den von der CDU/CSU erhofften Konsequenzen. Wir stehen am Beginn einer neuen Phase der innerparteilichen Willensbildung, die auch die Verfassungswirklichkeit unserer Gesellschaft verändern kann. Beschreiben kann man dies genauer, wenn zuvor etwas über die historische Entwicklung der Willensbildung in der SPD ausgesagt wird, auch wenn durch die hier gebotene Kürze das Risiko einer zu groben Vereinfachung droht.

Die Gründungsphase der SPD, begleitet vom Versuch der Obrigkeit, die Sozialdemokraten aus dem Staat hinaus an den Rand der Gesellschaft zu drängen, wurde vor dem Ersten Weltkrieg abgelöst von der Eine-Millionen-Mitglieder-Partei, die sich als eigener sozialer Organismus entwickelte. Doch war das Leben der sozialdemokratischen Vereine und Organisationen oft ein Spiegelbild der bürgerlichen Ge-

sellschaft, wenn auch geprägt von anderen Inhalten und anderen Zielsetzungen. Auch mußte die Arbeiterklasse ihre eigene Führungsschicht heranbilden. Seit dem Sozialistengesetz lag die politische Führung in den Händen der Reichstagsfraktion, — weitgehend identisch mit dem Parteivorstand.

Nach 1945 gab es keine Erneuerung der sozialdemokratischen Vereine. Es gab auch keine mit der Partei organisatorisch verbundene Gewerkschaft. Der Einfluß der Parlamentsfraktionen, der sozialdemokratischen Regierungen ist in der Partei dadurch gewachsen, eine Entwicklung, die die Organisationsreform 1958 in Stuttgart, aber auch die Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 verstärkt hat, als durch die allgemeine Entideologisierung zunehmend die konkreten Fragen der Tagespolitik den politischen Streit bestimmten. Seit 1966 hat die Notwendigkeit, Ereignisse der Tagespolitik mit der Bevölkerung zu diskutieren, zugenommen, da die SPD die Politik Ihrer Regierung den Wählern erklären muß. Zugleich aber hat sich die Struktur der Mitgliederpartei verändert, bis hin zum Bundesparteitag. Dies ist ein wichtiges Ergebnis des 71er Parteitages. Mit weitreichenden Folgen.



Es ist eine Entwicklung gegen alle überlieferte Erfahrung, wenn nicht die Opposition, sondern die Regierungspartei sich regeneriert. Was sind die Ursachen? Das Godesberger Programm hat der SPD neue Gruppen zugeführt, so Persönlichkeiten aus dem kirchlichen Bereich, denen die Friedenspolitik Motiv und Motor eines überzeugenden Engagements ist. Die Bildungsprivilegien sind insoweit abgebaut als heute viele Arbeiterkinder nach einem Hochschulstudium in der Gesellschaft führende Positionen einnehmen, ohne deshalb die traditionelle Bindung zur SPD aufzugeben: aus der Klassenpartei der Unterprivilegierten wurde die aus eigener Kraft emanzipierte Volkspartei. Das Auseinanderfallen der bürgerlichen Familie hat viele, denen es in der Wiege bestimmt war, konservative Politik zu vertreten, in die Revolte des 68er Jahres getrieben. Die Revolte ist vorbei, aber für die daran Beteiligten gibt es kein Zurück zu konservativen Verhaltensnormen. Der neue Wert heißt Sozialismus. Viele nähern sich ihm durch das Studium der sozialistischen Klassiker und durch Beitritt in die

SPD — oft ohne die historischen Erfahrungsstufen der SPD begriffen zu haben.

Dies also wirkt zusammen: das Selbstbewußtsein einer aus der Klassengesellschaft emanzipierten regierenden Volkspartei, das moralische Engagement der sich am Godesberger Programm politisch neu orientierenden Kräfte, dazu die Vitalität einer neue Werte suchenden Generation, die überlieferte Verhaltensnormen zerreißt wie man Spinnengewebe beim Öffnen einer über lange Zeit verschlossenen Tür zu zerreißen pflegt: mit einer lässigen lästigen Geste. In diesem Zusammenwirken von Selbstbewußtsein, Engagement und Vitalität liegt für die Sozialdemokratie Chance und Gefahr.



Die Chance: Die politische Substanz der SPD reicht heute aus, um die Positionen der Entscheidungsebenen qualifiziert zu besetzen; eine wichtige Voraussetzung für wirksame Reformen. Der Steuerparteitag, die Diskussion über Massenmedien und Paragraph 218 lassen die Frage zu: Wo ist die Partei, der es möglich ist, unter ihren Mitgliedern diese Fülle an Sachverstand und Reformwillen zugleich zu mobilisieren? Wo ist diese Partei sonst? Die SPD ist heute eine an Ideen und an Menschen junge Partei, was heißt, daß sich die personellen und sachlichen Voraussetzungen Ihrer Regierungsfähigkeit noch verbessern werden. Um so wichtiger das Nehmen der 73er Hürde. Nie zuvor hatte die SPD eine so hohe Zahl an Mitgliedern, ausgestattet mit der Fähigkeit, sozialdemokratische Politik dem Wähler zu erklären.



Die Gefahr: In der SPD, die in Ihrer Geschichte gezwungen war, selbst eine qualitativ und quantitativ hinreichende Führungsschicht heranzubilden, war die Führungsautorität der Vorstandsgremien und der Parlamentsfraktionen oft auch wegen ihres Vorsprungs an Information und Sachverstand unbestritten. Das hat sich geändert; denn unter den Parteitagsdelegierten findet sich immer häufiger Sachverstand, der sich dem der Vorstände, der Parlamentarier, der Regierung — zumindest in Einzelfragen — ebenbürtig artikuliert. Die Gefahr, daß man sich in der innerparteilichen Diskussion um die Formulierung der Ziele verheddert und

den Wähler verwirrt, ist gegeben. Willy Brandt sagte dazu in Godesberg: „Ausfransen“. Dieses Ausfransen kann vermieden werden, wenn Vorstände, Parteitage, Fraktion und Regierung die Notwendigkeit und die Grenzen der innerparteilichen Diskussion erkennen. Auf den ersten Blick eine banale Forderung, die aber unter den gegenwärtigen Bedingungen zu erfüllen nicht leicht ist. So ist der am Rande des 71er Parteitages wiederholt ausgesprochene Satz, „Der Parteitag kann die Regierung nicht binden!“, angesichts der Verfassungslage auch als Machtfrage sicher unbestritten; die aus Wahlen hervorgegangene Fraktion und Regierung können von einem Parteitag nicht *de jure* auf bestimmte Handlungen festgelegt werden.

Aber unbestreitbar dürfte auch sein, daß der Hinweis auf die Unabhängigkeit der Regierung vom Parteitag eine nicht hinreichende präzise Erklärung der Situation ist, auch keine Ermunterung für jene, die in eine Partei gehen, um dem in Artikel 21 des Grundgesetzes formulierten Auftrag zur Willensbildung gerecht zu werden. Klar muß sein: Der Wählerwille steht höher als der Parteiwille; das imperative Mandat ist nur denkbar, wenn sich im Parteiwillen der Volkswille kristallisiert; dies wiederum ist nur – und auch da nur theoretisch – im Einparteiensystem möglich. In Godesberg hat sich die SPD eindeutig für einen „gleichberechtigten Wettstreit mit anderen Parteien“ entschieden; dies ist der Partei vorgegeben. Politisch undenkbar ist in der SPD aber auch eine Entwicklung zu einer Willensbildung nach dem Vorbild der Labour-Party.

Angesichts einer sich in Fragen des politischen Sachverständnisses immer besser qualifizierenden Mitgliederpartei ist es notwendig, die Verfahrensregeln für die Willensbildung in der Partei weiterzuentwickeln. Das Engagement einzelner Mitglieder, die Formulierung der Ziele durch Parteitagebeschlüsse, die Unabhängigkeit der Parlamentarier, Koalitionsrücksichten und Regierungsverantwortung können freilich nicht allein durch Satzungsänderungen aufeinander abgestimmt werden. Alle, die an der Formulierung sozialdemokratischer Ziele mitwirken, sollten nicht vergessen, was Eduard Bernstein vor 75 Jahren geschrieben hat: „Das aber ist das unvermeidbare Schicksal jeder großen weltgeschichtlichen Idee. Der entscheidende Schritt zu ihrer Verwirklichung wird immer als eine Degradation erscheinen. Denn er stellt

eine Verbindung mit dem alten, einen Kompromiß dar.“

Wille zur Integration und Wille zum Kompromiß sind heute unabdingbare Voraussetzungen für die politische Funktionsfähigkeit, und damit auch für die Regierungsfähigkeit der SPD.

Drei Entscheidungen des Parteitages (Vorstandsstimmrecht, Antragsrecht der Ortsvereine, Status der Arbeitsgemeinschaften) sind wichtige Weichenstellungen für die Organisation.



Der Antrag auf Abschaffung des Vorstandsstimmrechts wurde abgelehnt. Die Delegierten wollen wissen, wie Vorstandsmitglieder bei Sachentscheidungen abstimmen. Auch die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Transparenz des Abstimmungsverhaltens einer Parteiführung. Würde dem Vorstand das Stimmrecht genommen, müßten sich seine Mitglieder um ein regional vergebenes Parteitage-Mandat bemühen. Die Verweigerung eines solchen Mandats würde Entscheidungen des Parteitages bei der Vorstandswahl präjudizieren. Es ist gut, wenn der Parteitag sich die Entscheidung vorbehält, wer für die gesamte Partei Verantwortung tragen soll. Ein Vorstand ohne Stimmrecht wäre ein politisch geschwächter Vorstand. Dies würde seinen Rang gegenüber Fraktion und Regierung mindern und eine Entwicklung in Richtung Labour-Party begünstigen.



Die Ortsvereine sollen Antragsrecht behalten. Die SPD will ungeachtet des Zwanges, Parteitage verlängern zu müssen, die Willensbildung an der Basis nicht schmälern. Wird die Willensbildung nicht eingeschränkt, dann muß man sie, um die Parteitage arbeitsfähig zu halten, auf anderen Ebenen weiterentwickeln. Herbert Wehner gab das Stichwort „Parteirat“. Die Umwandlung des Parteirates in ein dem Parteien-gesetz gerecht werdendes Organ der Willensbildung würde es ermöglichen, einmal oder zweimal im Jahr in öffentlicher Parteiratssitzung Anträge aus den Gliederungen an die Bundesregierung, an die Bundestagsfraktion, an die Länder und Kommunen oder zu Organisationsfragen zu behandeln; die ordentlichen Parteitage hätten dann wieder die Möglichkeit einer intensiveren Diskussion über Grundsatzfragen.

Indem der Parteitag den Parteivorstand beauftragte, Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften festzulegen, hat er es abgelehnt, den Arbeitsgemeinschaften Gliederungscharakter zuzubilligen. Das Prinzip, Vielfalt in der Meinungsbildung durch Arbeitsgemeinschaften, Klarheit in der Willensbildung durch die territorial bestimmte Gliederung, hat sich bewährt. Der Parteitag ist aber auch nicht der Versuchung erlegen, politische Probleme (Jungsozialisten) durch administrative Entscheidungen zu lösen. Der Wille zu politischer Integration war stärker als der Ruf nach administrativer Reaktion. Ein Zeichen des Selbstbewußtseins, nicht der Schwäche.

Eine Organisationsreform muß von den Bedingungen der politischen Situation und des politischen Handelns ausgehen. Die funktional-technischen Probleme müssen sich der politischen Zielsetzung unterordnen. Die Prioritäten für die nächsten Schritte der Organisationsreform werden deshalb bestimmt vom Wahlkampf 1973 und von der Notwendigkeit, theoretische Grundlagen für das gemeinsame Handeln aller Gruppen in einer großen Volkspartei zu erarbeiten. Umfassendere Information für alle Mitglieder, Mut zu neuen Organisationsformen an der Basis, die Reform des Parteimanagements sind unerlässlich. Die Integration aller Kräfte ist die Voraussetzung einer optimalen Entfaltung in der Aktion des Wahlkampfes 1973.

„Der Begriff der Organisation muß freige-macht werden von der falschen Vorstellung, er bedeute ausschließlich oder vorwiegend technische Betriebsamkeit oder geschäfts-ordnungsmäßige Präzision. Was davon Notwendigkeit ist, versteht sich von selbst. Die Organisationsprobleme, politisch verstanden und dargestellt, gehören zu den Kernproblemen des Ringens um die Durchsetzung des sozialen Charakters unseres demokrati-schen Staates, des politischen Kampfes um Anwendung der Macht im Staat im Interesse der Demokratisierung unserer Gesellschafts-ordnung. Nicht mehr und nicht weniger steckt als Kern in den organisatorischen Problemen.“ (Herbert Wehner auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godes-berg, 17. 12. 1971.)

Schriftenreihe des
Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Jakob Moneta

Die Kolonialpolitik der französischen KP

307 Seiten
broschiert 32,— DM

„Auf der Basis einer sorgfältigen Ana-lyse der einschlägigen kommunisti-schen Presse (besonders der theore-tischen Organe: bis 1924 ‚Bulletin Communiste‘, dann ‚Cahiers du Bol-chévisme‘ und seit 1945 ‚Cahiers du Communisme‘, aber auch von Tages-zeitungen und Flugschriften) gibt der Verfasser einen historischen Über-blick über die Politik der KPF in Kolo-nialfragen. Es werden zahlreiche Do-kumente abgedruckt. Die größte Auf-merksamkeit wird dem Algerienkrieg und den früheren französischen Kolo-nien in Afrika gewidmet.“

International Review
of Social History, Amsterdam

Verlag für Literatur und
Zeitgeschehen · Hannover

...auf dem Weg in eine bessere Zukunft

grafik: Helmut G. Bremer

1950		1970
1200 000	IGM-Mitgliederstand	2223 000
100	Brutto-Reallohn (gewerbliche Arbeitnehmer)	240
48 Stunden	Arbeitszeit je Woche	40 Stunden
3 Wochen	Urlaub (für 30-jährige)	über 4 Wochen
nein	zusätzliches Urlaubsgeld	Durchschnitt ca. 300 DM
nein	Lohnfortzahlung bei Krankheit	für 6 Wochen voller Lohn
nein	Freizeit-Unfallversicherung	ja
Unterstützungsleistungen der IG Metall an ihre Mitglieder seit 1950 über 500,9 Mill. DM		

IG Metall

Chancen europäischer Sozialpolitik

Methodische Ansätze und Schwerpunkte

Die Ausgangslage

Bei ihrer Gründung ging die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft — ihrem Namen entsprechend — in erster Linie von ökonomischen Zielsetzungen aus. Das wird heute in zunehmendem Maße von denen kritisch betrachtet, die diesen engen Zuschnitt in Vergleich setzen zu ihren Vorstellungen über den Weg und den Inhalt eines geeinten Europas. Für die ursprüngliche Zielsetzung wurden seinerzeit vor allem praktische Gründe ins Feld geführt; sie entsprach aber sicherlich auch den Vorstellungen der damals regierenden politischen Kräfte. Eines der Ergebnisse dieser Gründungskonzeption war eine nur mangelhafte Ausstattung der europäischen Einrichtungen mit Einflußmöglichkeiten auf die sozialpolitische Entwicklung.

Sieht man von den sicher nicht unwichtigen Regelungen über die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer ab, die ihrerseits die Freizügigkeit erleichtern sollen, so bleibt als sozialpolitische Grundnorm im Vertrag nur der Artikel 117. Er besagt, daß sich die Mitgliedstaaten über die Notwendigkeit einig sind, „auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte hinzuwirken und dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen“. Eine Verlagerung von Rechtsetzungskompetenzen auf die europäischen Organe, wie sie auf dem Agrar- und Verkehrssektor in weitgehendem Umfange stattgefunden hat, ist im Vertragstext für den sozialpolitischen Bereich nicht vorgesehen. Änderungen in dieser Hinsicht werden kaum losgelöst von der Frage zu betrachten sein, wann und in welchem Umfang auch die parlamentarischen Befugnisse auf übernationaler Ebene wesentlich verstärkt werden. Angesichts der zahlreichen Schwierigkeiten in wichtigen Mitgliedsländern dürfte es realistisch erscheinen, in dieser Beziehung nicht mit kurzen Fristen zu rechnen.

Als Ergebnis der politischen Ausgangsposition und der heute noch vorhandenen Rechtslage



Parl. Staatssekretär Helmut Rohde

Ist es bei nüchterner Betrachtung schwerlich möglich, schon von einer „europäischen“ Sozialpolitik im eigentlichen Sinne zu sprechen. Denn ungeachtet einer fleißigen und weit verzweigten Tätigkeit auf vielen Einzelgebieten sowie auch mancherlei Einzelregelungen konnte eine soziale Breitenwirkung mit nachhaltigen politischen Impulsen von Brüssel bisher nicht erreicht werden. Die Aktivitäten verliefen sich zunehmend in mehr oder weniger nützlichen Untersuchungen und Expertengesprächen. Die mit viel Eifer begonnenen Diskussionen um eine „Harmonisierung“ der europäischen Sozialpolitik haben bisher nicht zu greifbaren Ergebnissen geführt.

Unser politischer Auftrag

Wir können uns mit dieser Situation nicht abfinden. Es ist Ziel sozialdemokratischer Politik —

und das hat auch in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt seinen Ausdruck gefunden – darauf hinzuwirken, daß wirksame Maßnahmen zur Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft und zur verstärkten politischen Zusammenarbeit eingeleitet werden. Dieses Ziel duldet keinen Stillstand der gemeinschaftlichen Bemühungen auf einem so wichtigen Lebensgebiet wie der Sozialpolitik. Das Zusammenwachsen der EWG-Staaten fordert sozialen Fortschritt heraus. Europa kann sich nicht nur als ein ökonomischer Zweckverband etablieren. Es muß seine Chance wahrnehmen, sich zu einem sozialen Großraum zu entwickeln.

Die ökonomische Integration Europas hat die Möglichkeit verbessert, aber auch die Notwendigkeit dringlicher werden lassen, die Buchstaben des Art. 117 mit Geist und Leben zu erfüllen. Dies erfordert zwar immer erneute politische Kraftanstrengungen, eröffnet aber zugleich weite und hoffnungsvolle Perspektiven. Wir müssen es als Herausforderung verstehen, die Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Wege des Fortschritts zu erreichen.

Wir haben Grund, dieser Aufgabe selbstbewußt gegenüberzutreten. Durch ihre Geschichte, durch die sozialen Auseinandersetzungen, die sie um die Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen geführt haben und durch ihre sozialpolitischen Erfahrungen sind die Sozialdemokraten mehr als andere in der Lage und in der Verpflichtung, die soziale Ausgestaltung Europas zu fördern.

Für die vielen Millionen Arbeitnehmer ist die Einigung Europas zunehmend mit der Frage nach der gesellschaftspolitischen Perspektive verknüpft. Die Politik der Gemeinschaft steht sich dem wachsenden Anspruch der Arbeitnehmer gegenüber, den sozialen Inhalt europäischer Zusammenarbeit zu vertiefen. Die Gemeinschaft würde Belastungsproben entgegengehen, wenn sie diesem Anspruch ausweichen wollte.

Aber auch in den Augen der übrigen Welt und im Vergleich zu anderen wirtschaftlichen Großräumen kann Europa auf Dauer nur dann an Festigkeit gewinnen, wenn seine sozialen Strukturen von den Menschen verstanden und bejaht werden. Das heißt, das „soziale Gesicht“ Europas zu gestalten.

Was wir in unseren Ländern gelernt haben und

praktizieren, nämlich Schritt für Schritt die sozialen Daseinsbedingungen der Menschen zu verändern, ihnen bessere Voraussetzungen für individuelle Entfaltung, soziale Sicherheit und Mitbestimmung der gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens zu geben, ist nunmehr in wachsendem Maße in der Gemeinschaft auf praktische Weise nutzbar zu machen.

Der methodische Ansatz

Praktische Politik muß sich in nachprüfbaren Kriterien und Rechten niederschlagen. Es stellt sich daher die Frage, wie solche Ergebnisse erreicht werden können, wenn doch die Rechtsgrundlagen in den europäischen Vertragswerken so wenig ergiebig sind. Es wäre falsch, deswegen in Resignation zu verfallen. Eine Verbesserung und Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Wege des Fortschritts muß nicht auch notwendig gleich dahin führen, daß nationale Rechtsvorschriften in perfekter Weise durch solche übernationalen Charakters ersetzt werden.

Entscheidend für die Menschen sind die tatsächlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, denen sie sich täglich gegenüber sehen. Diese Bedingungen können verbessert und angeglichen werden. Wenn dies in den Ländern der Gemeinschaft im Gleichklang erfolgt, so ist es zunächst von zweitrangiger Bedeutung, ob Rechte und Pflichten in einem europäischen Gesetzbuch oder in verschiedenen nationalen Gesetzbüchern ihren Niederschlag finden.

Wichtig ist allein, daß eine gleichgerichtete Willensbildung im Hinblick auf die soziale Entwicklung erfolgt. Dazu bedarf es eines Instrumentariums vorausschauender Politik. In der Bundesrepublik Deutschland legen wir für diesen Zweck jährlich ein Sozialbudget vor. Dieses Budget ist nicht nur eine Bestandsaufnahme des Entwicklungsstandes der sozialen Leistungen und ihrer finanzwirtschaftlichen Grundlagen. Es beinhaltet auch eine Vorausschätzung der Entwicklung der kommenden Jahre. Da es außerdem nicht nur institutionell, sondern auch funktionell, d. h. nach der Wirkung der sozialen Leistungen für die verschiedenen Lebensstadienbestände, gegliedert wurde, ist es ein wichtiges Instrument politischer Entscheidungshilfe.

Eine im vorigen Jahr in Brüssel eingeleitete deutsche Initiative zielt darauf ab, ein derartiges Instrument, das man vielleicht als europäisches Sozialbudget bezeichnen

könnte, auch auf Gemeinschaftsebene bereitzustellen.

Die europäischen Organe sollten in der Lage sein, je nach Bedarf den Standort und die Aufgaben der Politik in der Gemeinschaft auch auf dem Gebiet der sozialen Sicherung zu überschauen und richtungsweisend zu beeinflussen. Im Hinblick auf die Pläne für eine Wirtschafts- und Währungsunion, in denen die sozialen Aspekte bisher leider völlig fehlen, ist eine solche mit der mittelfristigen Wirtschaftsprojektion auf Gemeinschaftsebene abgestimmte Gesamtschau von besonderem Belang.

Sozialbudgetierung ist in diesem Sinne mehr als ein kühles Rechenwerk. Sie soll zu einem Instrument europäischer Sozialplanung werden. Das kann uns helfen, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik besser aufeinander abzustimmen. Sozialpolitik kann eben nicht nur als Ableitung von anderen Politiken betrachtet und betrieben werden. Sie soll und muß einen Beitrag dazu leisten, der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung soziale Ziele zu setzen. Dazu müssen wir sie fähig machen — methodisch und inhaltlich.

Während die Budget-Initiative vor allem zum Ziel hat, die Voraussetzung für eine europäische Sozialpolitik zu verbessern, richtet sich eine zweite Initiative, die das Bundesarbeitsministerium gleichfalls im vorigen Jahr auf den Weg gebracht hat, auf den methodischen Ansatz einer solchen Politik. Die bisherigen Brüsseler Bemühungen, die darauf abgestellt waren, eine Harmonisierung der Begriffe und Definitionen in den verschiedenen Systemen der sozialen Sicherheit zu erreichen, haben nicht weit geführt. Das lag vor allem daran, daß eine Änderung von Begriffen in jedem einzelnen Land die administrative Struktur und die institutionelle Gliederung des Systems der sozialen Sicherheit in Frage stellt. Dies aber erscheint keinesfalls vorrangig, zumal der Umgang mit Definitionen und Begriffen allzu leicht in ein bürokratisches und technokratisches Verfahren führen kann, das weder die Sache noch die Menschen bewegt.

Gemeinsame Ziele lassen sich auch bei verschiedenen institutionellen und administrativen Strukturen verwirklichen. Eine Einigung über bestimmte Zielvorstellungen — wie sie die Initiative des Arbeitsministeriums vorsieht — kann wirksamer sein als die mühsamen und zumeist wenig ergiebigen Angleichungsvorschläge in

den Einzelheiten. Wenn man sich über das Ziel einig ist, ist es zunächst weniger wichtig, auf welchem Weg dieses Ziel in dem einzelnen Mitgliedstaat erreicht wird.

Künftige Aufgabenstellung

Der Weg zu einer gemeinsamen Sozialpolitik in Europa bleibt dennoch beschwerlich. Denn es genügt nicht, sich einig darüber zu werden, daß man gemeinsame Ziele erarbeiten müsse. Beschlüsse über eine Zielsetzung bedeuten stets auch eine Auswahl unter verschiedenen Alternativen. Es müssen also Prioritäten gesetzt werden, und zwar sowohl der Sache nach als auch in zeitlicher Hinsicht. Solche Entscheidungen werden schwerer, je größer die Zahl der beteiligten Menschen und die Unterschiede ihrer Anschauungen und Interessenlagen sind. Wir werden auch in dieser Beziehung schrittweise vorgehen müssen. Ich begrüße deshalb den Gedanken, als nächsten Schritt eine Sozialkonferenz der Sozialdemokraten Europas durchzuführen. Eine solche Konferenz kann dazu beitragen, Zielsetzungen zu formulieren, dafür das öffentliche Bewußtsein zu schärfen und die notwendigen politischen Impulse auf allen Ebenen und in den verschiedenen Ländern auszulösen.

Aus der vielfältigen sozialpolitischen Aufgabenstellung für die nächste überschaubare Zukunft sollen an dieser Stelle insbesondere vier Bereiche herausgehoben werden:

1. Der erste Bereich ist die unmittelbare Arbeitswelt. Oberstes Ziel muß sein, das moralische Recht auf Arbeit für alle Menschen zu verwirklichen. Zu den wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen einer Beschäftigungspolitik gehört die regionale Strukturpolitik mit dem Ziel, ausgeglichene Beschäftigungsmöglichkeiten in allen Regionen der Gemeinschaft anzustreben. Hierbei ist der Sozialfonds eine Hilfe. Ihn als Instrument vorausschauender Strukturpolitik zu verstehen, aus den Erfahrungen, die wir mit ihm machen, zu lernen, seine Konsequenzen mit den Gewerkschaften zu diskutieren, seinen Inhalt und damit seine Wirksamkeit weiter zu entwickeln, ist eine wichtige praktische Aufgabe der 70er Jahre.

Neben die regionale Strukturpolitik muß eben auch eine soziale Strukturpolitik treten. Es darf nicht hingenommen werden, daß ökonomisch bedingte Standortverschie-

bungen zu Lasten der betreffenden Menschen gehen. Die Anpassungsprobleme der ökonomischen Integration bedürfen eines sozialen Flankenschutzes, weil andernfalls die Gefahr ernster Konflikte nicht ausgeschlossen ist.

Notwendig ist darüber hinaus ein ausgebautes Instrumentarium der Beschäftigungspolitik in Europa, das z. B. sicherzustellen hat, daß Menschen in bisher benachteiligten Gebieten Arbeitsmöglichkeiten finden. Eine dauerhafte Lösung kann nicht allein darin bestehen, Menschen über weite Entfernungen zu Arbeitsplätzen wandern zu lassen. Es ist auch darauf hinzuwirken, Arbeitsplätze für Menschen in deren Heimatgebieten zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Aufgabenstellung des Ständigen Ausschusses für Beschäftigungsfragen, in dem die Kommission, die Regierungen und die Tarifvertragsparteien zusammenarbeiten, zu präzisieren. Zur sozialen Strukturpolitik gehört ferner der zügige Ausbau des Systems der beruflichen Bildung, damit auch auf diesem Gebiet für alle Europäer der Weg zur Chancengleichheit eingeschlagen wird.

2. Ein zweiter Schwerpunkt liegt im Bereich der sozialen Sicherung für den einzelnen und für die Familie – im Falle von Krankheit, Alter und bei anderen Lebensstatbeständen. Hier stehen wir vor grundlegenden Entwicklungen. Das System der sozialen Sicherung muß zu einem Angebot für alle Bürger Europas werden. Europa darf keine Inseln der sozialen Schutzlosigkeit mehr aufweisen. Ins Auge zu fassen ist die Schaffung eines sozialen Grundrechtskatalogs, auf den sich die Politik der sozialen Sicherung hin zu entwickeln hat.

Die Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Europa erfordert entsprechende Impulse auf dem Feld der sozialen Sicherheit. Das Ziel umfassender Systeme sozialer Sicherung soll darin bestehen, jedem Menschen die Aufrechterhaltung des Lebensstandards auch in den Zeiten und Fällen zu garantieren, in denen er aus eigener Kraft nicht mehr für sich und die Seinen sorgen kann. Dazu gehört, daß sich das Niveau der Sozialleistungen an der wachsenden Wirtschaftskraft orientiert.

3. Der dritte Bereich läßt sich als Humanisierung der Umweltbedingungen skizzieren. Für die Arbeitnehmer beginnt der heute viel diskutierte Umweltschutz am Arbeitsplatz. Zwar gibt es in dieser Beziehung in der Gemeinschaft gewisse Fortschritte in Bezug auf die Arbeitsbedingungen im engeren Sinne, doch bedarf es weiterer Anstrengungen, um den Arbeitsschutz wirksamer und einheitlicher auszubauen.

Für die gesamte Gemeinschaft hat ganz allgemein die Frage an Gewicht gewonnen, wie die Auswirkungen der Industrialisierung auf die Umwelt des Menschen unter Kontrolle gehalten werden. Bei einem unkontrollierten Fortschreiten der bisherigen Entwicklungen stehen wir vor dem Tatbestand, daß die weitere Vermehrung der Quantität der Güter zunehmend durch eine Verminderung der Qualität der Lebensbedingungen abgewertet wird. Die Verkehrsprobleme der Ballungsräume, die Verschmutzung von Luft und Wasser sowie das Ungleichgewicht zwischen privaten und öffentlichen Investitionen sind Beispiele dafür. Wir haben auf diesem Feld einen der Hauptinhalte der sozialen Frage unserer Zeit vor uns. Auf nationaler Ebene allein sind wirksame Fortschritte auf Dauer nicht zu erreichen. Überregionale Maßnahmen sind schon im Hinblick auf das Zusammenwachsen der Lebens- und Industrieräume unerläßlich geworden. Für die Menschen eine soziale und humane Infrastruktur in der europäischen Industriegesellschaft Schritt für Schritt anzustreben, ist mithin eine hervorragende soziale Aufgabe geworden.

4. Ein vierter Schwerpunkt muß in der Verstärkung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer beim Aufbau Europas gesehen werden.

Da der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ständig wächst, kann davon gesprochen werden, daß Europa auf dem Wege zu einer Arbeitnehmergesellschaft ist. Die gemeinsame Interessenlage der Arbeitnehmer erfordert, zu gemeinsamen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen vorzustoßen. Daraus folgt, daß die Vertreter der Arbeitnehmer bei der Formulierung von Zielen und der Lösung von Konflikten auf allen Ebenen beteiligt werden müssen.

Auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft ist z. B. auf die entscheidende Rolle hinzuweisen, die der Wirtschafts- und Sozialausschuß besonders nach der Erweiterung der Gemeinschaft spielen kann.

In den Mitgliedstaaten selbst muß ebenso an der verstärkten Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter bei der Formulierung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Ziele gearbeitet werden. Schließlich ist für die Betriebe eine zukunftsgerichtete Betriebs- und Unternehmensverfassung zu entwickeln, die mehr Mitbestimmung auch auf dieser Ebene für alle arbeitenden Menschen in Europa sichert.

Diese Schwerpunkte bedürfen der Ausgestaltung und der Diskussion. Die Sozialdemokraten der europäischen Mitgliedstaaten können in dieses sozialpolitische Gespräch ihre Erfahrungen und ihre Konzeptionen einbringen. Wir dürfen dabei auch eine Bereicherung von der Mitarbeit derjenigen Freunde erwarten, die in Zukunft aus anderen Staaten zur erweiterten Gemeinschaft stoßen werden. Die Impulse, die von der Erweiterung der Gemeinschaft ausgehen, sollten also auch für die soziale Entwicklung wirksam werden.

Zukunftsbezogene Zielsetzungen einer sozialen Politik in Europa, verbesserte Methoden und Instrumente und vor allem der Wille zur Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten können Fortschritte für die Menschen in der Gemeinschaft durchsetzen.

Die Europäische Gemeinschaft bringt günstige Voraussetzungen dafür mit, sich als Raum sozialen Fortschritts zu organisieren und soziale Energien für seine politische Entwicklung freizusetzen. Die Gemeinschaft verfügt über eine beachtliche Wirtschaftskraft, hat soziale Traditionen und entwickelte Strukturen und kann sich auf den Willen der breiten Schichten in den Mitgliedstaaten stützen, ihr Leben in sozialer Sicherheit zu gestalten.

Die SPD ist die erste deutsche Partei, die das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa in einem Parteiprogramm verankert hat. Schon der „Leipziger Programm-Entwurf“ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von 1866 hatte den damaligen deutschen Einigungsprozeß als Vorstufe eines „solidarischen europäischen Staates“ gesehen.

Willy Brandt

Friedrich Engels und die soziale Demokratie

Aus dem Inhalt:

Friedrich Engels

und die soziale Demokratie

Rede zum 150. Geburtstag von

Friedrich Engels in Wuppertal

Rede zum 50. Todestag von

August Bebel in Zürich

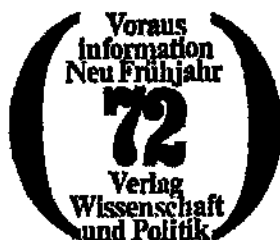
Rede zum 150. Geburtstag von Karl Marx

in Trier

56 Seiten, Snolin-Broschur, 4,- DM

Verlag
Neue Gesellschaft GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg



Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland
Herausgegeben vom Auswärtigen Amt
unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirats.
992 Seiten, Überblick, Dokumentation, Statistik. 32 Seiten Fotos.
Organisationsplan und 20 mehrfarbige Karten. Leinen DM 38,-.
Grundlagen, Ereignisse, Ergebnisse deutscher Außenpolitik seit 1949.

Dieter Fertsch-Röver/Heribert Juchems
Der häßliche Unternehmer
Eine kritische und selbstkritische Betrachtung
ca. 130 Seiten, Paperback ca. DM 8,50
Ein Beitrag zum Selbstverständnis der Unternehmer in unserer Zeit.

Karl H. Kahrs
US Anatomie
Wie Amerika regiert wird
ca. 200 Seiten, Paperback ca. DM 10,-
Ein informativer Überblick über die politische Praxis in den USA.
Aktuell zur Präsidentschaftswahl 1972.

Edgar Thomson/Jyun-Hsyong Su
Regierung und Verwaltung der Volksrepublik China
ca. 600 Seiten, Leinen ca. DM 76,-
Die erste umfassende Darstellung und Dokumentation
der Verfassungsstruktur und des Regierungssystems
der herrschenden Partei und der Verwaltung in China.

Harold Hurwitz
Die Stunde Null der deutschen Presse
Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949
ca. 420 Seiten, Leinen ca. DM 48,-
Erfolge, Enttäuschungen und Fehler der amerikanischen Bemühungen
um eine demokratische Presse im Nachkriegsdeutschland.

Dietrich Fienzke
Die kommunistische Anerkennungslehre
Die Anerkennung von Staaten in der osteuropäischen Völkerrechtstheorie
ca. 280 Seiten, Leinen DM 42,-
Erstmals werden Vergleichsmöglichkeiten zu einem
der politisch aktuellsten und wissenschaftlich umstrittensten Probleme
des Völkerrechts systematisch erschlossen.

Fritz Schenk (Hrsg.)
Kommunistische Grundsatzserklärungen 1957-1971
Beschlüsse kommunistischer Gipfeltreffen zu Problemen
der internationalen Politik und des Kommunismus in Dokumenten.
ca. 240 Seiten, Paperback ca. DM 24,-
Diese chronologisch zusammengestellten und sachkundig eingeleiteten Texte
bieten ein übersichtliches Studien- und Arbeitsmaterial.

Konrad Merkel/Hans Immler (Hrsg.)
DDR-Landwirtschaft in der Diskussion
ca. 160 Seiten, mit Tabellen und Schaubildern, Paperback ca. DM 20,-
Agrarwissenschaftler, Ökonomen und Soziologen aus der Bundesrepublik
bemühen sich um eine Bestandsaufnahme der DDR-Landwirtschaft.

Verlag Wissenschaft und Politik · Berend von Nottbeck
Köln · Salierring 14-16

Den Gesamtzusammenhang Im Blick

**Kritische Gedanken zur Auseinandersetzung
um die sozialliberale Ostpolitik**

Als am 31. Januar 1971, um 6.00 Uhr früh, nach elf Jahren absoluter Pause das erste direkte Gespräch auf einer der zehn Telefonleitungen geführt wurde, die an diesem Tage zwischen dem Fernsprechamt Winterfeldstraße in Berlin (West) und dem Haupttelegrafenamts in Berlin (Ost) geschaltet waren, fand das verwunderlicherweise ein Echo über alles Maß. Der beginnende Prozeß einer Normalisierung auch in dieser Stadt wurde greifbar. Inzwischen sind 150 Kabelverbindungen in Berlin hergestellt. Aus den 34 früheren Leitungen zwischen dem Bundesgebiet und dem Gebiet der DDR werden Ende März 134 modernisierte Sprechverbindungen. Ein Abkommen zwischen den Postverwaltungen beider Staaten hat zunächst bis zum Jahre 1974 ein umfassenderes Normalisierungsprogramm für den Fernsprech- und Fernschreibverkehr festgelegt. Schon haben die Menschen davon Besitz ergriffen, und die politischen Implikationen, scheint mir, werden nur selten noch beachtet und bedacht.

Bemerkt und bemängelt wurde dagegen, daß keine Verminderung der Kontrollen und keine Beschleunigung der Abfertigungen an den Grenzübergangsstellen festgestellt werden konnten, wie es die Absprache zwischen den Staatssekretären Bahr und Kohl möglich macht: durch eine vorgezogene Pauschalierungsregelung die Reisenden im Berlin-Verkehr bereits jetzt und vor Inkrafttreten des Transitabkommens von den bisher erhobenen Transit- und Visagebühren zu entlasten. Offenbar hatte auch dieser Vorgang im Verständnis der Öffentlichkeit keinen Bezug zu den Vorgängen, mit denen die Meinungen und Gemüter in diesen Tagen so stark beschäftigt werden: die Frage der Ratifizierung der Ostverträge und ihrer politischen und rechtlichen Konsequenzen, und die Chancen der einen und die Absichten der anderen bei den Regelungen für Berlin.

Bahr und Kohl hatten ihr Abkommen unterzeichnet, künftige Nichtbehinderung und ein einfacher, schneller und günstiger Verkehr waren zugesagt. Nun bekam man an den Ober-

gangsstellen mitgeteilt, daß man die Gebühren nicht selbst zu entrichten habe. Aber das schien schon alles zu sein. Nachrichtenagenturen, Fernsehanstalten und Zeitungen vermittel-



Ministerialdirektor Jürgen C. Weichert

ten die Stimmung dieser Reisenden. Kaum wurde einmal erwähnt, daß das von den Leitern der Delegationen beider Regierungen unterzeichnete Abkommen, das für den Alltagsverkehr künftig tatsächlich die erwarteten Erleichterungen und Beschränkung der Kontrollmaßnahmen vorsieht, noch nicht in Kraft getreten ist und nicht in Kraft treten kann, solange nicht andere Schritte getan sind, die hier ihren di-

rekten Zusammenhang haben. Daß diese Schritte insgesamt erst gewährleisten können, daß die Regelung für den erleichternden, beschleunigten, konfliktfreien Verkehr dauerhaft bleibt.

Zweifel und Mißtrauen in der Auseinandersetzung der Politiker mit der Regierungspolitik entzündeten sich vielmehr gerade an dieser Betrachtungsweise, die erkennt, daß das Anormale an diesen Grenzen und Übergangsstellen und die viel grundsätzlichere Bereinigung ihrer Ursachen mit dem Schicksal der Ostverträge in mittelbarem Zusammenhang stehen. Die Ratifizierung dieser Verträge entscheidet nicht nur darüber, ob es einen sicheren Verkehr von und nach Berlin gibt, der in der schnellsten, günstigsten und einfachsten Weise erfolgt, wie es der Abkommenstext vorsieht, sondern auch ob die Ordnung der Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Staaten über die Verbesserungen technischer Bedingungen und eine vordergründige Anpassung an die Konditionen einer weltpolitischen Meinungslage hinausgehen wird und einen wirksamen Beitrag für die Sicherung des Friedens im Zentrum Europas liefert.

Gerade hier bedarf es in diesen entscheidungsvollen Tagen Augenmaß, und man kann in dieser Situation weder der schnellen Gewöhnung noch der gedankenlosen Erwartung ein mildes Amüsement abgewinnen, mögen sie sonst auch als Attribute einer (hier vorschnell beanspruchten) Normalität gelten.

Die deutsche Frage – so sagte der Abgeordnete Baron von Wrangel in einer heftigen Debatte um die Deutschlandpolitik der damaligen Großen Koalition – muß in den ungewöhnlich komplizierten internationalen Zusammenhang gestellt werden, und Deutschlandpolitik ist – so fuhr er fort – Immer ein Stück auswärtiger Politik. Das war zu dieser Zeit weniger allgemeine Erkenntnis als heute. Mir ist im Chor der Kritik momentan nur eine Stimme bekannt, die das Berlin-Abkommen zwar als befriedigend bezeichnet, aber Anstoß daran nimmt, daß es den politischen Zusammenhang mit den Moskau- und Warschau-Verträgen gibt. Nein, die übrigen Kritiker behaupten vielmehr, daß ein fundamentales Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung bestehe und die in den Verträgen mit Moskau und Warschau vollzogenen Feststellungen und Absichtserklärungen eine gefährliche und ungerechtfertigte Vorleistung der Bundesregierung bedeuteten, für die es

kein Äquivalent in den innerdeutschen Abkommen und in der Berlin-Vereinbarung gäbe. Mit dem Blick auf die Waage von Leistung und Gegenleistung allein kann der politische Prozeß nicht gemessen werden, der die Welt hoffen läßt, es könnte möglich werden, daß gerade die Deutschen in der harten und gefährdeten Arbeit für den Frieden kooperieren und gemeinsam vielleicht den entscheidenden Schritt in die erste Etappe einer europäischen Friedensordnung tun.

Am 17. Juni 1967 hat der damalige Bundeskanzler Kiesinger eine denkwürdige Rede gehalten. Ein politisches Zeugnis seiner Amtszeit, das man im Gedächtnis behalten sollte. Ich meine seine Worte, mit denen er eine prinzipielle, die deutsche Frage einschließende, aber nicht auf sie beschränkende Gewaltverzichtsvereinbarung als zentrale Aufgabe der deutschen Ostpolitik bezeichnete. Weil, wie er sagte, diese Politik sich in einer Welt abspiele, *„in der von jedem Punkt des Planeten aus der ganze Friede gefährdet werden kann“*. Das neue und entscheidende seiner Erklärung lag in der hieran geknüpften Mahnung, daß die neue „beweglichere“ Politik sich von der Einsicht leiten lassen solle, daß man auch dann, wenn politische Positionen sich so hart gegenüberstünden wie in diesem Lande, nicht darauf beschränken dürfe, das zu bewahren, *„was uns geblieben ist, unsere eigene Freiheit und die Verweigerung der Anerkennung eines zweiten deutschen Staates durch die Welt“*. Eine solche, rein defensive Politik würde uns von Jahr zu Jahr in größere Bedrängnis führen, *„Sie würde uns nicht nur keinen Schritt vorwärts bringen, sie könnte uns auch das gar nicht bewahren, was sie bewahren will, denn die Zeit wirkt nicht für uns.“*

Dr. Kiesinger hatte hiermit zum ersten Mal für eine Bundesregierung den Standort der deutschen Probleme in dem Prozeß anvisiert, der seit der Mitte der 60er Jahre dem Versuch zugewandt war, dem bis dahin verschiedentlich motivierten und interpretierten Begriff einer friedlichen Koexistenz der gegensätzlichen Ordnungen in Europa – angesichts der latenten Gefahren für den „ganzen Frieden“ – die Möglichkeit der praktischen Verwirklichung zu öffnen. Noch im Jahr zuvor war das Angebot der damaligen Bundesregierung, Gewaltverzichtsverträge zu schließen an der Frage nach der Regelung der Verhältnisse innerhalb Deutschlands vorbei, nur an die östlichen Nach-

barstaaten gerichtet worden. Natürlich geschah das nicht, weil die Deutschlandpolitik sich nicht auf ausschließlich friedliche Mittel beschränkt wissen wollte, sondern weil die DDR-Regierung nach damaliger Vorstellung auch für Verhandlungen mit der Bundesregierung weder ein zuständiger noch ein gleichberechtigter Partner sein konnte. Für das Verständnis der angesprochenen Staaten und ihrer Verbündeten aber wurde damit die Gewaltverzichtsnote aus der Bundeshauptstadt ein Versuch, das „sozialistische Lager“ auseinanderzudividieren, und so blieb dieses Angebot ohne Resonanz.

Umgekehrt muß angemerkt werden, daß der Begriff der „friedlichen Koexistenz“ von kommunistischer Seite als Instrument der Auseinandersetzung mit dem Westen stets parat war und höchst unterschiedliche Anwendung fand. In der DDR gehört untrennbar die Forderung dazu, die ideologische Geschlossenheit im Inneren zu stabilisieren. Aktuelle Ausdruck findet das in der Abgrenzungstheorie der SED. *„Ideologische Festigkeit und kompromißloser Kampf gegen die imperialistische Ideologie und gegen den Sozialdemokratismus sind eine wesentliche Voraussetzung für eine aktive Politik der friedlichen Koexistenz“*, so formulierte Erich Honecker einen Tag nach der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik und Polen in Warschau. Doch das bedeutete gleichzeitig außenpolitisch den Schritt weg von der Ulbricht-Doktrin und damit das Signal einer beträchtlich geänderten Lage.

Solange die Bundesrepublik nicht bereit gewesen war, das Verhältnis zur DDR und ihr Konzept für eine Regelung der deutschen Nachkriegsprobleme in den Zusammenhang ihrer Bemühungen um einen Ausgleich mit den östlichen Nachbarn zu stellen, hatte die Interessenlage der DDR bei ihren Verbündeten für den praktischen Fortgang einer europäischen Entspannung letzten Endes ausschlaggebendes Gewicht. Und die Beschreibung dieser Interessenlage durch die DDR orientierte sich an unakzeptablen Größen, solange es ihr gelang, den von ihr genährten Zweifel plausibel erscheinen zu lassen, daß es sich bei den Offerten aus Bonn um eine neue Variante des alten Versuchs handele, die DDR bei der Neuordnung der politischen Szene in Europa auszu-manövrieren. Noch in der Zeit der politischen Initiativen der Großen Koalition blieb ihre Obstruktion gegen Verhandlungen ohne vorherige völkerrechtliche Verhandlungen ungebro-

chen und machte jede Verständigung darüber zunichte, wie der Prozeß zu einer gemeinsamen Erarbeitung einer Ordnung friedlichen Zusammenlebens in Gang gebracht werden könnte.

Was die Vorstellung der friedlichen Koexistenz in Europa praktisch bedeuten kann, wird noch heute unterschiedlich beurteilt. Karl Eduard v. Schnitzler engagierte sich kürzlich heftig im Fernsehen für die darin verwirklichte Vision des Wettkampfs der Ideologien, Ideen und Leistungen. Wir sprechen sparsamer zunächst noch von der Voraussetzung einer friedlichen Ordnung des Wettbewerbs: Vom *Modus vivendi*, von der Kunst und dem Willen, bei allen Gegensätzen miteinander auszukommen unter Verzicht auf Drangsal und Gewalt.

Der entscheidende Wandel in einer der Entspannung zwischen West und Ost im Grunde zugewandten, aber festgefahrenen Situation kam mit dem Programm der Regierung Brandt/Scheel. Die von Willy Brandt und Herbert Wehner erhobene Forderung, beim Gespräch und beim Verhandeln zwischen den Fronten von dem auszugehen, was ist, und den Anstrengungen um den Abbau von Konflikten Vorrang zu geben vor dem Austragen oder der Abgrenzung von Rechten und Interessen, erhielt nun das Gewicht amtlicher Politik.

Der Gedanke ist:

1. In keinem Zusammenhang gibt es den Rechtsvorbehalt zur Anwendung von Gewalt. Das wird von beiden Seiten versichert.
2. Die grundsätzlichen Rechtspositionen bleiben unangetastet. Für Verhandlungen und Vereinbarungen gilt die Gleichberechtigung, die Nichtdiskriminierung und die Unabhängigkeit beider Seiten in der Regelung innerer Angelegenheiten.
3. Nicht in der Konfrontation, sondern gemeinsam werden die Vorbedingungen und Schwierigkeiten für die Normalisierung des gegenseitigen Verhältnisses besprochen und geprüft.
4. Das ist der Ausgangspunkt, um Übereinkünfte zur Konfliktminderung zu finden, soweit Gegensätze prinzipieller Natur berührt sind und bestehende Spannungen nicht bereits durch die Normalisierung des Umgangs ausgeräumt werden können.

Diesem Konzept folgten die Verhandlungen mit der Sowjetunion und Polen, die Verträge von Moskau und Warschau vom August und Dezember 1970: Verzicht aller Beteiligten auf jede

Anwendung von Gewalt. Für die UdSSR macht das auch nach den Worten ihres Außenministers die Interventionsrechte der Siegermächte (nach Art. 53 und 107 UN-Charta) gegenstandslos. Achtung der territorialen Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen: Für die Bundesrepublik wird die Unverletzlichkeit der Westgrenze Polens und der Grenzen zwischen der Bundesrepublik und der DDR ausdrücklich bestätigt.

Nach den Worten des sowjetischen Außenministers stehen künftige Schritte zu friedlichen Vereinigungen diesen Vertragsbestimmungen nicht entgegen. Die Bundesregierung unterstreicht – das unwidersprochen – bei Unterzeichnung des Moskauer Vertrages im Brief zur deutschen Einheit. Alle Beteiligten bekräftigen den Willen, die Normalisierung zu fördern. Trotz der bestehenden Gegensätze wird der Wille zur Zusammenarbeit für ganz konkrete Bereiche verabredet. Die polnische Regierung informiert über Maßnahmen zur Fortführung der Familienzusammenführung.

Noch sind das nicht der Auftakt der friedlichen Ordnung des Zusammenlebens und die praktische Gestaltung der Entspannung selbst. Ein Terrain ist aber abgesteckt. Und die Dinge kamen in Fluß – auch und zuerst für den Versuch einer Normalisierung der Lage in Deutschland.

Den ersten Impuls erhielten die Gespräche der Vier Mächte um Berlin. Ihr Erfolg wurde als Testfall bezeichnet. Das war logisch. Hier mußte erhartet werden, daß es dauerhafte und belastbare Regelungen gibt, die es einer beginnenden Epoche erlauben, mit Überzeugung vom Frieden und von der Koexistenz zu sprechen. Auch in einer solchen Stadt, in deren künftigen Schicksal auf engstem Raum die stärksten Gegensätze verflochten bleiben.

Und weitere Zusammenhänge sind offensichtlich. Entgegen der verbalen Ablehnung durch die Gesprächspartner in Kassel wurden die 20 Punkte, mit denen Bundeskanzler Brandt die Elemente und Grundsätze für eine Regelung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten (in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und in ihrem praktischen Zusammenhang) beschrieb, in den Meinungsaustausch einbezogen, der in Fortführung der Treffen von Erfurt und Kassel zwischen Delegationen der Bundesregierung und der Regierung der DDR im Oktober 1970 wieder aufgenommen wurde. Der Meinungsaustausch begann ohne jeden Vorbehalt. Von

den früheren Vorbedingungen der DDR wurde abgesehen. Die Logik dieses Entschlusses weist auf die Verfahrensformel zurück, wonach den praktischen Versuchen der Normalisierung und Entspannung Vorrang vor dem Austragen oder der Abgrenzung von Rechten und Interessen gegeben wird.

Die deutschen Abkommen zur Ergänzung und Durchführung die Vier-Mächte-Regelung für Berlin waren ein erstes Resultat. Verhandlungen über einen umfassenden Verkehrsvertrag sind im Gange. Auch hier wird das schlichte Prinzip vom „do ut des“, dem Abtausch von Leistung und Gegenleistung, der gestellten Aufgabe und den bestehenden Zusammenhängen nicht gerecht. Beide Seiten haben sich für den Versuch entschieden, die Arbeit am Modus vivendi der beiden deutschen Staaten aufzunehmen. Jeder Schritt voran und jeder Schritt zurück wird als Anteil der Deutschen an der europäischen Verantwortung für den „ganzen Frieden“ gewertet werden.

„Herr Barzel sagt..., das Selbstbestimmungsrecht müsse in das Vertragswerk aufgenommen werden. – Tatsache ist doch aber, ... daß sowohl die Rechte der Vier Mächte – ihre Rechte in bezug auf Deutschland als ganzes – wie das Recht auf eine Friedensvertragliche Regelung, wie das Recht auf Selbstbestimmung unseres Volkes bei unseren Verträgen gewahrt bleibt. Und dann spricht Herr Barzel weiter von einer verbindlich vereinbarten Absicht, in zu frage ich ..., ob nicht nach allem, was wir Deutschland Freizügigkeit herzustellen. Da in diesen Jahren erlebt haben, und 1971 verglichen mit 1961, dem Jahr der großen Berlin-Krise, die Berlin-Vereinbarungen statt des Geredes ein realer Schritt in Richtung auf Freizügigkeit sind.

Und ich frage, wenn es eben nicht um Scheingegefechte, sondern um eine reale Klärung der Probleme gehen soll, weiter, ob jemand ernsthaft glaubt, daß es hierzu ohne unseren Vertrag mit der Sowjetunion gekommen wäre.

Es ist leicht für die CDU/CSU, von der Sowjetunion etwas zu verlangen, was sie, die CDU/CSU, 20 Jahre lang in der Regierungsverantwortung selbst nicht hat erreichen können.“

(Willy Brandt auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg am 17. 12. 1971)

Die Wissenschaft ist eine Angelegenheit der Gesellschaft

Anmerkungen zur Einrichtung einer
Bundeshochschulkonferenz

Die naturwissenschaftliche und zunehmend die im weiteren Sinn sozialwissenschaftliche Forschung ist zu der entscheidenden Produktivkraft unserer Industriegesellschaft geworden, wenn man sie in Verbindung mit ihren technologischen Entwicklungen und ökonomischen Konsequenzen sieht. Nicht mehr die ergiebige Anlage des Kapitals oder das zeitliche Ausmaß der Arbeit bestimmen entscheidend das Produktivitätsmaß, sondern die technologischen Innovationen, die sich aus der Forschung ergeben. Man kann sich Ausmaß und Tempo dieser Entwicklung an drei Beispielen überaus deutlich klarmachen. In einem Zeitraum von nur 15 Jahren sind die elektronische Datenverarbeitung, das Fernsehen und die wirtschaftliche Verwendbarkeit der Kernenergie aus ersten Anfängen zu gesellschaftlich und wirtschaftlich prägenden Faktoren geworden. Strukturelle Umschichtungen großen Ausmaßes in den Berufs- und Leistungsfeldern sind die Folge solcher Prozesse.

Es lag auf der Hand, daß innerhalb der Politik und selbstverständlich auch in der Forschung selber angesichts der gewaltigen gesellschaftlichen Produktivkraft Wissenschaft die Frage aufgeworfen wurde, wie und durch wen über den gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang dieser Produktivkraft entschieden werden soll. Die Produktivkraft Wissenschaft traf und trifft auf Führungs- und Bewußtseinsstrukturen in Staat, Wissenschaft und Wirtschaft, die im letzten Jahrhundert entstanden sind und dennoch bis heute fortwirken.

In der Wirtschaft huldigt die Mehrheit der Unternehmer nach wie vor dem Grundsatz, daß eine unbegrenzte Steigerung der Produktion (was ja nicht dasselbe ist wie Produktivität) uns allen zugute komme. Die Folgen dieser platten Expansionsphilosophie zeigen sich heute bei unseren bedrückenden Umweltproblemen, ob man nun an das Auto, an die Pharmazeutika oder an die Chemie denkt. Die Führungsformen der Wirtschaft schwanken zwischen einem

patriarchalisch-autokratischen Konzept bis hin zu partnerschaftlichen und kooperativen Mitbestimmungsvorstellungen. Dazwischen gibt es viele Nuancen, etwa die Delegation der Verantwortung, die komplexe Planung und eine Fülle von Operationalisierungsstrategien. Die meisten dieser neuen Ansätze für Entscheidungsbildung und -führung bleiben jedoch technokratisch in dem Sinne, daß sie ohne reflektierte und inhaltliche gesellschaftliche Zielvorgabe auf eine meist quantitativ verstandene Effektivitätssteigerung abzielen.

Gegenüber der Wissenschaft verhält sich die Wirtschaft entweder so, daß sie deren Hilfe für ihre technokratischen Erfolgsstrategien in Anspruch nehmen möchte, oder sie organisiert die Forschung und Entwicklung in ihren eigenen industriellen Zugriffsbereichen, weil sie von der Partnerschaft mit sich demokratisierenden Hochschulen wenig hält und an deren Leistungsfähigkeit (gelegentlich sehr zu Recht) zweifelt. Insgesamt bewegt sich die Wirtschaft zwischen der Behauptung traditioneller Führungskonzepte und technokratischer Dynamik hin und her. Eine gesellschaftspolitische Neuorientierung, die die Frage nach dem Sinn der industriellen Produktion bewußt stellt und über die gegebene Zielsetzung nach beständiger Ausweitung der Produktion hinausginge, ist kaum zu bemerken.

Bei der staatlichen Administration auf allen Ebenen haben wir es gleichfalls mit überkommenen Formen des Selbstverständnisses zu tun. Zwar wird die Frage, auf welche Weise man zu einer mobilen und differenzierten Leistungsverwaltung kommen könne, seit einigen Jahren häufiger und präziser gestellt und untersucht. Aber solange der dem Obrigkeitsstaat entstammende Begriff der Hoheitsverwaltung noch die Basis verwaltungsrechtlichen und verwaltungspolitischen Denkens ist, stößt man bei Reformbestrebungen immer wieder gegen die gleichen Wände.

Der Begriff der Hoheitsverwaltung hat seine

gesellschaftstheoretische Wurzel in der Auffassung, daß der Staat sozusagen über der Gesellschaft stehe, einer nie definierten „Sachgerechtigkeit“ folgen müsse und jedenfalls aus beiden Motivationen eine begründete Vermutung dafür anführen dürfe, es besser zu wissen als alle anderen. Hier mischen sich obrigkeitstaatlliche, traditionelle Elemente mit solchen technokratischer, aber gleichwohl vordergründiger Effizienz. Der Durchbruch zu der vorgeordneten Frage des gesellschaftlichen Nutzens staatlicher Administration und zu der zweiten Frage nach demokratisierten, kooperativen Formen der Meinungsbildung zwischen Staat, Wissenschaft und Gesellschaft ist noch nicht gelungen.

In der Wissenschaft schließlich tut man sich schwer mit einer die Produktivkraft der Wissenschaft angemessen begreifenden Deutung des alten Autonomieanspruchs und des Willens zur Selbstverwaltung des Wissenschaftssystems. Daß diese beiden Grundmotivationen nicht nur eine inhaltliche Berechtigung für die Art wissenschaftlichen Arbeitens haben, sondern zugleich in einer längst vergangenen historischen Situation wurzeln, wird selten registriert. In der augenblicklichen Diskussion geht die Forderung nach Autonomie und Selbstverwaltung eine merkwürdige und denkwürdige Verbindung ein mit dem anderen Verlangen nach Demokratisierung. Die revolutionäre Linke möchte auf diese Weise Freiräume gegenüber der Gesellschaft erkämpfen, die ihrem totalen ideologischen Zugriff dann offenstehen, ohne daß Staat, Wirtschaft und die übrige Gesellschaft ihnen da hineinreden können.

Die Reformlinke hat die Präzisionsbedürftigkeit der Ansprüche auf Autonomie und Selbstverwaltung im Hinblick auf den gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang der Produktivkraft Wissenschaft noch nicht hinreichend durchdacht und verbleibt einstweilen noch bei der These, Demokratisierung in ihrem Sinne sei in der Wissenschaft nur in dem Maße gegeben, wie sie einer Unabhängigkeit gegenüber Staat und Gesellschaft gleichkomme. Hinter dieser Forderung steckt die Auffassung, es sei möglich, den gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang der Wissenschaft als politische Problemstellung im Wissenschaftssystem zutreffender zu artikulieren als auf der Ebene der „kapitalistischen“ Wirtschaft oder des jeweils traditionell vorgeformten Staates. Die sozu-

sagen abgrenzende Seite dieser Argumentation gegenüber Wirtschaft und Staat ist sicher weitgehend zu belegen, aber die positive, die Wissenschaft und ihre Möglichkeiten selbst einschätzende Argumentation ist nicht schlüssig.

Es ist eben mit den wissenschaftlichen Methoden der Logik und der empirischen Erfahrung nicht eindeutig auszumachen, auch nicht auf dem Wege des Experiments, was von seiten der Wissenschaft an Nützlichem für die Gesellschaft geschehen kann und was weniger nützlich wäre oder unnütz. Dies ist keine wissenschaftliche Problemstellung, sondern letzten Endes eine gesellschaftliche Wertentscheidung. Und wer der Meinung ist, daß es keine Chance für die wissenschaftliche Objektivierbarkeit gesellschaftlicher Wertentscheidungen gibt, der muß hier Farbe bekennen. Wir entscheiden in der Demokratie mit Mehrheit ja nicht darüber, was richtig in einem zu objektivierenden Sinn ist, sondern über die ganz andere Frage, was geschehen soll. Und wir tun dies nicht aus intellektueller Lässigkeit oder aus ideologischer Unschärfe heraus, sondern aus der Einsicht, daß wir die Vielfalt von Motivationen, Interessen, Meinungen nicht mit der Elle eines einzigen ideologischen Zielmaßes messen und dann nur das für legitim halten könnten, was diesem vermeintlich einzig richtigen Zielmaß entspräche.

Genau an dieser Stelle verläuft die Grenze zwischen der demokratischen Reformlinken, wie „systemüberwindend“ ihre Zielsetzung im einzelnen immer sein mag, und der totalitären Rechten und Linken in Staat, Wissenschaft und Wirtschaft. Hier wird der Pluralismus zu mehr als einem spätkapitalistischen Etikett, hier wird er substantiell wesentlich für die intellektuelle und politische Offenheit einer demokratischen Gesellschaft.

Versucht man, die totalen ideologischen und teilweise aus der Tradition unseres Landes überkommenen Zugriffe auf die heute gegebene Produktivkraft Wissenschaft durch eine schlüssige und offene Strategie zu ersetzen, dann geht es darum, Demokratisierung und Leistung im Hinblick auf den gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang der Produktivkraft Wissenschaft miteinander zu verbinden. Demokratische Grundwerte wie Freiheit und Gleichheit können dabei wegen ihrer abstrakten Unverbindlichkeit keine genauen Wegweiser sein.

Versteht man Demokratie jedoch nicht als

einen Zustand, sondern als einen Entwicklungsprozeß, dann handelt es sich bei der Demokratisierung um die strukturellen Zielmarkierungen der gleichen Chance, der Transparenz, der Kontrolle, des Mandats auf Zeit, den Spielraum für Minderheiten und die Partizipation für Gruppen und einzelne Bürger. Leistung darf, individuell und gesellschaftlich gesehen, nicht länger gleichgesetzt werden mit der Erwartung, überkommene Vorstellungen unreflektiert zu übernehmen und sich in vorgegebene Hierarchien reibungslos einzufügen, sondern sie orientiert sich an der Seltenheit und an der gesellschaftlichen Nützlichkeit dessen, was jemand kann. Die Motivationen zu einer solchen Leistung können unterschiedlich sein und gehen im alltäglichen Verhalten der Menschen ohnedies ineinander über.

Begreift man Demokratisierung und Leistung in der skizzierten komplementären Weise, dann gewinnt die Garantie unserer Verfassung, Forschung und Lehre seien frei, einen neuen und genaueren Sinn. Es ist dann keine wissenschaftsimmanente und wissenschaftsinterne Sache mehr, über die gesellschaftliche Zielsetzung von Forschung und Lehre zu befinden. Hier tut sich ein erstes und zudem das wichtigste Kooperationsfeld von Staat, Wissenschaft und Gesellschaft auf. Das gleiche gilt für die Entscheidung über die Verwertung der Resultate wissenschaftlicher Forschung und Lehre. Auch dies ist keine Aufgabe, der man mit wissenschaftsmanenten Kriterien beikommen könnte. Die „technokratische“ Sachkompetenz des Wissenschaftlers beschränkt sich vielmehr auf sein berufliches Wissen und seine Erfahrung. Hier kann und darf ihm die übrige Gesellschaft nicht hineinreden, denn davon versteht sie sehr viel weniger als der Wissenschaftler.

Gleichwohl ist der Wissenschaftler in seiner Eigenschaft als Staatsbürger und Mitglied unserer Gesellschaft jedoch berechtigt und verpflichtet, sich auch seinerseits der Frage nach dem gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang der Produktivkraft Wissenschaft zuzuwenden. In vielen Fällen wird ihm dabei sein berufliches Wissen und seine Erfahrung bessere Ansätze der Information geben als anderen, aber prinzipiell bleibt er hier an die Gleichheit der Bürger in einer demokratischen Gesellschaft gebunden. Es ist weder wissenschaftstheoretisch noch gesellschaftspolitisch aus dem Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft abzuleiten, daß der Wissenschaftler auto-

nom über den gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang seiner Arbeit und seiner Ergebnisse entscheiden könne.

Nun kann man allerdings der Auffassung sein, daß es ungeachtet dieser nur relativen Legitimation für Wissenschaftler, sich aus ihrem wissenschaftlichen Informationshorizont heraus verbindlich zur gesellschaftlichen Nutzarmachung der Wissenschaft zu äußern, sinnvoll sei, die Wissenschaftler — Professoren, Assistenzprofessoren, wissenschaftliche Mitarbeiter, Studenten — in eigenen Gremien zusammenzufassen und sie aufzufordern, dort ihre möglicherweise alternativen Entscheidungsvorschläge für Lehr- und Lerninhalte, für Forschungsziele, für technologische Entwicklungen zu erarbeiten, denn in diesen konkreten Problemstellungen wird ja über den gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang der Produktivkraft Wissenschaft befunden.

Faßt man eine Bundeshochschulkonferenz für diesen Zweck ins Auge, und entsprechende Einrichtungen in den Ländern und an den Standorten der einzelnen Hochschulen, dann würde dies bedeuten, daß die Wissenschaftler zwar ihren gegenwärtigen Stand wissenschaftlicher Einsicht und gesellschaftlichen Bewußtseins reflektieren und zu Entscheidungsalternativen verdichten würden, aber sie blieben dabei unter sich und könnten leicht in die Versuchung geraten, die übrigen relevanten Gruppen der Gesellschaft aus dem Blick zu verlieren. Dies könnte insofern dennoch einiges für sich haben, als die Entscheidungsbefugnis der Parlamente ja durch Vorschläge einer Bundeshochschulkonferenz nicht eingeschränkt werden würde, sondern daß es sich zunächst darum handelt, der Wissenschaft die Möglichkeit zur öffentlichen Artikulation ihrer eigenen gesellschaftspolitischen Perspektiven zu geben.

Ginge man aber diesen Weg einer autonomen Organisation der Wissenschaft in Hochschulkonferenzen, so blieben die traditionellen Führungsmethoden, Motivationen und Traditionen bei der staatlichen Administration und in der Wirtschaft davon ebenso unberührt wie die Wissenschaft von den Einflüssen aus anderen gesellschaftlichen Gruppen, auch aus dem Staat und der Wirtschaft. Ich meine, daß wir eine auf Demokratisierung und Leistung in dem beschriebenen Sinn gerichtete gesellschaftliche Reformpolitik auf andere Weise durchgreifender und schneller durchsetzen könnten, dann nämlich, wenn in den Hochschulkonferen-

**Die Wissenschaft ist eine Angelegenheit
der Gesellschaft**

zen Vertreter des Staates, der Wirtschaft und der Wissenschaft sich miteinander einlassen müßten. Nur auf diese Weise wird der Durchbruch zu den neuen strukturellen Kriterien der Demokratisierung und zu einer nicht nur technokratisch begriffenen, sondern gesellschaftlich vorfixierten Leistung gelingen.

Bleiben die Wissenschaftler hingegen unter sich, dann bleibt es bei dem traditionellen Nebeneinander von Staat, Gesellschaft und Wissenschaft mit der Folge, daß die Dominanz traditioneller Verhaltensweisen, Motivationen und Führungsmethoden wahrscheinlich sehr viel länger gefestigt wird als bei dem Wagnis, sich auf kooperative Meinungsbildungen und Entscheidungsvorbereitungen in solchen Hochschulkonferenzen einzulassen. Die gemeinsame Diskussion von Wissenschaftlern, Wirtschaftlern, Administratoren über den gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang der Produktivkraft Wissenschaft in ihren verschiedenen praktischen Ausformungen wäre ein Testfall für diese Möglichkeit.

Diese beiden denkbaren Modelle – wenn man überhaupt etwas Neues beginnen will – der öffentlichen Organisation der Wissenschaft für sich allein oder in der Verzahnung mit Wirtschaft, Gesellschaft und staatlicher Verwaltung, sind beide alternativ nicht völlig schlüssig zu begründen. Hier muß man zu einer Abwägung der Gründe und Gegengründe kommen und sich dann entscheiden. Vielleicht wäre es gut, wenn die Wissenschaft in einer Hochschulkonferenz des Bundes und entsprechend auf den anderen Ebenen 60 Vertreter, der Staat 20 und die Wirtschaft 20 Delegierte stellen würden. Wenn hier von Wirtschaft die Rede ist, dann ist damit selbstverständlich nicht nur die Seite der Unternehmer bzw. Kapitaleigner, sondern paritätisch ebenso die der Gewerkschaften gemeint. Es gehört zu den unreflektierten Traditionen unseres Begriffsbestandes, daß wir die Arbeitnehmer in den Begriff „Wirtschaft“ meist nicht mit hineinnehmen, während sie doch ebenso wie die Kapitalseite und das Management dazugehören. In den Block der Wissenschaft sollten auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, akademische Berufsvertretungen und Einrichtungen des sekundären Bildungsbereichs sowie der Weiterbildung einbezogen werden – also nicht nur Hochschulrepräsentanten. Ob und wie man Publizistik und Kirchen hier einbeziehen könnte, wäre eine weitere Frage, die hier offen bleiben mag.

Es wird aus rechtlichen Gründen leider nicht möglich sein, Hochschulkonferenzen in dem gegenwärtig im Bundestag zur Beratung stehenden Hochschulrahmengesetz zwingend vorzuschreiben. Aber es gibt dennoch zwei Möglichkeiten, zu diesem Ergebnis zu kommen. Bund und Länder können eine Hochschulkonferenz auf Bundesebene durch Vereinbarung errichten, die Länder können es jeweils für sich tun, oder die Westdeutsche Rektorenkonferenz und die Bundesassistentenkonferenz ergreifen von sich aus die Initiative und entwickeln solche Modelle von Seiten der Hochschulen aus. Entscheidend ist allein, ob die Bedeutung dieser Weichenstellung von allen Beteiligten erfaßt und in die Tat umgesetzt wird.

Die Ausgangsfrage für ein solches Unternehmen ist die nach dem gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang der Produktivkraft Wissenschaft. Die zweite Frage richtet sich darauf, ob wir das Wissenschaftssystem als eine Sache der Gesellschaft begreifen oder als eine Einrichtung für die Gesellschaft. In einer sich demokratisierenden Ordnung kann es wohl nur eine Antwort geben: die Wissenschaft ist eine Angelegenheit der Gesellschaft. Sie kann nicht aus eigener Sachzuständigkeit oder ideologischer Selbstsicherheit für die gesamte Gesellschaft entscheiden, insoweit es sich um ihre eigenen Produktivkräfte handelt.

Wenn wir den mühsam freigesetzten Weg zu einer Demokratisierung und einer neu und inhaltlich bestimmten Effektivität gehen wollen, muß das Wissenschaftssystem den Vorstoß in die Gesellschaft hinein wagen, denn die Parzellierung unterschiedlicher Motivationen, Verhaltensweisen und Führungsformen ist kein plausibles und tragfähiges Konzept. Und wenn man sich, neben der Frage nach der gesellschaftlichen Zuordnung der Produktivkraft Wissenschaft, den politischen Stellenwert der Bildung und Forschung in der Bundesrepublik ansieht, so kann es für alle Beteiligten nur gut sein, wenn sie sich miteinander einlassen und aufeinander einwirken. Die Polarisierung unterschiedlicher Werte, Motivationen und Meinungen führt uns weder zu einer raschen Demokratisierung der Gesellschaft noch zu besseren Resultaten in der Effektivität. Diese Polarisierung hat allenfalls den subjektiven Vorzug, daß sie die Kombattanten in dem Bewußtsein ideologischer Rechts- oder Linksgläubigkeit bestärkt.

Wer Demokratisierung konkret will und sie zudem einbinden möchte in einen Leistungsbegriff, der die Produktivkraft Wissenschaft der Gesellschaft nutzbar macht und dabei an den fundamentalen Spielregeln einer dynamischen und vielfältigen Gesellschaft festhält, der kann sich nicht mit dem Ideologischen Kirchgang begnügen. Er muß nach Möglichkeiten suchen, die Welt nicht nur anders zu interpretieren, sondern sie auf neue Weise zu ordnen. Wir haben in dem Kooperationsfeld von Wissenschaft, Staat und Gesellschaft mit der Einrichtung von Hochschulkonferenzen dafür eine gute Chance.

Der Friedensnobelpreis
Stiftung und Verleihung; die Reden der vier deutschen Preisträger
128 Seiten, Snolinbroschur DM 10,—

Willy Brandt
Zum sozialen Rechtsstaat
Reden und Dokumente
ca. 320 Seiten

Willy Brandt
Außenpolitik Deutschlandpolitik
Europapolitik
Grundsätzliche Erklärungen
168 Seiten, kart. DM 10,—, geb. DM 12,50

Herwig Roggemann, Hrg.
Die Staatsordnung der Sowjetunion
Gesetzestexte mit Einleitungen und Anmerkungen
296 Seiten, Snolinbroschur DM 25,—

Die Sowjetverfassung
62 Seiten, Snolinbroschur DM 6,—

Sergej S. v. Podolinsky
Rußland vor der Revolution
Die agrarsoziale Lage und Reformen
240 Seiten, Balaconband DM 28,—

Gustav Stresemann Schriften
Ausgewählt aus dem gesamten Nachlaß
ca. 400 Seiten, Leinen DM 30,—

BERLIN VERLAG 1 Berlin 33,
Ehrenbergstr. 29

Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Friedrich Engels 1820—1970

Referate — Diskussionen — **Dokumente**

Internationale wissenschaftliche Konferenz
in Wuppertal vom 25.—29. Mai 1970
Redaktion: Hans Pelger,
Karl-Marx-Haus, Trier
376 Seiten, Ganzleinen, 40,— DM

Am 28. November 1970 jährte sich zum 150. Mal der Geburtstag von Friedrich Engels. Aus diesem Anlaß hat die Stadt Wuppertal im Mai 1970 eine internationale wissenschaftliche Engels-Konferenz veranstaltet. Die auf dieser Konferenz von deutschen und ausländischen Wissenschaftlern vorgetragenen Referate werden in diesem Band vorgelegt. Die Themen waren:

Der junge Engels / Engels als Geschäftsmann und Wirtschaftswissenschaftler / Engels und die Militärwissenschaft / Engels und die deutsche Arbeiterbewegung / Engels und die Internationale Arbeiterbewegung / Engels' Weltanschauung und Geschichtsauffassung.

Ergänzend wird jeweils ein Kurzbericht über die Diskussion der in einzelnen Sessions gehaltenen Referate gegeben. Zusätzlich zu den auf der wissenschaftlichen Engels-Konferenz vorgetragenen Referaten wird im Teil „Dokumentation“ eine Reihe von Korrespondenzen und bisher unveröffentlichten Dokumenten von, an oder über Engels publiziert.

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

Dokumente

Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit

Chefredakteur Paul Schallück

Aus dem Inhalt von Heft 4/1971:

Joachim Besser,

Die Angst vor den Deutschen

Die Not eines tschechischen Schriftstellers —

Ein Bericht

Fritz J. Raddatz, Über Arbeiterliteratur

Fred Viebahn, Das Haus Che

(aus einem neuen Roman)

Dieter Lattmann, Porträt Willy Brandt

Die Emanzipation der Frau in Europa

Analysen aus Ost und West

Originalberichte aus Frankreich, England,
Holland, Griechenland, Skandinavien,
Spanien, Israel und den sozialistischen
Ländern.

Bundesrepublik — Deutsche Demokratische
Republik (Eine vergleichende Untersuchung)

Erika Runge,

Interview mit Frauen aus der DDR

Walter Nutz, Die Regenbogenpresse — ein
Beispiel der Anti-Emanzipation

Bibliographie Emanzipation

Dokumente

Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit

Einzelpreis DM 3,50

Jahresabonnement 4 Hefte DM 12,—

Studentenpreis DM 9,—

Bezug bei Ihrem Buchhändler oder

VERLAG DER DOKUMENTE

5 KÖLN 1, Hohenstaufenring 11

Friedrich Engels — ein unfehlbarer Dogmatiker?

Einige Überlegungen
zur Wuppertaler Engels-Konferenz *)

Die Konferenz, die anlässlich des 150. Geburtstages von Friedrich Engels in dessen Heimatstadt stattfand, stand auf sehr hohem Niveau und zeitigte außerordentlich interessante Ergebnisse. Etwa fünfzig Forscher von bedeutendem Rang, die aus Ländern unterschiedlicher Gesellschaftssysteme kamen und divergierende politische Auffassungen vertraten, würdigten in ihren Referaten und Debatten den größten Sohn Wuppertals, den Kampfgefährten von Karl Marx. Die Veranstalter hatten sich die schwierige und lohnende Aufgabe gestellt, alle Lebens- und Arbeitsbereiche Engels' zu durchleuchten: seine Tätigkeit als Geschäftsmann und als Militärtheoretiker stand ebenso zur Diskussion wie der gewaltige Beitrag, den er auf den Gebieten der Geschichte, der Ökonomie, der Politikwissenschaft, der Philosophie sowie als Mentor der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung leistete.

Da es den Rahmen eines Artikels sprengen würde, auf die gesamte, ungemein reichhaltige Thematik einzugehen, die beim Kongreß zur Sprache kam, möchte sich der Verfasser dieser Zeilen mit einigen Überlegungen begnügen, die ihm beim Lesen der Beiträge in den Sinn kamen.

Keine Konferenz über Engels kann kühl-distanziert einen streng akademischen Rahmen wahren; viel zu aktuell und gegenwartsbezogen, ja sprengstoffgeladen ist die aufgeworfene Problematik. Zahlreiche Teilnehmer der Tagung verhehlten auch gar nicht, daß sie unmittelbar konkrete politische Ziele und Zwecke anstrebten und die Konferenz als Tribüne zur Propagierung ihres Gesellschaftssystems und als Tribunal zur Verdammung ihrer politischen Gegner betrachteten. Dies traf insbesondere

für die Beiträge von Prof. Dr. Horst Ullrich (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin): „Der junge Engels und die Wirkungsgeschichte seiner Schriften“, Prof. Dr. Werner Kalweit (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin): „Engels' Auffassung über Demokratie und Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft“ und Timur Timofejew (Institut für Internationale Arbeiterbewegung, Moskau): „Das Erbe von Engels und der Leninismus“ zu. Auch das Referat Dr. Claus Kernigs (Herder-Verlag, Freiburg): „Das Verhältnis von Kriegelehre und Gesellschaftstheorie bei Engels“ enthielt einige polemische Bemerkungen, auf die noch zurückzukommen ist. — Es ist bedauerlich, daß sich die Redakteure des Bandes Selbstzensur auferlegten und den Beitrag von Dr. Maximilien Rubel (Centre d'Etudes Sociologiques, Paris) nicht veröffentlichten. Die Andeutungen über den Inhalt seines Referats fachen die Neugier an, anstatt sie zu befriedigen.

Der Rezensent kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß einige Gelehrte der Sowjetunion und der DDR für Engels eine gewisse Unfehlbarkeit in Anspruch nehmen, die ihn seines Menschseins entkleidet. Gerade bei den Fragen, worin sich Engels geirrt habe, bzw. was an seinen Schriften vergänglich und überholt und was noch heute unumstritten gültig sei, entzündeten sich einige hitzige Diskussionen. Es handelte sich dabei um folgende Fehlurteile:

1. Engels stellte bei Beurteilung der militärischen Aspekte im „Deutschen Krieg“ von 1866 die falsche Prognose, daß Österreich den Krieg gewinnen werde. Auch schätzte er die damalige politische Situation in Preußen unrichtig ein.
2. In seinem „Anti-Dühring“ (1878) behauptete Engels, daß seit dem Deutsch-Französischen Krieg die Waffen so vervollkommen seien, „daß ein neuer Fortschritt von irgendwelchem umwälzenden Einfluß nicht

*) FRIEDRICH ENGELS 1820—1970: Referate, Diskussionen, Dokumente, Internationale wissenschaftliche Konferenz in Wuppertal vom 25.—29. Mai 1970. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 88.

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1971

mehr möglich" sei. *„Die Ära der Entwicklung“* sei „nach dieser Seite hin also im wesentlichen abgeschlossen“ (MEW, Bd. 20, 158). Eine derartige Auffassung steht im Widerspruch zum historischen Materialismus.

3. Engels stellte falsche Prognosen für den Zeitpunkt des Ausbruchs der nächsten Revolution, und zwar sowohl in der Reaktionsperiode nach 1848 als auch am Ende seines Lebens, in der ersten Hälfte der neunziger Jahre; beide Male hielt er die kommende Umwälzung für unmittelbar bevorstehend.
4. Engels schrieb der deutschen Sozialdemokratie zur Zeit der Aufhebung des Sozialstengesetzes und der Festlegung des Erfurter Programms (1890 und 1891) einen revolutionären Charakter zu, den sie nicht besaß. Er überschätzte auch um diese Zeit die Rolle und die Bedeutung des Einflusses der österreichischen Arbeiterpartei.
5. Engels betrachtete einige slawische Nationen, nämlich die Tschechen, Serben, Kroaten und Slowenen als „geschichtslose plebejische“ Völker, denen nicht das Recht auf Selbstbestimmung zukäme. Diese Nationen hielt er für „Völkerüberbleibsel“ und war der Meinung, daß sie nicht imstande seien, sich selbst zu emanzipieren. Er sah sie lediglich unter dem Aspekt, daß der Zarismus, der „internationale Gendarm der Reaktion“, sie mit Hilfe der panslawistischen Ideologie und Propaganda für seine Zwecke ausnutzte.

Es handelt sich keinesfalls um Beckmesserei, die Irrtümer Engels' aufzuzählen; aus einem falschen theoretischen Ansatzpunkt können sich unrichtige Schritte in der Praxis und in taktischen Fragen ergeben. Es ist überflüssig zu betonen, daß diese Fehleinschätzungen und irigen Prognosen (denen eine Unzahl von richtigen Urteilen und scharfsinnigen Voraussagen gegenübersteht) selbstverständlich der überregenden Stellung von Engels als Militärtheoretiker, als Mitbegründer der materialistischen Geschichts- und Gesellschaftsauffassung und als Lehrmeister der internationalen Arbeiterbewegung keinen Abbruch leisten. Es soll jedoch darauf hingewiesen werden, daß die beim Kongreß anwesenden Wissenschaftler des Westens bei aller Hochachtung vor der weltgeschichtlichen Leistung des marxistischen Klassikers

dessen Irrtümer nicht verschwiegen, sondern aus ihnen zu lernen versuchten, während einige Forscher aus der Sowjetunion und der DDR die Fehlurteile von Engels umzudeuten, zu bagatellisieren, ja wegeskamotieren zu müssen glaubten. (Übrigens wurde die falsche Auffassung von Engels über die „geschichtslosen“ slawischen Nationen von dem jugoslawischen Wissenschaftler Radoslav Jan [Rat für Kultur und Kulturpolitik, Belgrad] hervorgehoben.) Besonders bedeutsam war der Beitrag von Alfred Schmidt (Universität Frankfurt/M.): „Historischer Materialismus in den späten Arbeiten von Engels.“ Schmidt traf die Feststellung, daß Engels, im Gegensatz zu den Autoren mancher offizieller kommunistischer Lehrbücher, die Lehre von den objektiven Gesetzen des Geschichtsverlaufs niemals von der Kritik der politischen Ökonomie trennte und daher niemals die Objektivität der Betrachtung mit einem begriffslosen Objektivismus verwechselte. Schmidt zitierte die hervorragende Zusammenfassung der materialistischen Geschichtstheorie durch Engels in dessen Brief an Joseph Bloch vom 21./22. September 1890. Diese Darstellung ist so prägnant, daß sie auch im Rahmen dieses Artikels ihren Platz finden soll.

Engels schrieb:

„Wir machen unsere Geschichte selbst, aber erstens unter sehr bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen. Darunter sind die ökonomischen die schließlich entscheidenden ... Zweitens aber macht sich die Geschichte so, daß das Endresultat stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht, wovon jeder wieder durch eine Menge besonderer Lebensbedingungen zu dem gemacht wird, was er ist; es sind also unzählige einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante — das geschichtliche Ergebnis — hervorgeht, die selbst wieder als das Produkt einer, als Ganzes, bewußtlos und willenlos wirkenden Macht angesehen werden kann. Denn was jeder einzelne will, wird von jedem anderen verhindert, und was herauskommt, ist etwas, was keiner gewollt hat. So verläuft die bisherige Geschichte nach Art eines Naturprozesses und ist im wesentlichen denselben Bewegungsgesetzen unterworfen. Aber daraus, daß die einzelnen Willen ... nicht das erreichen, was sie wollen, sondern zu ... einer gemeinsamen Resultante verschmelzen, ... darf ... nicht geschlossen

werden, daß sie = 0 zu setzen sind. Im Gegenteil, jeder trägt zur Resultante bei und ist insofern in ihr einbegriffen."

Es ist zu betonen, daß der Kontrahent Alfred Schmidts, Prof. Dr. Erich Hahn (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin), der über das Parallelthema „Friedrich Engels über die Triebkräfte des Geschichtsprozesses“ referierte, in der Debatte den Thesen von Schmidt beipflichtete. Dem Verfasser dieser Zeilen sei die Bemerkung gestattet, daß erst dann, wenn die Erkenntnis der ökonomischen Zusammenhänge und gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse so weit gediehen sind, daß die Geschichte nicht mehr als „bewußtlos und willenlos wirkende Macht“ empfunden wird, die nach Art von Naturkräften über die Köpfe der Menschen hinweggeht, der Weg zu einer Gesellschaft freigemacht ist, die tatsächlich als sozialistisch angesehen werden kann.

Ein wichtiger Beitrag zur Debatte über die Frage, was vom Erbe der marxistischen Klassiker lebendig geblieben ist, war das bereits erwähnte Referat Claus Kernigs „Das Verhältnis von Kriegerlehre und Gesellschaftstheorie bei Engels, Bemerkungen zur Genesis moderner Konflikttheorien“. Kernig wies darauf hin, daß die fundamentalen Wandlungen im Bereich der Naturwissenschaften, die Neuerungen im wissenschaftlich-technischen Bereich eine zunehmende Krisenfestigkeit in das kapitalistische System hineingebracht hätten, die von den Klassikern des Marxismus nicht vorausgesehen worden sei und manchen Marxisten am Berechnen des Untergangs der kapitalistischen Produktionsweise verzweifeln ließe. Der Verlust nahezu aller Chancen, in den hochindustrialisierten Ländern eine Massenbasis für eine revolutionäre Bewegung auf Grund eines bestimmten Bewußtseinsstandes bei den Massen zu erzeugen, sei zu offenkundig, als daß er nicht belehrend wirken müßte. Kernig: „Die Suche nach dem entfallenen Klassenkampf der Industrieländer, die Wiederbelebungsversuche der Klassenkampftheorie im individuellen und im globalen Bezugsrahmen (oder in der Kombination dieser Bezugsrahmen) bei westlichen Theoretikern und die Aufrechterhaltung der Einheit und Universalität der Weltanschauung bei sowjetischen Kollegen zeigt die gleiche Verlegenheit, in welche die reale gesellschaftliche Entwicklung die Theoretiker hineingedrängt hat: das gesellschaftsanalytische Instru-

mentarium ist nicht mehr ungebrochen anwendbar.“ Dennoch bringen die sowjetischen Philosophen aus- und umdeutende Interpretationen bei, die den Eindruck erwecken wollen, als sei die Einheit und Universalität der marxistisch-leninistischen Theorie nach wie vor ungebrochen.

Es muß festgestellt werden, daß die auf dem Kongreß anwesenden Gelehrten der Sowjetunion und der DDR den bohrenden Fragen Kernigs nach der Weiterführung der marxistischen Theorie unter Einbeziehung der Entwicklungen seit dem Tode von Engels nichts Wesentliches zu erwidern hatten. In gewissem Sinne kann das in einer anderen Session gehaltene Referat von Timur Timofejew: „Das Erbe von Engels und der Leninismus“ als Versuch angesehen werden, Kernig zu antworten. Timofejews Referat, das eine Anzahl von Angriffen gegen Wissenschaftler der USA und Chinas enthielt, die an der Tagung nicht teilnahmen (les absents ont toujours tort!), behauptete zwar, daß Lenin und die Leninisten die Schlußfolgerungen von Engels wie auch die marxistische Lehre niemals für etwas Unantastbares gehalten hätten, und führte als Beweis an, daß die Lehren des Massenstreiks von 1905 etwas Neues geliefert hätten, was Engels nicht wissen konnte.

Damit bewies Timofejew jedoch nichts anderes, als daß Lenin selbst kein Dogmatiker war (was auch niemand behauptet hatte). Er blieb jedoch die Antwort schuldig, welche wesentlich weiterführenden Ideen angesichts der technischen Entwicklung die Leninisten seit dem Tode von Engels, bzw. Lenin der marxistischen Theorie hinzugefügt hätten, die ja Anleitung zu selbständigem Denken und kein Dogma sein soll.

Daran änderten auch die Beteuerungen Timofejews nichts, daß der Marxismus eine einheitliche internationale Lehre sei. Dies wirkt auf den Leser des Bandes nur als ungewollte Bestätigung von Kernigs Bemerkungen. – Auch für die Lehre von Marx und Engels gilt das Goethe-Wort:

„Denn umzuschaffen das Geschaffne,
Damit sich's nicht zum Starren wafine,
Wirkt ewiges lebend'ges Tun.“

Heinz Kühn

**DEN STAAT
MENSCHLICHER
MACHEN**

**Beiträge
zu gesellschaftlichen Fragen
und persönlichen Begegnungen**

ca. 280 Seiten Text und 9 Seiten Fotos
Snolin-Broschur 9.80 DM

**Verlag Neue Gesellschaft
Bonn-Bad Godesberg**

Analysen – Diskussion

Klaus Harpprecht

Unbehagen am Eliten-Bewußtsein

Vilfredo Pareto, Wegbereiter der modernen Soziologie und ein Magier der Langweilerei, umschrieb mit seiner Formel von der „Circulation des Elites“ die geradezu biologische Banalität, daß Führungsmächte an der Herrschaft ermüden und konsequent von einer nächsten abgelöst werden, sei es durch revolutionäre Gewalt oder evolutionäre Vernunft.

An dieser These ist nichts Überraschend. Sie hat die lähmende Logik der Natürlichkeit, die so gewöhnlich ist wie der Gang der Jahreszeiten, der Wechsel von Tag und Nacht und Geburt und Tod.

Dennoch scheint vom Phänomen der Elite ein unerschöpflicher Zauber auszugehen, der die Phantasie der Intellektuellen nicht zur Ruhe kommen läßt. Für die junge Linke enthält das Stichwort die Essenz alles Bösen; in ihm sammelt sich die Verderbnis der Macht und die Sünde der Ungleichheit. Selten ficht sie der Gedanke an, sie selbst könne ihrem Anspruch, das „Wollen der Massen“ zu formulieren und womöglich ihre „Bedürfnisse“ (deren sie kaum bewußt ist) zu exekutieren, der elitären Anmaßung verfallen sein. Die Sensibleren und Aufmerksamere zwar geben dann und wann zu erkennen, daß sie der kaum überbrückbare Abstand zwischen sich und der Arbeiterschaft, sich und den „Werkstätigen“, quält. Doch unermüdlich sorgen sie selber Tag um Tag für Distanz: durch eine artifizielle und schwache Sprache, die kein Ausweis revolutionärer Energie, sondern vor allem Ausdruck der Arroganz ist.

Das „linke“ Vokabular ist verräterisch wie die verbale Wolkenschieberei einer angeblich konservativen Intelligenz, die – immer zu Träumen, Ahnungen, Spekulationen und hochgestimmter „Überschau“ aufgelegt – aus dem Elitebewußtsein einen schönen Lustgewinn bezieht. Sie wird es nicht leid, die Notwendigkeit der Austese zu proklamieren, und will sich in Wirklichkeit nur die eigene Höher- und Hochwertigkeit attestieren. Das Tremolo der chroni-

schen Elitendiskussion ist am Ende bloß das Geständnis allgemeiner Unsicherheit – in der Rechtfertigung wie im Ressentiment, Demonstration gesellschaftlicher Impotenz, Aufmarsch der Lächerlichkeiten und ein wenig rührend dazu.

Es fällt nicht leicht, im Hechtsprung über diese Barriere hochgestapelter Klischees von links und rechts zu setzen, um ins Feld ernsterer Beobachtungen über die Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen und das Karussell der Eliten zu gelangen.

Ralf Dahrendorf hat das nahezu Unaussprechliche in seinem Buch „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ mit bleicher Unerschrockenheit berührt: der Nazismus erzwang nach seiner Argumentation jene Wandlung der deutschen Gesellschaft, die einer Revolution am nächsten kam. Der „Volksgenosse“ avancierte zum teutonischen Ersatz für den citoyen, und der totalitäre Wille der Führungs-Clique zerbrach jene überalterten Autoritäten, die sich aus dem wilhelminischen Deutschland in die Republik herübergerettet hatten.

Diese Umschichtung, durch die gewaltsame Bevölkerungsbewegung von Krieg und Nachkrieg radikalisiert, ist das wesentliche innerdeutsche Ereignis des Nazismus, und gewiß nicht das monströse Experiment, neue Herrschaft durch biologische Aufzucht begründen zu wollen – ein naturalistisches Programm, das alles andere als ein natürliches war. Es verflüchtigte sich wie ein böser Spuk; doch es war mächtig genug, Unheil ohne Beispiel anzurichten, Zerstörungen an Leib und Seele der Völker, die nie wieder gutzumachen sind. Über die Zugehörigkeit zu der schwarzen und braunen Elite entschied vor allem die Bereitschaft, wörtlich und tödlich die negative Selektion der „Minderwertigen“ zu vollziehen. Die Fähigkeit zum Mord aus Überzeugung und auf Befehl war der Mitgliedsausweis des Herrenmenschentums – weitaus wichtiger als etwa vererbte Kennzeichen nordisch-germanischer

Herkunft, die sich die Ordenskumpane von Partei und SS, zumal ihrer Führung, bei einem genaueren Blick in den Spiegel nur selten zu billigen durften, denn sie glichen auf fatale Weise der Mehrheit ihrer Landsleute aus Kattowitz oder Köln, die kaum aussehen, als hätten ihre Urmütter allesamt dem Herzog Widukind beigelegen.

Doch die Versuchung, kollektiv und en masse zu einer elitären Existenz berufen zu sein, schien für die Eingeborenen des mittleren Europas unwiderstehlich zu sein. Der Appell an die latente Neigung zur Arroganz traf (auch damals) auf ein Gefühl der Inferiorität, von dem der Himmel weiß, wann und wie ihn dieses Volk sich erwarb, um fortan mit eisernen Ellbogen den Vorstoß zum „Platz an der Sonne“ zu erzwingen.

Bietet seine Schwierigkeit, sich als Nation einzurichten, eine vernünftige Erklärung? Haben die Deutschen darunter unerträglich gelitten? Kaum. Eher unter den versäumten Revolutionen. Aber ist Frankreich glücklicher geworden, weil es einen König und einige zehntausende Feinde im Namen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geköpft hat?

Vielleicht. Der große Aufbruch von 1789 befeuerte ohne Zweifel die unbeinbare Überzeugung der Franzosen, es sei ihr Auftrag, die Botschaft der Zivilisation in die Welt zu tragen, ja, sie erkannten in der „nation une et indivisible“ einen universellen Befehl, das Leben der Völker zu ordnen. Der Bauer in der Gascogne nahm an dieser Mission nicht teil, sie füllte nicht seine Scheuern, im Gegenteil, sie leerte die Speicher und plünderte die Räucherkammer. Aber seine Söhne, die unter den Adlern Bonapartes den Kontinent unter die Stiefel nahmen, marschierten bis 1812 beschwingter hinter dem Weltgeist her. Der Geist der Elite felernte sein Pfingsten mit einem revolutionären militärischen Kollektiv. Auch das war ein Irrtum, wie die Tamboures spätestens auf dem Rückweg von Rußland erfuhren. Doch die Symbole von Nationalismus und Weltbürgertum überlebte im Herzen fast jedes Franzosen. Die Vernunft, die sich ihm mystisch verkörpert hatte, nahm er für nahezu anderthalb Jahrhunderte in Erbpacht, bis auch in ihm die Illusionen zerstoben, fast gleichzeitig mit denen des dumpfen Nachbarn. Aber war er glücklich im Dienst der nationalen Vernunft, die auch die der Welt zu sein hatte?

Man kann angeregt darüber streiten, am Ende fruchtlos, weil das „Glück“ keine zuverlässige Auskunft der Geschichte ist. Die Dritte Republik wand sich bis an ihr Ende in Krämpfen, die auch aus dem Schock von 1789 rührten. Mit erstaunlicher Leichtigkeit hat zum anderen die Gesellschaft des Landes die napoleonische Aristokratie der Korporale und Sergeanten integriert, die aus den Campagnen des Korsen als Marschälle und Herzöge wiederkehrten. Einem sensiblen Bonapartisten wie Stendhal ging ihr ordinärer Militarismus auf die Nerven. Indessen heirateten sie unbekümmert in den bourbonischen Altadel ein und versippten sich rententrächtig mit der Bourgeoisie. Es war, als hätte nach 1945 der Sohn des Kreisleiters von Sigmaringen ein Mauerblümchen der dort ansässigen (katholischen) Hohenzollern zum Altar führen dürfen.

Der Fall ist nicht denkbar. Mit der Durchlässigkeit der Klassen und ihrer Hohelitzonen war es in Deutschland selten weit her. Um so üppiger wucherte der Neid, den man uns als nationales Laster nachsagt, und um so rascher resultierte daraus das Ressentiment, das ein deutsches Ersatzwort für Revolution zu sein scheint.

Der Nazismus war, wenn nicht alles täuscht, die schließliche Revolution aus Ressentiment. Dennoch: eine Art von Revolution. Und das blutige Gericht über die Verschwörer des 20. Juli, es ist eine schreckliche Vermutung, die Endstation jenes verspäteten und pervertierten Machtwechsels, der sich vor allem auf Kosten anderer vollzog, der Minderheiten und der Nachbarn; ja, man könnte sagen, die herrschende Schicht habe ihre Köpfe zunächst damit gerettet, daß sie die Minderheiten, die ihrem Schutz anbefohlen hätten sein müssen, der Vernichtung preisgab.

Im Aufstand der Offiziere und ihres zivilen Anhangs spukten, wir wissen es heute, noch immer die Gespenster der „konservativen Revolution“, die man präziser die Gegenrevolution nennen sollte: den wirren und verzweifelten Versuch, eine mythologisierte Vergangenheit mit utopistischen Entwürfen des Kommenden zu versöhnen — Exerzierfeld elitärer Ambitionen, die kaum mehr eine vernünftige Beziehung zur Wirklichkeit unterhielten.

Man hat, wahrhaftig zu Recht, die Dezimierung von Charakteren und Talenten durch Hitlers Henker beklagt. Der Respekt vor dem tapferen

Opfer wird durch die Einsicht in die Vergeblichkeit und das fatale Zuspätkommen der Rebellion nicht gemindert. Auch nicht durch die Feststellung, daß der Bundesbürger in Uniform und seine Armee im Dienst der Demokratie kaum denkbar wären, hätte der Diktator den Anspruch preußischer Traditionen nicht in der bösen Sommernacht des Jahres 1944 endgültig zerbrochen. Die Beamtenschaft der Zweiten Republik wäre nicht das gutwillige Instrument der Ordnung von Bonn, hätte der Barbarensturm nicht zuvor den Obrigkeitsstaat wilhelminischer Prägung über den Haufen gefegt – damit auch freilich alle Hemmungen hergebrachten Anstands und zuletzt aller Menschlichkeit und Vernunft.

Das Dritte Reich hat, nach Dahrendorf, jene Veränderungen geschaffen, „die auch die Verfassung der Freiheit erst möglich macht“. Anders: die Elemente einer sozialen Revolution im Nazismus wurden zur Voraussetzung für die Vollendung der liberalen Revolution, die in Deutschland 1848 und 1918 erstickt war. Sie schufen auch die Ausgangslage der verordneten Revolution in der DDR.

Es ist eine deprimierende Einsicht, daß es diese Erniedrigung brauchte, damit der Weg zu einer Transformation der Gesellschaft frei wurde. Der Irrtum, den das gebildete Deutschland bei dem schottischen Puritaner Thomas Carlyle entlieh, daß die Reformation dieses Volk der Notwendigkeit der Revolution ein für allemal enthoben habe, war endlich in der vulgärsten aller denkbaren Revolutionen zerbrochen. Niemals hatte es erprobt, ob seine Obrigkeit tatsächlich so gottgewollt war, wie es ihm Luther gelehrt hatte. Niemals hatte es die Utopie der Gleichheit auch nur für eine Stunde riskiert. Es wäre an ihr gescheitert wie alle anderen auch. Aber diese Niederlage hätte ihm vielleicht den Alptraum des Dritten Reiches erspart, dessen Katastrophe die Verfassung der Freiheit erst möglich machte.

Der Bürgerstaat, den uns der Sieg der Alliierten im deutschen Westen bescherte, ist aus der permanenten Spannung zwischen dem Prinzip der Gleichheit und der Notwendigkeit elitärer Strukturen gewiß nicht entlassen. Die Freundlichkeiten sozialer Toleranz und die Polster eines generellen Wohlstandes haben den herben Prozeß der Auslese ein wenig gemildert. Besitz- und Bildungsschichten gewähren ein bißchen mehr Durchlaß. Aber von einer Gleich-

heit der Chancen – dieser bescheidensten Annäherung an ein hohes und schreckliches Ideal – kann im Ernst keine Rede sein. Nur die Einsätze in dem Lotteriespiel, das den Weg „nach oben“ freiläßt, sind erschwinglicher geworden.

Aber was ist „oben“? Wo beginnt es? Wie gelangt man in die Sphären der Volksvertreter, Wirtschaftsführer, Verbandschefs und der hohen Beamtenschaft? Darüber vermag keiner verbindliche Auskunft zu geben. Am zuverlässigsten ist wohl der Bledermannsrat des Papas: „Na, Junge, studier' erst mal Jura.“ Kein Zweifel: die Republik ist ein heimliches Monopol der Juristen und ihrer Hilfstuppe, der Nationalökonomien, die eine gemütlichere Sprache Volkswirte nannte. Sie besetzen vier Fünftel der Schlüsselpositionen in unserer angeblich technokratisch bestimmten Gesellschaft; sie sind die Verwalter der Demokratie, in ihrer Mehrheit Söhne der Väter, denen zwischen 1920 und 1950 der Kiesinger-Sprung aus dem Kleinbürgertum in einen unsicheren Mittelstand glückte.

Anders als im Staat von Weimar schwang sich in Bonn kein Erbe des Adels oder des Großbürgertums mehr auf die Bühne. Erhard und Schröder, Schiller, Schmidt und Barzel: sie entstammen tutti quanti einem mittleren Milieu; eine halbe Etage höher, eine halbe Etage tiefer. Die proletarischen Ausnahmen Brandt und Wehner sind fast schon, des langen Vormarsches wegen, elitär dekoriert. Der Staat im ganzen befindet sich fest in der Hand einer aufstrebenden Klasse, die sich nicht als solche empfindet. In fast allen ihren Gesichtern erkennt sich ein durchschnittliches Deutschland wieder, dessen Söhne zu sich selbst gern „Herr Doktor“ sagen.

Zwar fangen die roten Garden der Politologen und Soziologen an, gegen die Türen der juristischen Vorherrschaft zu donnern. Doch einstweilen und wohl noch für lange sind die Kommandohöhen durch eine scharfe Aufwertung akademischer Welten und Titel gesichert. Der Dr. jur. hat fürs erste wenig Anlaß, einen diplomierten Politmenschen als seriöse Konkurrenz zu betrachten.

Doch wer weiß: vielleicht ist auch im modischen Zudrang zu den brotlosen Wissenschaften der Politik- und Gesellschaftslehre die Ironie der Geschichte am Werk; vielleicht braucht es ein akademisches Proletariat, dessen Wissen der

Natur seines Studiums nach eher allgemein als gefestigt, eher theoretisch als praktikabel ist, um die revolutionären Kader zu formen. Es hat sich noch stets, standen die Zeichen der Gesellschaft auf Sturm, eine Anti-Elite auf die Suche nach den Massen begeben — und nicht immer angetroffen. Revolutionen sind eine passionierte, freilich auch flüchtige Amour zwischen den wenigen und dem Volk; das glückliche Rendezvous von Masse und maßgebender Minderheit, von dem alles abhängt, fand seltener statt, als mancher es träumt.

Doch wenn es gelingt, dann erfüllt sich wenigstens für diese wahre Traumsekunde der Geschichte der Ausgleich des Grundwiderspruchs der Schöpfung, jener Spannung zwischen Auserwählten und Gleichen, mit der sich die Menschheit durchaus nicht abgefunden hat, seit Erzvater Jakob aus dunklen Motiven zwischen dem Recht des Erstgeborenen und den Nachgeborenen seiner Söhne einen Unterschied machte.

Israel hat den brennenden Willen seiner Besonderheit vor Gott als die große Toleranzprobe der Völker durch die Geschichte geschleppt, und keines hat je die Prüfung bestanden. Widerschein und Abglanz dieser herrischen Idee leuchtete auf allen helligen Kronen des Abend- und Morgenlandes; kein säkulares Regime entging der Versuchung, sich dieser Magie zu bemächtigen — oft genug im Namen des Ideals der Gleichheit, das aus demselben menschlichen Grundverlangen nach der Vollkommenheit stammt, in der Recht und Gerechtigkeit für immer geborgen sein sollen.

Die Fatalität dieser Spannung ist nicht einfacher geworden, seit es der abendländischen Gemeinschaft der Ungläubigen, also einer Mehrheit der sogenannten christlichen Völker, nicht mehr gelingt, die Erfüllung ihres Ideals an die letzte Instanz zu delegieren, vor der am Ende alle Menschen gleich sind.

Kaum einer wagt heute noch die Hoffnung, dieser Urkonflikt unseres Daseins würde zuletzt von einem Appellationsgericht der Weltgeschichte aufgehoben — wenigstens für jene Kinder Gottes, denen der Zugang zur Seligkeit beschleden ist, eine Gewißheit, die unter den Söhnen und Töchtern Calvins schon hienieden als sichtbarer Segen zu Kapital schlug: die radikalste Formulierung des Elitgedankens.

Für diesen Zusammenhang hat uns Max Weber die Augen geöffnet. Am theologischen Selektionsverfahren des Calvinismus gemessen, ist

Luthers desperater Entschluß, alles auf die Gnade zu werfen, von einer bewegenden und durch keine andere Theologie übertroffenen Humanität, von einer Menschlichkeit, von der man sagen könnte, sie sei voll von Gott.

Die Gleichheit vor dem Gesetz, matter Abglanz einer vollkommenen Theologie, ist eine eher prinzipielle Erwartung. Sie hielt die Gesellschaft niemals davon ab, zwischen Gleichen und Gleichen zu unterscheiden. Die deformierte Utopie des Kommunismus änderte daran nichts. Lenin hat, als er mit seiner Kadertheorie die revolutionäre Kerntruppe formierte, sich dem Gesetz der Selbstverständlichkeit gebeugt und dafür gesorgt, daß auch in seinem Imperium manche Gleichen gleicher als die Anderen sein würden. Damit war die „neue Klasse“ etabliert. Die Abgrenzung zwischen dem „Inneren Kreis“ der Kader und den Außenfeldern des Partei- und Bürgervolkes mögen für eine Weile noch durchlässig genug sein, um jene Blutstockung in dem Kreislauf der Eliten zu verhindern, die laut Pareto eine gewaltsame Umschichtung fordert. Viel Glück wird die sozialistische Gesellschaft damit auf die Dauer nicht haben.

Die liberale Gesellschaft des Westens, altmodisch und mit den Trümmern zerbrochener Hoffnungen bedeckt, scheint über den Vorzug der größeren Flexibilität zu verfügen. Sie hat längst begriffen, daß über die Geschicke ihrer Völker nicht länger in den klassischen Zucht- und Pflanzstätten der Eliten entschieden wird, den Großen Schulen, mit denen Napoleon Frankreichs Oberschicht korsettierte, oder den Hallen von Oxford und Cambridge, in denen geduldig die Rasse des Gentleman gedreht wurde.

Die Industriegesellschaft, erbarmungslos zu sich stelgernder Leistung verurteilt, wendet sich indessen energisch einer Organisation der Eliten durch Management und Spezialisierung zu. Neue und breite Schichten sind einem Lernprozeß von vehementer Pression unterworfen. Sein fast terroristischer Charakter wird keineswegs durch die Tatsache gemildert, daß die Opfer nicht ums Überleben, sondern um den Lebensstandard kämpfen: sie haben sich daran gewöhnt, das eine mit dem anderen zu verwechseln.

Dennoch, wir scheinen im Begriff zu sein, den Prozeß der Austese durch Spezialisierung

gleichsam zu demokratisieren. Eine beschränkte Art von Bildung erzwingt sich die Massenbasis. Die Konstrukteure unserer Gesellschaft sind am Werk, die Volkselite zu schaffen, und das ist auch eine schöne Erfindung.

Die Wenigen würden bei diesem Fortgang der Dinge zweifellos mehr, aber noch lange nicht die Mehrheit. Die Zirkel der abgestuften Privilegien schließen nach wie vor die Masse der Ungebildeten und Ungelernten aus: die neuen Proles, die nicht in Hütten darben und in deren Töpfen nicht der Hunger kochte. Ausreichend gefüttert und erträglich gebettet, nähmen sie an einem durchschnittlichen Wohlergehen teil, verurteilt zu Indolenz, Langeweile und Ergebung, durch Verrichtung niederer Dienste und die Ablenkung der Unterhaltungsindustrie vor revolutionärer Unrast einigermaßen bewahrt. Die Existenzbedingungen des Leihproletariats der zwei Millionen Gastarbeiter geben – unter allen Vorzeichen nomineller Gleichberechtigung – einen Vorgeschmack dessen, was die Massen zu erwarten hätten, ginge die Rechnung der Sozial-Ingenieure auf.

Aber sie werden, wie üblich, die Größe X vergessen: die denkbare Flucht vor der Leistungsfolter, den Ausbruch aus der Zwangsjacke der Fachidiotie, Computer- und Maschinenstürme, Wirtschaftskrisen, Staatsbankrotte, Kriege, und vor allem den Unmut der Politologen und Soziologen, die wie so viele Revolutionäre vor ihnen auch, eine verständliche Abneigung gegen die Arbeit durch Ideologische Leidenschaft wettzumachen suchen.

Die Perfektionierung des Unvollkommenen wird nach der Gewohnheit der Menschengeschichte auch dieser Generation nicht gelingen. Aus den demokratisierten Eliten werden sich immer wieder die Wenigen lösen, die entschlossen sind, die Rolle der „happy few“ zu übernehmen, und ihr Elitebewußtsein wird wie stets zuvor an der ewigen Frage ermüden, ob sie ihr Glück daraus schöpfen, daß sie die Wenigen sind, oder ob das Glück sich nur den Wenigen zuwenden kann.

Ehe sie die Antwort finden, werden sie ersetzt sein, und das Schauspiel der „circulation des élites“ geht ein anderes Mal über die Bühne, lächerlich und traurig zugleich, zum Ergötzen und Erbarmen der Menschenkinder, die es halbwegs gleichgültig läßt, ob man sie zu den Wenigen oder den Vielen zählt, sondern sich damit zufrieden geben, daß sie Einzelne sind.

Josef Benzinger

Die sozialdemokratische Linke an den Hochschulen

Tatsachen und Probleme einer Abgrenzungsdiskussion

1.

Es ist kein Zufall, daß das politische Gefüge im Hochschulbereich seit Bildung der Großen Koalition in Bonn 1966 relativ plötzlich in die Brüche ging. Es hatte bis dahin in seiner Struktur weitgehend dem Muster der Einflußverteilung entsprochen, wie sie zwischen den politischen Parteien in Bonn bestand. An den meisten Hochschulen gehörten die führenden Studentenfunktionäre zur Kategorie der politisch Unpolitischen und repräsentierten insofern die mausgraue Mehrheit der Studenten wie auch die konservative Grundhaltung bundesdeutscher Verbandspolitik. Es fiel z. B. kaum auf, daß der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) bis etwa 1967 überwiegend von der CDU beherrscht wurde.

Die den Parteien zugeordneten Studentengruppen (SDS/SHB, RCDS, LSD) sahen ihre Aufgabe in erster Linie in der politischen Bildung der Studenten und spielten in der studentischen Politik selbst nur eine zweitrangige Rolle.

Der sich mit der etwa 1967 beginnenden Politisierung und Polarisierung abzeichnende „Machtwechsel“ an den Hochschulen brachte aber nur zum geringeren Teil Sozialdemokraten ins Amt. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), seit 1960/61 von der SPD getrennt, verfügte zu diesem Zeitpunkt bereits über solide Erfahrungen bezüglich der Mobilisierung von Studenten. Dieser Umstand sowie die inhaltliche Profilierung des SDS in der Hochschulpolitik (SDS-Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“, 1961) und gegen jeden Kompromiß mit bürgerlichen Kräften verschafften dem SDS 1966/67 eine quasi natürliche Führungsposition in der studentischen Politik.

Der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) zog nach. 1967 kam es im Verhältnis zur SPD zur ersten ernsteren Krise, welche dann seit den Bundesdelegiertenversammlungen von 1968 zu einer Dauererscheinung geworden ist.

In der inhaltlichen Aussage des SHB zu politischen Themen gibt es kaum Differenzen zur sogenannten APO. In Saarbrücken grenzt sich der SHB sogar deutlich gegenüber der SPD ab: In einer Entschließung heißt es, im Wahlkampf 1969 werde der SHB nur SPD-Kandidaten unterstützen, welche die Große Koalition, die Notstandsgesetze und die Wirtschaftspolitik Schillers ablehnen.

Selbst der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) wurde von dieser Entwicklung nicht verschont, wenn es auch zwischen diesem Studentenbund und den Unionsparteien bis heute kaum Auseinandersetzungen in wesentlichen Fragen gegeben hat. Dennoch ging die taktisch bedingte Distanzierung von der CDU/CSU als Ganzem auch hier z. T. Hand in Hand mit einem Standortwechsel in Richtung progressiver Gruppen innerhalb der C-Parteien (Sozialausschüsse, Kohl-Flügel).

Der VDS als Dachverband der Studentenschaften wurde noch unter der Großen Koalition 1969 von der staatlichen Förderung ausgeschlossen. Dies war konsequent, weil der Verband unter der Führung des SDS neben dem Vertrauen der Unionsparteien nun auch das Vertrauen der SPD verloren hatte. Ein sogenanntes „politisches Mandat“ hatte der VDS freilich schon in den 50er und 60er Jahren beansprucht (Anprangerung der Berlinschikanen u. a.), das Recht, allgemeinpolitische Stellungnahmen abzugeben, wurde also staatlicherseits erst beschnitten, als es sich auf andere Inhalte (Vietnam, Springer, Notstandsgesetze) bezog, d. h. in seiner Realisierung von der Politik der Bundesregierung abwich.

Auch der Vorwurf einer Gegnerschaft zur freiheitlich, demokratischen Grundordnung und zur repräsentativen Willensbildung ließ sich nicht konkretisieren. Daß bürgerliche Kräfte im Gegensatz zu früher im VDS eine Minderheitsposition einnehmen, liegt nicht an manipulativen Wahlordnungen, sondern an der Tatsache, daß diese Gruppen selbst bei Anwendung des gerechtestmöglichen Wahlsystems (Höchstzahlverfahren) weniger als 30 Prozent der VDS-Delegierten stellen (1971).

Was die „Hochschulpolitischen Informationen“ des Bundes Freiheit der Wissenschaft erst 1971 bemerkten, ist also längst eingetreten: Die politischen Parteien haben im Hochschulbereich weder Vertreter noch Gesprächspartner. So sehr es den täglichen Beobachtungen zu widersprechen scheint: Die Bildungs-, speziell

die Hochschulpolitik ist die Ursache der Spannungen gewesen und geblieben. Daß die SPD am stärksten betroffen ist, ist kein Zufall.

II.

Solange sich die Diskussion auf der unscharfen Linie des Grundsätzlichen bewegte, erschien die SPD aufgrund ihres Plans Z, ihrer Bildungspolitischen Leitsätze (1964), sowie vieler einschlägiger Parteitageentscheidungen zur Bildungspolitik bei mehreren Studentengenerationen als diejenige politische Kraft, von der am ehesten wirkliche Reformen zu erwarten waren. Je mehr man in die Phase konkreter Initiativen kam (anläßlich der beginnenden Hochschulgesetzgebung in den Ländern), desto mehr verschärften sich die Gegensätze.

Die Partei hatte sich mit Grundsätzen begnügt und mußte nun die Einzelheiten Pragmatikern und Experten überlassen, die vielfach in der mangelnden Modernität des Haupttätigkeitsfeldes sahen und eine effektivere Technokratie für gesellschaftspolitischen Fortschritt hielten. Der Mangel an Vermittlung und Berücksichtigung der gesellschaftlichen Implikationen von Bildungspolitik bewirkte, daß der Zusammenhang zwischen Bildungssystem, Wirtschaftsverfassung und Gesellschaftsordnung stärker in das Bewußtsein von sozialdemokratischen Hochschulangehörigen rückte. Das Vertrauen in den Staat als den Manager des gesellschaftlichen Interessenausgleichs wurde um so schwächer, je hilfloser man den Staat gegenüber wirtschaftlichen Interessen und technokratischen Automatismen ansah.

III.

Das Kernproblem der studentischen Linken ist die Frage der Verwertung der an den Hochschulen erworbenen wissenschaftlichen Qualifikation. Politische Parteien sind aber in diesem Punkt für Studierende kaum Gesprächspartner, weil sie diesen Aspekt nicht sehen wollen oder ihn aus Opportunitätsgründen in der Öffentlichkeit verschweigen. Das „Verwertungsproblem“ betrifft mittelbar oder unmittelbar die gesamte Bildungspolitik, von Fragen der Gestaltung der Studiengänge und Prüfungsordnungen bis zu der Frage, wieviel dem Staat Bildung und Forschung wert sind. Knapp ein Jahr nach der Regierungsbildung wurde erschreckend deutlich, wie eng der

Spielraum der Bildungspolitik tatsächlich ist, nachdem die Finanzverfassungsreform von 1969 konkretere Planungen unter Mitwirkung des Bundes möglich gemacht hatte. Was die studentische Linke Ende der 60er Jahre mehr vermutete als beweisen konnte, ist inzwischen erkannt, wenn auch nicht widerspruchsfrei hingenommen: daß die Reform auch im Inhaltlichen an anscheinend unüberwindliche finanzielle Schranken stößt, entgegen der Feststellung von Bundesminister Laussink, wirtschaftliche Erwägungen dürften den Ansatz und die Richtung der Reform nicht beeinflussen (Debatte über den Bildungsbericht, Oktober 1970).

Bezüglich der Bildungsinhalte und -ziele steht zwar im „Modell für ein demokratisches Bildungswesen“, daß sie entscheiden, „was die Gesellschaft sein soll“; die Erkenntnis ist aber selbst innerhalb der SPD nicht sehr verbreitet. So wird auch im Bereich der inhaltlichen Reformen, soweit er von Finanzfragen relativ unabhängig erscheint, wohl gezwungenermaßen den „marktwirtschaftlichen“ Lösungen der Vorzug gegeben, wenn pluralistisch zusammengesetzte Gremien darüber entscheiden, was, wie und zu welchem Zweck an Schulen und Hochschulen gelernt wird.

Wo immer die angebliche Dialektik zwischen dem kritischen und dem optimal berufstauglichen Menschen in Erscheinung tritt, ist der letztere das kaum reflektierte Leitbild der Reformbemühungen. Studenten einerseits, Beamte und Politiker andererseits reden vielfach aneinander vorbei, wenn es z. B. um das Schlagwort von der Chancengleichheit im Bildungswesen geht. Die studentische Linke anerkennt die Schaffung der formalen Chancengleichheit nicht als wirklichen Fortschritt, weil damit die Frage des „wozu“ nicht beantwortet ist. Unter den bestehenden Produktions- und Verhältnissen, so argumentiert man hier, ist Chancengleichheit nur dazu geeignet, höher qualifiziert zur stärkeren Gewinnsteigerung für einzelne, d. h. die Produktivkapitaleigner beizutragen, die Kosten für den Produktionsfaktor wissenschaftliche Qualifikation durch Überangebot und dadurch schärferen Wettbewerb zu senken und als Vorwand zur Rechtfertigung tendenzieller Unterqualifikation zu dienen.

IV.

In dieser — grob skizzierten — Analyse sind

sich heute Jungsozialisten, SHB, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und Spartakus weitgehend einig. Unterschiedlich sind die Strategien im politischen Handeln. Etwas vereinfacht kann man sagen, daß es den kommunistischen Gruppen um die Beseitigung des bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems geht, ohne daß sie deshalb sogenannte systemüberwindende Reformen grundsätzlich ablehnen. Bezeichnenderweise ist der Spartakus in der aktuellen hochschulpolitischen Diskussion wenig kreativ. Er arbeitet vorwiegend mit der suggestiven Behauptung, ein wahrhaft demokratisches Bildungswesen könne es nur in einer demokratischen, sprich: kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geben. Demgemäß werden fast alle hochschulpolitischen Initiativen der sozialliberalen Regierung pauschal als „Versuch der Formierung des Bildungssektors im Interesse der Monopole“ verworfen.

Die damit verfolgte Absicht ist klar: Der DKP liegt nichts daran, an den Hochschulen bzw. im Spartakus eine ideologische Filiale entstehen zu lassen, welche möglicherweise die Funktion des Bildungswesens im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang anders definiert als die herrschende, vom Vorstand der DKP repräsentierte Lehre. Deshalb geht es dem Spartakus in erster Linie um die Festigung des klassenkämpferischen Bewußtseins der Studenten durch das intensivste Erlebnis der Sinnlosigkeit aller hochschulreformerischen Bemühungen im kapitalistischen System.

Die Hochschulen sind für DKP/Spartakus am allerwenigsten Selbstzweck: Hier dienen sie dem klassenkämpferischen Training, in der DDR der Versorgung der Volkswirtschaft mit dem Produktionsfaktor wissenschaftliche Qualifikation. Der Spartakus vernebelt dabei geschickt die Tatsache, daß in der DDR nicht nur das privatkapitalistische Wirtschaftssystem, sondern auch die Lehr- und Lernfreiheit an den Hochschulen abgeschafft ist, daß ihrer Unabhängigkeit als Selbstverwaltungsorganisation beraubte Hochschulen auch in sozialistischen Gesellschaften möglich sind und sogar häufig vorkommen. Unabhängig davon, zu wessen Gunsten Hochschulen Produktivkraft erzeugen: Gleichgeschaltet sind sie auf keinen Fall in der Lage, gesellschaftskritisch zu wirken. Dies kann nur wünschen, wer Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen als überflüssig betrachtet, sobald diese „sozialistisch“ sind.

V.

Trotz Unklarheit darüber, welche Kriterien den systemüberwindenden Charakter einer Reform bedingen, gibt es in der bildungspolitischen Diskussion doch eindeutige Stellungnahmen der sozialdemokratischen Linken an den Hochschulen. Die wesentlichen sind folgende:

- Der Staat wird nicht als Bevollmächtigter der Gesellschaft anerkannt, ihm das Recht der Fachaufsicht im Hochschulwesen deshalb nicht, der Rechtsaufsicht nur unter Vorbehalt zugebilligt. In dieser Frage ist die Haltung der SPD noch stark aus der Tradition der Arbeiterpartei gekennzeichnet, die der großbürgerlich dominierten und privilegierten Selbstverwaltungsorganisation Universalität mißtrauisch gegenüberstand.
- Die Mitwirkung gesellschaftlicher Gruppen in Fragen der Organisation, der Inhalte sowie der Planung von Bildung wird abgelehnt. Hierbei mißt man bezüglich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bewußt mit zweierlei Maß, da sich die Beteiligung der Arbeitnehmer aufgrund der gesellschaftspolitischen Funktion von Bildung als Interessenpolitik für den mündigen Menschen (nicht: für den wirtschaftlichen Profil) legitimiert. Die paritätische Mitbestimmung der Studierenden soll den Einfluß der Lehrenden als Staatsfunktionäre und Vertreter wirtschaftlicher Interessen im Hochschulbereich selbst zurückdrängen.
- Das familienunabhängige und kostendeckende Studienhonorar soll den Studierenden ermöglichen, ohne wirtschaftliche Erwägungen und Zwänge sich auf den gesellschaftskritischen Aspekt ihres Studiums zu konzentrieren. Auch diese Auffassung ist in der SPD prinzipiell umstritten. Die Priorität der Ausbildungsförderung im Sekundarbereich einschließlich der Berufsbildung sowie die Schwierigkeit, Begüterte von solchen Leistungen auszuschließen, sind nur relativ vordergründige Einwände. Vielmehr wird im Studenten immer noch der Privilegierte gesehen, dessen Konsumverzicht während magerer Ausbildungsjahre durch das zu erwartende höhere Einkommen ausgeglichen wird.
- An die Stelle von Prüfungen als Mittel zu Disziplinierung, Auslese und Schutz der

Gesellschaft vor Unbefähigten sollen individuelle Selbstkontrollen und im Kollektiv erbrachte Leistungen treten. Das hiermit in Frage gestellte traditionelle Leistungsprinzip wird aber in der SPD vielfach verteidigt, weil es die einzig sinnvolle Entsprechung zum Gleichheitsgrundsatz zu sein scheint. Zudem ist das Vorurteil verbreitet, eine Änderung der Leistungskriterien sei gleichbedeutend mit Leistungsabfall. Während sich die Industrie dagegen wehrt, aus ihrer Position als oberster Instanz in Fragen der Leistung verdrängt zu werden, befürchten manche SPD-Politiker in einer geänderten Definition von Leistung genau das, was verhindert werden soll, nämlich die Isolierung der Hochschule gegenüber der Gesellschaft durch die Kultivierung elitärer und kommunikationsfeindlicher Normen, die für eine demokratische Gemeinschaft zunehmend untauglich geworden sind.

Diese Maximen könnten nach Auffassung der sozialdemokratischen Linken in der Hochschulgesetzgebung zum Tragen kommen und so zur allmählichen Überwindung der Altmacht wirtschaftspolitischer Überlegungen mit beitragen.

VI.

Inwieweit diese Maximen das können, ist umstritten. Vom Umfang und Gewicht der linken „Gegenmacht“, darin herrscht Übereinstimmung, hängt ab, welche Zugeständnisse der organisierten Reaktion abgerungen werden. Die DKP und ihre gesellschaftlichen Organisationen führen den Kampf global, d. h. in erster Linie auf der Ebene der allgemeinen Politik unter differenzierter Zu- bzw. Unterordnung der Offensiven in Betrieben und Hochschulen. Systematische Kaderbildung, Eroberung von Machtpositionen und Indoktrination entsprechen den Bedürfnissen einer Partei, die sich die freie Diskussion nicht leisten kann, weil sie Rückwirkungen auf ihre Mitglieder befürchten muß.

Dagegen verfügt die nichtkommunistische Linke weder über ein verbindliches Programm noch über eine geschlossene Organisation. Eine politische Koordinierung der Kontakte sozialdemokratischer Hochschulangehöriger zu Gewerkschaften, SPD-Betriebsgruppen, Jungsozialisten, Lehrlings- und Schülergruppen findet kaum statt. Gerade unter Sozialdemokraten gibt es starke Zweifel an der Fähigkeit und/

oder an dem Willen der politischen Gesprächspartner, auf Argumente einzugehen, Zweifel, welche die Bereitschaft, praktischpolitische Erwägungen gelten zu lassen, nicht gerade fördern. „Bündnispolitik“ und „Doppelstrategie“ sind deshalb bis heute Reizworte geblieben, die einen kaum gegebenen Sachverhalt bezeichnen. Von den Möglichkeiten, in die SPD hineinzuwirken, besteht für die Mehrzahl sozialdemokratischer Hochschulangehöriger keine; in der Partei sind sie Minderheit, es fehlt ihnen an „Hausmacht“ außerhalb der Partei, sie haben die bekannten Verständigungsschwierigkeiten.

Während man an den Hochschulen sehr genau weiß, was CDU/CSU wollen und wer diese Parteien vertritt (die Politisierung der letzten Jahre hat so manchen konservativen Hochschulangehörigen veranlaßt, seine Sympathie für die C-Parteien in eine Mitgliedschaft einmünden zu lassen), redet die SPD hier mit mindestens zwei Zungen, wobei die SPD-Mitglieder im Bund Freiheit der Wissenschaft wesentlich zur Unklarheit über die Standorte beitragen.

VII.

Von führenden Vertretern der SPD werden Umfang und Qualität der erwünschten Abgrenzung nach „links“ verschieden angegeben. Für den Bereich der Berufswelt ist selbstverständlich, daß sozialdemokratische und kommunistische Betriebsräte in Fragen der Interessenvertretung für die Arbeitnehmer gemeinsame Standpunkte entwickeln und u. U. Aktionen gemeinsam planen und durchführen. Daß dies im Hochschulbereich nicht erlaubt sein soll, wird oft durch den Hinweis gerechtfertigt, daß Studentenvertretungen heutzutage im Gegensatz zu den Betriebsräten häufig allgemeinpolitische Stellungnahmen abgeben. Betriebsräte können es den Gewerkschaften bzw. dem DGB überlassen, sich zur allgemeinen Politik zu äußern, wenn durch diese grundsätzliche Arbeitnehmerinteressen berührt werden.

Studenten sind keine Sozialpartner. Die organisierte Vertretung ihrer sozialen Interessen wird anerkannt, weil das finanzielle Risiko eines Studiums nicht ausschließlich der Familie des Studenten zugemutet werden kann.

Die Diskussion um die überbetriebliche Mitbestimmung zeigt freilich, daß die Gewerkschaften die Vertretung der sozialen Interessen der Arbeitnehmer weiter fassen und auch in

Fragen der Personal- und Investitionspolitik ein qualifiziertes Mitspracherecht fordern. Ähnliche weitergehende Überlegungen gibt es in der Studentenschaft. Versucht die Wirtschaft mit Hilfe des Staats, den Sektor Bildung und Forschung überwiegend nach ihren Bedürfnissen zu gestalten, dann bleibt außer Streik, der die Studenten selbst am härtesten trifft, nur die öffentliche Kritik der außerparlamentarischen Einflußmechanismen, die hier wie auch in anderen Bereichen staatlichen Handelns funktionieren.

Der Konflikt ist hier grundsätzlicher Natur. Es geht nicht um Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft in Arbeitnehmerhand, sondern um wirtschaftliche Machtpositionen, welche in den politischen Raum eingreifen und mit dem durch die Verfassung gegebenen Instrumentarium kaum kontrolliert werden können.

Richard Löwenthal hat darauf hingewiesen, daß bezüglich der Mehrzahl der gesellschaftlichen Einrichtungen eine klare Trennung der Funktionen des Interessenausgleichs einerseits, der Erfüllung vorgegebener Aufgaben andererseits nicht möglich ist. Die Hochschule ist ein typisches Beispiel dafür, wie die Art und Weise der Aufgabenbewältigung die Berücksichtigung der jeweiligen Interessen beeinflußt. Daß dieser Aspekt mit den Umschreibungen „Gruppenuniversität“ u. ä. diffamiert wird, beweist nur, wie schwer es noch fällt, Politik außerhalb ihrer traditionellen Reservate als legitim anzuerkennen.

Die SPD muß wie in den Betrieben so auch an den Hochschulen den Mut haben, Betrachtungsweisen nicht deshalb als falsch zu verketzern, weil sie auch von Kommunisten vertreten werden. Allerdings sollten es sozialdemokratische Hochschulangehörige um keine Nuance mehr als nach Sachlage erforderlich zulassen, daß die Kommunisten durch den Hinweis auf gemeinsame Standpunkte eine Aktionseinheit vorspiegeln, welche lediglich dazu dient, ihre Basis zu verbreitern, ihren Führungsanspruch zu unterstreichen und ihn langfristig durchzusetzen. Dies gilt besonders in allgemeinpolitischen Fragen. Seitens der Partei ist es daher sinnvoll, Kriterien aufzustellen, die bestimmte Qualitäten der Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen als parteischädigend kennzeichnen. Dabei muß man sich auf beiden Seiten im klaren sein, wie gefährlich gleichermaßen ein zu enger und ein zu weiter Spielraum sein können.

VIII.

Wie die sozialdemokratische Linke an den Hochschulen gegenüber den Kommunisten manövrierfähiger werden soll, ist damit nicht geklärt. Kompromisse in der Bildungspolitik sind heutzutage an den Hochschulen kaum verkäuflich. Solange der Spartakus mit seiner pauschalen Kritik an der Politik der Bundesregierung bei Hochschulwahlen relativ erfolgreich ist, kann sich der SHB aus taktischen Gründen nicht davon distanzieren. Er kann aber auch aus inhaltlichen Gründen keine glaubhaften Gegenpositionen beziehen, wenn in Bildungsgesetzen die Unterschiede in der gesellschaftspolitischen Zielsetzung so eingeebnet sind, daß sich der Status quo nur in technischen Einzelheiten ändert. Die Frage der „Bündnispolitik“ stellt sich im Hochschulbereich anders.

Bei Wahlen ist die DKP bisher eine zu vernachlässigende Größe geblieben, allenfalls in der Lage, der SPD Teile von Prozenten abzugeben. Dagegen hat sich der Spartakus an den Hochschulen zu einem politischen Faktor entwickelt, dessen Anhänger in der Studentenschaft zahlreicher sind, als es die kleinen Kader dieser Gruppe vermuten lassen. Zudem hat der Spartakus das Reservoir der zersplitterten Linksgruppen noch nicht ausgeschöpft. Während deshalb z. B. die Jungsozialisten die Zusammenarbeit mit Kommunisten durch das taktische Argument grundsätzlich ablehnen können, dies würde ausschließlich dem kommunistischen „Partner“ nützen, bedeutet für den SHB eine derartige Absage den Rückzug in die Minderheitsposition, weil ein Bündnis mit konservativen bzw. gemäßigt fortschrittlichen Kräften zum gegenwärtigen Zeitpunkt kompromittierend wirkt.

Würde der SHB ein solches Bündnis eingehen, so käme er schnell wieder in das Fahrwasser der studentischen Politik früherer Jahre, d. h. er müßte seine Aufgabe — ähnlich dem RCDS und verwandten Gruppen — vordringlich darin sehen, die soziale Lage der Studierenden zu verbessern, ohne die Voraussetzungen des bestehenden Hochschulsystems wesentlich in Frage zu stellen. Solche Bemühungen sind seit 1945 mit wechselndem Erfolg unternommen worden und haben die akute Krise doch nicht verhindern können.

Im konservativen hochschulpolitischen Lager hat es schließlich nicht den Anschein, als könnten sich die dort selten vorhandenen und völlig

einflußlosen Kräfte, welche in allen gesellschaftspolitischen Fragen außerhalb der Hochschulpolitik progressiv denken, von der tonangebenden Roll-back-Bewegung (WRK-Präsident Grünwald) der Maier, Hennis, Dregger, Dichgans u. a. absetzen. Das aber wäre eine wesentliche Voraussetzung für die Stärkung sozialdemokratischer Positionen im Hochschulbereich. Es könnte den größeren Teil des SHB veranlassen, die unterschiedlichen Auffassungen zum Spartakus im theoretischen Ansatz weiter zu entwickeln und in der politischen Aktion stärker zu praktizieren.

IX.

Die SPD hat als Regierungspartei seit 1969 das ihr möglich Erscheinende getan, die seit Kriegsende verschleppte Bildungskrise endlich zu bewältigen. Die Bemerkung von Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung, die Bildungsreform stehe „an der Spitze der Reformen, die es bei uns vorzunehmen gilt“, entspricht sicher den Erwartungen, die man auch 1972 noch in eine von Sozialdemokraten geführte Bundesregierung setzt. Die Zweckpessimisten haben freilich schon sehr bald erkannt, daß es bei den wesentlichen Ausgabenkomplexen kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch geben kann und sich die Bildungspolitik, bisher nur Bundesaufgabe minderen Ranges, keinen gleichberechtigten Platz in der Reihe der Prioritäten erobern würde, weil andernfalls Posterioritäten entstehen oder Kürzungen erfolgen müßten, die angesichts zahlreicher, schwieriger und teurer werdender öffentlicher Aufgaben politisch kaum zu verantworten sind. Auch die Oppositionsparteien haben dieses Dilemma sogleich erkannt und mißbraucht, indem sie einerseits mehr Geld für die Länder (d. h. weniger für den Bund), andererseits mehr Bundeszuschüsse für das Bildungswesen fordern und überdies strukturelle und inhaltliche Reformen verzögern oder verhindern, die noch am ehesten den rationalen Einsatz der verfügbaren Mittel gewährleisten können.

Das im Hochschulbereich vorhandene Mißtrauen gegenüber dem Staat konzentriert sich auf die Bundesregierung. Sie büßt durch Vertrauensverlust an den Hochschulen für Verlautbarungen, die nicht von ihr, sondern von Oppositionspolitikern stammen. Dies geschieht z. B., wenn CDU-Dichgans im Namen seiner Fraktion die drastische Einschränkung der Hochschul-

autonomie fordert und hauptsächlich konservativ dominierte Bildungsverwaltungen einen Geheimnisschleier um die Prozesse der Bildungsplanung legen.

Schließlich ist die verfassungsrechtliche Situation im Bildungswesen durch die Reform von 1969 eher noch schwieriger geworden. An den Hochschulen stellt man die mißtrauische Frage, ob der Hinweis auf die durch das föderalistische Prinzip zusätzlich gesicherte Gewaltenteilung nicht als Vorwand dient, Kompetenzen zu Lasten der Bewältigung der sachlichen Probleme zu verteidigen. Die Vielzahl der Planungs- und Entscheidungsebenen und damit Kompromißzwänge verführt allzu leicht dazu, sich mit verwaltungstechnisch praktikablen Lösungen zufrieden zu geben. Um so verfahren zu können, ist es notwendig, das Bildungswesen bezüglich der Austragung gesellschaftspolitischer Kontroversen stillschweigend zum neutralen Gebiet zu erklären. Diese Art des Pragmatismus ist in der Bildungspolitik freilich besonders gefährlich, weil sie sozialdemokratische Regierungen in Bund und Ländern daran hindert, den verfassungsrechtlichen Spielraum für die Durchsetzung ihrer bildungspolitischen Zielvorstellungen voll auszunützen. In der Auffassung vieler Sozialdemokraten an den Hochschulen bedeutet das die inhaltliche Fortsetzung der Großen Koalition mit anderen Mehrheiten. Die Wiederholung der Situation von 1968 droht.

Andererseits könnte die sozialdemokratische Linke an den Hochschulen durch Abwendung von einer Politik des Alles oder Nichts gerade heute viel Einfluß gewinnen. Das alte Renommee der SPD als Partei des bildungspolitischen Sachverständs, Engagements und Fortschrittswillens ist sicher kein Lorbeer, auf dem man ausruhen darf, es bedeutet aber eine positive Hypothek, auf der man aufbauen kann. Allerdings: *„Wenn wir es zulassen, daß die geistige Auseinandersetzung zwischen den Polen ‚Bund Freiheit der Wissenschaft‘ und den ‚Roten Zellen‘ stattfindet, haben wir abgedankt.“* (Peter Glotz)

Helmut Goltwitzer

Politik aus „christlicher Verantwortung“

Fernsehsendung am Abend des 16. 12. 1971:
„Journalisten fragen — Politiker antworten.“
Unter der Leitung von Reinhard Appel werden

Richard von Weizsäcker (CDU), Helmut Schmidt (SPD), Franz Josef Strauß (CSU) und Wolfgang Mischnick (FDP) von drei Journalisten zu aktuellen Problemen interviewt. Zuletzt bekommt von Weizsäcker die Frage: Was soll die Bundesregierung in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage tun? Soll sie bremsen oder durchstarten? Wir Zuschauer erhalten, wie einer der Journalisten sagt, nationalökonomischen Volksschulunterricht: Durchstarten = Gas geben, und d. h.: die Regierung soll zur Ankurbelung der Konjunktur Geld ausgeben und (durch die Bundesbank) das Geldausgeben begünstigen. Soll sie dies tun oder das Gegenteil?

Antwort Weizäckers: Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise läßt sich nicht mit diesen oder jenen Maßnahmen beheben, denn ihre Hauptursache liegt darin, daß das Vertrauen fehlt. Zu wem? Zur jetzigen Bundesregierung und Ihrer Gesetzgebung. Wessen Vertrauen? Das Vertrauen der Wirtschaft. Wer ist die Wirtschaft? Wir sind vielleicht so ungebildet zu denken, damit seien etwa auch die Millionen von Arbeitern und Angestellten gemeint, ohne die es bekanntlich keine Wirtschaft gibt. Haben sie kein Vertrauen zu dieser Regierung? Fürchten sie etwa, mit der Vollbeschäftigung sei es zu Ende oder mit der flexiblen Rentenberechnung?

Weizsäcker denkt aber, wenn er von Wirtschaft spricht, an ganz andere Leute: die Unternehmer haben kein Vertrauen zur Regierung; das ist der Grund für die jetzige Krise. Darin ist er mit Strauß einig, der das Wort „psychologisch“ einwirft und unterstreicht: das ist der „Hauptfaktor“ bei der „hausgemachten Inflation“.

Bisher hatte wohl jeder diesen Ausdruck von Strauß dahin verstanden, daß die inflationäre Entwicklung nicht aus dem Ausland importiert, sondern von der falschen Wirtschaftspolitik der jetzigen Bundesregierung verschuldet worden sei. Jetzt kommt aber als Meinung des einmütigen Paares Strauß-Weizsäcker heraus: die Unternehmer sind es, die hier „hausgemacht“ haben, und zwar aus Mißtrauen gegen die Regierung.

Dennoch trifft nicht die Unternehmer der Vorwurf dieses Paares, vielmehr: nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuldig. Die Regierung ist schuldig, warum benimmt sie sich nicht so, daß sie das Vertrauen der Unternehmer verdient. Seiten hat man so deutlich

gesagt bekommen, wer bei uns die herrschende Klasse ist und wer die Regierung zu regieren beansprucht. Wenn auch nebenbei bei jener Diskussion verschämt auf die vielen kleineren und mittleren Betriebe verwiesen wurde, so weiß doch auch ein ökonomischer Volksschüler, daß in unserem heutigen Wirtschaftsstadium das Verhalten der Großindustrie ausschlaggebend ist.

Wodurch hat denn nun diese böse Regierung das Wohlwollen und Vertrauen der Unternehmer so frevelhaft verspielt, daß diese Unternehmer sich genötigt sehen, das übrige Volk wegen einer so unmanierlichen Regierung mit einer Wirtschaftskrise zu bestrafen? Taktvoll unterläßt man, der Regierung das schreckenerregende Etikett „sozialistisch“ anzuhängen, das Strauß doch sonst so gerne verwendet; auch von Mitbestimmung spricht man nicht, weil man weiß, daß man die Regierung dabei noch nicht fassen kann. Dann aber rückt Weizsäcker heraus: „Konfiskatorische Steuerpolitik“ — damit trägt die Bundesregierung die Hauptschuld am Hauptfaktor der Krise, am Vertrauensmangel der Unternehmer.

Wir Volksschüler haben nun endlich verstanden, wovon die Herren sprechen: vom Investitionsstreik der Unternehmer. Die blockieren, weil sie diese Regierung nicht mögen, und sie mögen sie nicht, weil diese Regierung Steuern diskutiert, die für reiche Leute ungünstiger sind als bisher (Nur diskutiert! Aber es gibt Leute, die halten einen Menschen schon für einen Brandstifter, wenn er nur eine Streichholzschachtel in der Tasche trägt, und eine Regierung schon für sozialistisch, wenn sie nur die Steuerlast etwas sozialer verteilen will!). Darum fabrizieren sie eine hausgemachte Krise, um diese Regierung zu stürzen und eine Regierung zu bekommen, die von den Unternehmern regiert werden kann, damit die Bundesrepublik weiterhin ein Steuerdorado für reiche Leute bleiben kann wie in den Zeiten Adenauers und Erhards.

Dafür plädiert Herr von Weizsäcker. Wird mehr von den Gewinnen weggesteuert als bisher, dann wird das Investieren „lustlos“, sagt er. Wann also ist Investieren eine Lust? Wenn man von den Gewinnen möglichst wenig abzugeben braucht. Investitionsgewinn ist Lustgewinn. Um die Gewinne, um die Profitmaximierung geht es — darin ist Weizsäcker ganz mit den linksradikalen Kritikern des Kapitalismus einig.

Wozu braucht man denn so hohe Gewinne, da es doch auch den Unternehmern unter ihrer Steuerlast persönlich nicht schlecht geht? Man braucht sie für noch mehr privaten Luxus (Georg Kolko hat darauf hingewiesen, daß Luxus ein Faktor von zunehmender Bedeutung im Wirtschaftsleben der USA ist) und für Vermehrung der Machtposition in der Gesellschaft durch Investitionen, die immer mehr, immer mehr, immer mehr dem Eigentümer bringen.

Weizsäcker bemüht Willy Brandts Vergleich der Unternehmerwirtschaft mit der Kuh, die man weder schlachten darf noch so vergrätzen, daß sie auf eine ausländische Weide abwandert. Will man sie im Lande halten, so muß man ihr fette Weide geben. Hat sie ihren Lustgewinn nicht, so haut sie entweder ab oder wird so störrisch, daß sie die Regierung ins Wackeln bringt. Ihnen den ungeschmälerten Lustgewinn wiederherzustellen — dafür bietet Weizsäcker sich und seine Partei den Unternehmern an. Das sollten alle Volksschüler wohl gehört haben! Denn man mache sich klar, was damit gesagt ist: Wie verderblich die Schere zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut heute auseinanderklafft, pfeifen allmählich die Spatzen von den Dächern. Bildungspolitik, Verkehrsprobleme, Umweltverschmutzung, Rettung von Boden und Landschaft, Beseitigung des vorsintflutlichen Elends in unseren Krankenhäusern, Altersheimen und Strafanstalten, dies und vieles andere braucht viele Milliarden.

Weizsäckers Bruder Carl Friedrich sagte kürzlich im Fernsehen: Wir müßten, um die Zivilisationsschäden zu beseitigen, die gleiche Summe aufwenden, die uns die Produktion dieser Zivilisation bisher gekostet hat und weiter kostet. Wie soll das aufgebracht werden? Was Weizsäcker „konfiskatorische Steuerpolitik“ nennt, ist der Versuch, jene Schere durch Reichmachen der öffentlichen Hand auf Kosten des privaten Reichtums zu schließen: den selbst bezahlen lassen, der die Umwelt verschmutzt — die Reichen mehr und die Armen weniger besteuern, — also: progressive Einkommensteuer, Kapitalfluchtverhinderung, Erhöhung der Erbschaftsteuer, neues Bodenrecht, scharfes Vorgehen gegen die White-Collar-Verbrecher. All dieses und noch manches andere, von der jetzigen Regierung noch nicht entfernt in dem dringend notwendigen Maße angefaßt, geht zu Lasten der Unternehmergewinne, muß unvermeidlich das sein, was

Weizsäcker „Konfiskatorische Steuerpolitik“ nennt.

Die Marxisten behaupten, kapitalistische Unternehmer könnten gar nicht anders, als ihre Gewinne für das Maß aller Dinge zu halten. Weizsäcker bestätigt das. Den deutschen Unternehmern, wie er sie darstellt, geht der Horizont nicht über die Nasenspitze ihres Lustgewinns hinaus, und wenn Gewinn schmälert ihnen die Lust versalzt, dann versuchen sie — politisch instinktiv wie eh und je (1932/33!) —, mit ihrer Macht die Regierung zu stürzen und mit den ihnen gehörigen und gefügigen Massenmedien auch noch die Masse der Volksschüler gegen das, was die Regierung im Interesse der Volksschüler tun will, zu mobilisieren.

Nun ist aber Richard von Weizsäcker nicht irgendjemand. Er war Kirchentagspräsident und ist ein geachteter Mann in den Gremien der Evangelischen Kirche in Deutschland. Daß er sich nicht durch den Mißbrauch des Wortes „christlich“ vom Anschluß an die CDU hat abhalten lassen, hat manche Christen schon erschüttert. Noch haben wir seine Kirchentagsreden mit dem Rufe zu christlich-kühner Verantwortung im weltlichen Leben, zur Bereitschaft zum Opfer usw. im Ohr. Nun aber bietet er sich nicht der Brandt-Regierung an, um als deren Missionar bei den Unternehmern für Bereitschaft zum Opfer, für die Widerlegung jener marxistischen Diagnose der Unternehmerpsyche, für eine Reiche und Arme ungleich belastende Steuergesetzgebung zu werben. Er bietet sich dagegen dem kurzschichtigsten Unternehmerwiderstand gegen die Schmälertung der fetten Weide an.

Heinz Donath

Kasperi-Theater

Marginalien zu Casper Freiherr von Schrenck-Notzings Demagogie gegen die Demokratisierung *)

Wir wollen nicht in Freiherr von Schrenck-Notzings persönliche Historie hinabsteigen, um etwaige braune Flecken auf seiner schwarzen Weste ausfindig zu machen. Dieses Verfahren, von denen mit der schwarzen Weste (für viele ein Glück, daß Schwarz Bräune so gut tarnt!) in bezug auf Sozialdemokraten linkerer Vergangenheit mit Vorliebe und unermüdlicher

Stupidität praktiziert, ist für Sozialdemokraten nicht zulässig; denn der Mensch kann sich irren. Es genügt hier und nun bekundete Bräune zu analysieren, um zu einem jetzt geltenden, berechtigten Urteil zu gelangen.

Verbal schirmt sich Caspar natürlich — wie alle verkappten Vertreter der „Neuen Reaktion“, die im Grunde die alte ist, sich aber neu darzustellen gezwungen sieht, weil ihre alten Positionen in Frage gestellt sind — von dem Verdacht, ein Rechtsaußen zu sein, ab. Zum Beispiel dadurch, daß er das Wort „Demokratisierung“ und damit den Inhalt und damit diejenigen, die es vertreten, in die Nähe eines berüchtigten Begriffs rückt: den des Tausendjährigen Reiches.

Und damit dieser fatale Zynismus als solcher nicht ins Auge springt (so als ob es allein darauf angelegt sei), sind zwei weitere Schlagworte — eins vorn, eins hinten — belgerückt: „Zukunftstaat“ und „konkrete Utopie“. — Womit er den demagogischen Trick allerdings nicht vertuschen kann, eine durch Gesichtsfakten als verderblich entlarvte Realität mit einer zukunftsbeschreibenden Kategorie in einen Topf zu werfen. Wahnsinn? — Nein, Schwachsinn!

Nachdem er u. a. so bereits auf der ersten Seite den Begriff „Demokratisierung“ diskreditiert und weitere hundert Seiten meist historisch verzerrten Materials zusammengetragen hat, das, obwohl es jeweils nur für sich selbst etwas aussagt, immer nur den einen Zweck verfolgt, das von den Sozialdemokraten, wenn auch inhaltlich u. U. anders Gewollte von vornherein zu desavouieren („u. U.“ zunächst deshalb, weil Caspar den Leser erst gegen Schluß des Elaborats darüber aufklärt, was Sozialdemokraten unter Demokratisierung verstehen. D. h. der Aufklärungsprozeß verläuft auch hier wiederum nicht objektiv; denn es überwiegen die Traktate rechter Apologeten, wie diese meinen, daß Sozialdemokraten Demokratisierung verwirklichen und was sie damit bezwecken wollen.)

Scheute sich Caspar bereits, sozialdemokratischen Vorstellungen im Hinblick auf die Demokratisierung Eingang in sein Buch und somit vielleicht auch ins Bewußtsein seiner Leser zu verschaffen, so mag er erst recht nicht bezüg-

*) Caspar von Schrenck-Notzing: „Demokratisierung. Konfrontation mit der Wirklichkeit“, Verlag Langen Müller, München — Wien 1972, 141 S., kart., DM 8,80

lich seiner eigenen Absichten offen Farbe bekennen (was möglicherweise an der Farbe liegt). Das aber hätte man zumindest erwarten können von einem Buch, das in einer mit „Stichworte — Die kritische Alternative“ betitelten Reihe großspurig als Band 1 auf den Markt geworfen wurde.

Also ist man gezwungen, Caspars Absichten aus dem Dunkel seiner wulstigen Worte herauszudeuten. Nur das Lesen aus der Hand ist schwieriger — dafür jedoch weniger zuverlässig.

„*Demokratisierung ist Politisierung*“, leitet Caspar einen Absatz ein und bemerkt zu recht, daß diese Feststellung sowohl von Anhängern wie von Gegnern der Demokratisierung unterschrieben werde — offensichtlich also auch von ihm. Doch dann kommen ihm Zweifel: „*Es muß jedoch bezweifelt werden, ob eine Politisierung auch zur Demokratisierung führt. Politik zielt in erster Linie auf das ‚Was‘ einer Entscheidung und erst in zweiter Linie auf das ‚Wie‘.*“

Gemerkt?: Caspar kehrt den eingangs aufgestellten Satz inhaltlich einfach um und kommt dann — natürlich — zu einem anderen Schluß. Wer diesem Sinsalabim nicht auf die Schliche kommt, fällt selbstredend auch auf das manipulierte Fazit herein.

Konkret will er demjenigen, der für Demokratisierung eintritt, unterstellen, er wolle das „Was“ einer Entscheidung durch das „Wie“ des Zustandekommens dieser Entscheidung präjudizieren. Caspar: „*Politische Organisation ist ein Mittel, einen Zweck zu erreichen . . .*“

Nun ist aber das Prinzip der demokratischen Willensregelung per definitionem kein Organisationsinstrument, kein „Mittel“, einen bestimmten Zweck zu erreichen. Es ermöglicht vielmehr erst die politische Organisation von zweckgerichtetem Wollen. Und das kann so oder so ausfallen.

Wenn Caspar meint, die Sozialdemokratie mit ihrem Eintreten für das demokratische Prinzip auch in anderen Bereichen als nur dem gesamtgesellschaftlichen der Absicht verdächtigen zu müssen, so für sich und alle Zeit ein sie notwendigerweise privilegierendes Instrument installieren zu wollen, so geht das über bloße Infamie hinaus.

— „Infamie“ insofern, als von der SPD immer wieder — auf dem letzten Parteitag z. B. von Helmut Schmidt — betont wird: „*Zur Würde des Menschen gehört auch seine Freiheit dazu, sich wenigstens so zu verhal-*

ten, wie andere das für unzumutbar halten würden. Niemand darf als Politiker je versuchen, seine Mitbürger, wie es so schön heißt, zu ihrem Glück zu zwingen. Unsere Aufgabe bleibt vielmehr, unsere Mitbürger stets aufs neue zu überzeugen.“

— „hinaus“ insofern, als aus der Disqualifizierung der Demokratisierung unausgesprochen und zwangsläufig, auch weil keine Alternative zur Demokratisierung angeboten wird, die Rechtfertigung des Status quo folgen soll. Zwar folgt sie nicht logisch, doch in Ermangelung besseren Rats.

Offensichtlich ist Caspar und seinen rechten Freunden in CDU und CSU am Status quo überaus gelegen. Deshalb: Er verhindert, daß mündige Bürger sich in den verschiedenen sozialen Subsystemen — um mit Helmut Schmidt zu sprechen — „unzumutbar“ (und zwar nach Auffassung Caspars und seiner Freunde unzumutbar) verhalten, indem er ihnen selbstbestimmte Verhaltensweisen erst gar nicht ermöglicht.

Er — Caspar — fürchtet die Selbstbestimmung, weil sie seinen Interessen zuwiderlaufen könnte. Um nun aber nicht an solcher Furcht erkennbare negative Einschätzung des Menschen zugeben zu müssen (denn wer anderen Selbstbestimmung streitig macht, muß ihnen auch die Befähigung dazu absprechen), kehrt er in sophistischer Manier den gegen ihnweisenden Verdacht um — in Richtung Sozialdemokraten. Wer Caspar noch nicht gelesen hat, wird es für schier unmöglich halten, aber keine Verdrehung ist verquer genug, als daß sie nicht gelistet werden könnte: „*Der Umgang mit den vollkommenen, sich konsequent aus den Prämissen (Gleichheit, Gerechtigkeit, Humanität) ergebenden Konstruktion der ‚wahren‘ Demokratie erzieht zur Verachtung des Menschen, der als Störungsfaktor die Umsetzung der Prämissen in ein ihnen hundertprozentig entsprechendes Ergebnis immer wieder verhindert.*“

Verachtung des Menschen ist nach Caspar also, ihn nicht so zu sehen, wie er in Wirklichkeit ist. Die Wirklichkeit aber z. B. ist diese: Das Volk ist „*höchst unvollkommen, widersprüchlich, in mancherlei Interessengruppen und Denkweisen gespalten*“ (Casper). Weil es so ist, wie es ist, ist es menschenverachtend, Prämissen wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Humanität in ein ihnen entsprechendes Ergebnis umsetzen zu wollen. Howgh! Caspar hat gesprochen.

Dennoch sei hier der aufmüpfliche Versuch gemacht, die in solchen Worten verborgene handfeste idealistische Ideologie bis auf ihren Kern — menschenverachtenden Zynismus — zu entblößen: Es, das Volk, ist so, weil die materiellen gesellschaftlichen Bedingungen vorgeben, wie die einzelnen Subjekte sich entwickeln. Konkret: Die entwicklungsregelnden Mechanismen, die die Gesellschaft zur schulisches bzw. beruflichen Ausbildung und damit tendenziell auch zur Qualifikation zu politischem Denken und Entscheiden institutionalisierte, reproduzieren im großen und ganzen den Status quo. Arbeiter rekrutieren sich in ihrer Mehrzahl aus Familien, deren Mitglieder ebenfalls bereits Arbeiter waren etc. Und das, obwohl die Psychologie die These von der vererbten qualitativen Unterschiedlichkeit seit langem durch exakte Untersuchungen falsifiziert hat. Und das, weil Leute wie Caspar und Parteien wie CDU und CSU sich z. B. gegen die Einführung des Vorschulpflichtjahres wenden, das die von der Erziehung im Elternhaus mitgegebenen Bildungsprivilegien nivellieren hilft, sich z. B. gegen die integrierte Gesamtschule stemmen, weil diese wegen ihrer Durchlässigkeit Arbeiterkinder nicht schon von vornherein durch einsamen elterlichen Ratschluß, der ja wegen seiner subjektiven Befangenheit durch den elterlichen Status nicht die objektiv optimale Entscheidung für das Kind zu treffen in der Lage ist, von der „Oberschule“ ausnimmt, usw.

Weil nun aber das Sosein des Menschen nicht notwendig von Geburt an festliegt, sondern — im positiven Sinne — manipulierbar ist, muß es erlaubt sein, auch für Sozialdemokraten, institutionelle Rahmen zu schaffen, die dem Individuum zumindest die gleichen Chancen der Entwicklung einräumen.

Die Legitimation dafür läßt sich nicht zuletzt aus der Tatsache ableiten, daß ein Gebildeter oder eine emanzipierte Frau, die in der Regel durch solche institutionelle Rahmen (Schule, Parteien, Kirchen etc.) zu ihrem Bewußtsein gelangt sind, kaum mehr „hinter“ ihren Bewußtseinsstand zurückwollen. (Das nur vorbeugend für den Fall, daß Caspar mit dem altvertrauten Popanz kommt, woher man denn wissen wolle, ob ein Schäfer nicht eben als Schäfer „viel“ glücklicher sei denn als Universitätsprofessor; doch wäre solcherart Sophistik noch in anderer Hinsicht illegitim: denn die institutionellen Rahmen lassen dem späteren

Schäfer bzw. Universitätsprofessor als Schüler durchaus die Wahl zum einen oder anderen.)

Caspars langer Worte kurzer Sinn, um auf ihn zurückzukommen, ist also die Abwehr der Demokratisierung. Wie er sich diese Abwehr vorstellt, verdient vermerkt zu werden; denn in diesem Zusammenhang kommen wir auf die möglichen braunen Flecken auf seiner schwarzen Weste zurück. Die Abwehr der Demokratisierung kann sich „nur politischer Mittel bedienen“. Nicht etwa durch in demokratisierter Gesellschaft zu bewirkende Überzeugungen, die eine Selbstauflösung demokratisierter Strukturen durch Beschluß der Demokratisierten zur Folge hätten. Davon hält Caspar nämlich nichts.

Was er avisiert, wird erahnbar, wenn er meint: „Selbst eine neuerliche Entpolitisierung von Bereichen wie Justiz, Schulwesen, Wissenschaft könnte nur politisch entschieden und durchgesetzt werden.“

Gegen Entscheidung und Durchsetzung in diese Richtung ist solange nichts zu sagen, solange sie demokratisch legitimiert ist. Schließlich wird der Weg in die andere Richtung auch aufgrund von Entscheidung und Durchsetzung eingeschlagen. Es muß aber die Möglichkeit zum erneuten Zurück garantiert bleiben, sonst ist die Demokratie — sagen wir es banal — im Eimer.

Zuvor aber schon haben wir von Caspar erfahren, daß Entdemokratisierung nicht nur Entpolitisierung sein kann, denn es sei „ausgeschlossen, daß der Status quo ante der voneinander getrennten politischen und unpolitischen Bereiche wiederhergestellt werden kann.“

Was mithin will Caspar? Es ist seinen ferneren Worten zu entnehmen: „Die Trennung zwischen einem politischen und parteipolitischen Bereich auf der einen, einem gesellschaftlichen, kulturellen und privaten Bereich auf der anderen Seite war es ja gerade, die zur Sprach- und Hilflosigkeit der politischen Instanzen angesichts der revolutionären Welle geführt hatte, nachdem Information und Interpretation aus der staatlichen Kompetenz entlassen worden waren.“

Caspar darf wohl so interpretiert werden: Damit so etwas nicht noch einmal passiert, wünscht er Information und Interpretation wieder in staatliche Hand. Da offensichtlich nur

*) Hervorhebungen durch H. D.

er und seine Freunde das wollen, hat er allein auch nur folgendes mit jenen von ihm und seinen Freunden zu entdemokratisierenden, nicht jedoch, wie wir gerade gehört haben, zu entpolitizierenden Bereichen vor: Sie als politisierte, von staatlicher Kompetenz auch inhaltlich, auf bestimmte Zwecke abgerichtete Institutionen zu erhalten.

Die Zwecke sind bei solcherart „zweckregeln der Einstellung“ nicht schwer zu erraten. Der Faschismus greift über beide Backen.

Hans Schulte

Eigentum und Eigentumspolitik

I.

Peter Lengsdorf kommt in seinem zur Diskussion gestellten Aufsatz „Eigentum verpflichtet“ (NG 2/71) zu dem Ergebnis, daß Eigentum nicht gleich Eigentum zu setzen sei, daß vielmehr bezüglich der Rechte des Eigentümers zu differenzieren sei je nach Art der dem Eigentum unterliegenden Sache. Das Eigentum am notwendigen Hausrat und das Eigentum am Industriebetrieb seien verschiedene Dinge. Je nach Art des dem Eigentum einer Person unterliegenden Gutes seien also Eigentümerinteresse und Gemeinschaftsinteresse unterschiedlich gegeneinander abzugrenzen, seien Individualfunktion und Sozialfunktion des Gutes unterschiedlich zu betonen.

Diesem Ergebnis, das übrigens in der Rechtswissenschaft unstreitig ist, soll hier gewiß nicht widersprochen werden. Selbst der konservativste Eigentumsfanatiker wird zugeben, daß Gemeinschaftsbezug eines innerstädtischen Grundstücks entschieden intensiver ist als etwa der einer Kücheneinrichtung und daß deshalb das Eigentümerbelieben im Umgang mit dem Grundstück wesentlich weiter eingeschränkt sein muß als bei der Kücheneinrichtung. Auch entspricht dies ja völlig dem geltenden Recht. Man braucht sich nur die Fülle derjenigen Vorschriften vorzustellen, die jemand beachten muß, der bauen will: Die meisten Grundstücke dürfen überhaupt nicht bebaut werden; wo gebaut werden darf, sind tausend Einschränkungen zu beachten hinsichtlich Bauhöhe, Grenz-

abstand, Dachneigung, Fenstergrößen, Brandschutz, sanitären Anlagen usw. usw.

Könnte man also nicht auch sagen, daß das geltende Recht die Sozialfunktion von Grund und Boden längst beachtet? Könnte man nicht dasselbe sagen, wenn man das sogenannte Eigentum an Produktionsmitteln betrachtet? Ist nicht längst der Eigentümer eines Betriebes in seiner Dispositionsfreiheit durch Betriebsverfassung, Kündigungsschutz und gewerberechtliche Schutzmaßnahmen zugunsten der Arbeiter und der Umwelt beschränkt worden?

Tatsächlich kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Sozialfunktion von Grund und Boden und von Produktionsmitteln längst von allen politischen Gruppierungen und vom geltenden Recht deutlich beachtet und anerkannt wird.

Das ist der Grund, warum ich Peter Lengsdorfs Ausführungen — und viele andere ähnliche Erörterungen — als insoweit unverbindlich und ins Leere zielend bezeichnen möchte: Sie zeigen zwar die Richtung an, in die das Eigentumsrecht zu gehen hat. Das ist aber schon seit langem gänzlich unstreitig. Die entscheidende Frage ist die, wie weit in diese Richtung fortzuschreiten ist. Peter Lengsdorf gibt zwar zu erkennen, daß er über den heutigen Stand weit hinausgehen möchte, und viele, die sagen, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums müsse endlich verwirklicht werden (z. B. Otto Brenner in NG 5/71), meinen dasselbe, aber diese Konsequenz folgt in keiner erkennbaren Weise aus den Prämissen.

Der Eigentumspolitik unserer Tage hilft es jedenfalls keinen Deut weiter, wenn man darauf hinweist, daß das Recht auf Eigentum für den einzelnen sich „unmittelbar aus seinem Recht auf Leben“ herleite, daß „individuelles Eigentumsrecht und soziale Konstituiertheit des Eigentums gleich elementar“ seien, daß „keiner der Aspekte den Vorrang erhalten“ dürfe und daß die „dialektische Gleichursprünglichkeit“ beider Aspekte anerkannt werden müsse.

Dies zeigt, wie wenig es hilft, wie wenig konkretisierbar es ist, wenn man versucht, Politik derart naturrechtlich-dogmatisch zu fundamentieren. Dies mag gut und angebracht sein, wo es darum geht, extreme Entwicklungen zu bekämpfen, etwa Faschismus oder Stalinismus. Dann kann eine Besinnung auf die sogenannten naturrechtlichen Dogmen zeigen, wie sehr sich extreme Richtungen von unseren Grundüberzeugungen entfernen.

Ich behaupte aber, daß keine einzige der aktuellen eigentumspolitischen Fragen von diesen Dogmen her eindeutig beantwortet werden kann. Anders gesagt: der Satz „Eigentum verpflichtet“ ist in bezug auf die heute anstehenden Probleme eine Leerformel. Kann dieser Satz denn etwa die Frage beantworten, wieviele Rechte dem Mieter gegenüber dem Vermieter, dem Arbeiter gegenüber dem Unternehmer, der Stadt gegenüber dem Bodenspekulanten zustehen sollen?

Ich wiederhole: Dieser Satz gibt die Richtung des Weges an, aber nicht die Länge der Strecke, die auf diesem Weg fortgeschritten werden soll. Da alle, von ganz rechts bis ganz links, auf diesem Wege gehen und sich zu ihm bekennen, kann keiner vom anderen sagen, er sei auf dem falschen Weg. Der Streit geht allein darum, wer weit genug auf diesem Weg geht, wer zu weit geht oder wer zurückgeblieben ist. Diese Fragen kann man aus dem Satz „Eigentum verpflichtet“ nicht beantworten.

Peter Lengsdorf und mit ihm viele andere sind auch nicht bereit zu gestatten, daß man den Weg in Richtung Verpflichtung des Eigentums bis zum extremen Ende geht, bis zur Sozialisierung oder bis zur Verstaatlichung oder wie immer man das nennen will. (Obwohl Art. 15, Satz 1 GG eben dies für die problematischen Eigentumsarten gestattet: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung ... in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“) Man muß also auch nach dieser Meinung auf dem Wege der Inpflichtnahme des Eigentums irgendwo halt machen. Gerade das macht die Aussage „Eigentum verpflichtet“ so nichtssagend.

II.

Ist es danach unmöglich, Eigentumspolitik von naturrechtlichen Dogmen und Leerformeln her zu konkretisieren, so fragt sich, was denn sonst Richtschnur der Eigentumspolitik sein soll. Mancher wird immer noch meinen, dies sei eine Rechtsfrage, wenn zwar schon keine Frage des Naturrechts, so doch eine des positiven, geschriebenen Verfassungsrechts: das Grundgesetz enthalte ja in Art. 14 Aussagen über das Eigentum, und eine sorgfältige Interpretation dieser Aussagen müsse doch wohl die Grundlinien der Eigentumspolitik festlegen.

Aber auch dies führt nur zu einer ausweglosen Dogmatisierung des Problems. Auch die Juri-

sten quälen sich seit Erlaß des Grundgesetzes (und schon vorher unter Geltung der Weimarer Reichsverfassung) ohne allseits anerkanntes Ergebnis mit der Frage herum, wie weit die Sozialpflichtigkeit geht und wie weit der Schutz der Individualfunktion.

Die Unmöglichkeit, das Problem juristisch zu lösen, zeigt sich an folgender Überlegung: Es geht um die grundlegend wichtige Frage, mit welchen Methoden man überhaupt ermitteln kann, welche Aussagen das Grundgesetz enthält. Diese in ihrer Bedeutung auch heute noch von vielen nicht klar erkannte Frage ist deswegen so besonders wichtig, weil oft schon die Wahl der Methode das Ergebnis bestimmt: Das Grundgesetz spricht in Art. 14 und Art. 19 von „Eigentum“ und von „Wesensgehalt“ des Eigentums, ohne aber zu definieren, was Eigentum und Wesensgehalt bedeuten. Die einzige Möglichkeit, Sinn in diese Worte zu bringen, wäre dann die, sie so zu verstehen, wie die Verfasser des Grundgesetzes es getan haben. Dabei zeigt sich aber sofort, daß deren Ansichten höchst unterschiedlich waren. Sie konnten sich auf einen gemeinsamen Text des Art. 14 nur deswegen einigen, weil sie diesen Text so weich und vieldeutig formulierten. Schon deshalb ist die historische Methode unbrauchbar, und eine andere gibt es nicht.

Die Mehrheit der Verfasser des GG war allerdings – so könnte man vielleicht belegen – mit liberal-bürgerlich-konservativen Vorstellungen aus dem 19. Jahrhundert belastet. (Wobei allerdings die CDU damals weit fortschrittlicher war als heute. Die Konservativen saßen damals in den kleinen Rechtsparteien: DP, Bayernpartei usw., die inzwischen dieses Erbe auf CSU und CDU übertragen haben.) Wenn man mit einer derart extrem verstandenen historischen Methode bei der Auslegung des Grundgesetzes ernst machen würde (und viele tun das, lassen also das bloß mehrheitlich empfundene Weltbild der Verfasser des GG maßgeblich sein), dann wäre man heute in der Eigentumspolitik auf Vorstellungen festgenagelt, die im 19. Jahrhundert wurzeln. Eine derartige Zementierung des gesellschaftlichen und damit des verfassungsrechtlichen Zustandes kann nicht rechtens sein. Daher können wir ohne Behinderung durch die Verfassung diejenige Eigentumspolitik machen, von deren gesellschaftlichen Vorzügen und Notwendigkeiten die demokratisch erforderlichen Mehrheiten zu überzeugen sind. Verfassungswidrig wäre derzeit allein die völ-

lige Abschaffung des Privateigentums (über Art. 15 GG hinaus). Dies aber wird nicht einmal von extremen Ideologien, geschweige denn vom Gemeinwohl gefordert.

Wenn somit einerseits deutlich ist, daß man Eigentumpolitik nicht rechtsdogmatisch konkretisieren kann und daß Politik sich nicht im Vollzug bereits geschaffenen Rechts erschöpfen kann, so ist andererseits bezeichnend für unsere verquälte Art, Politik zu machen, d. h. Zukunft in den Griff zu nehmen, wie sehr dabei alle politischen Grupplerungen trotzdem versuchen, einen festen Halt im Grundgesetz zu finden: Progressive wie Konservative behaupten, den rechten Sinn von Art. 14 GG (und des Grundgesetzes überhaupt) entdeckt zu haben. Sie glauben anscheinend, der Sinn der Welt, der Gang der Zukunft, das Leben im Jahre 2000, das alles sei bereits im Jahre 1949 (oder 1919 oder 1789) vorbestimmt und festgelegt worden.

Diese statische Auffassung vom Grundgesetz, diese Juristifizierung der Politik ist das Ende der Politik. Politik wird degradiert zum Vollzug vorgegebener Größen. Wer so argumentiert, ist unpolitisch, dogmatischer und juristischer als sogar unsere gewiß nicht als progressiv verschrienen höchsten Gerichte.

Der Bundesgerichtshof hat jüngst zum wiederholten Male gesagt (Urteil vom 30. 9. 1970): *„Der Gesetzgeber darf die Grenzen der durch Art. 14 GG geschützten Rechtspositionen jeweils den sich wandelnden Rechtsauffassungen und Rechtsüberzeugungen ebenso wie den sozialen Gegebenheiten und Notwendigkeiten anpassen.“* (Ebenso aber auch der Standpunkt der katholischen Naturrechtslehre, vgl. Walter Kerber in NG 5/71.)

Dieser Satz, dessen Richtigkeit übrigens unter Juristen ziemlich unstreitig ist, sollte allen Politikern eingehämmert werden, damit sie sich nicht aus Angst vor Art. 14 GG daran hindern lassen, Politik zu machen. Zwar stellt der BGH seinen eben zitierten Satz durch einen zweiten wieder in Frage: *„Dem Gesetzgeber sind wegen der Substanzgarantie des Art. 19 Abs. 2 GG allerdings solche Regelungen verwehrt, die das Eigentum in seinem Wesensgehalt antasten und in Frage stellen würden.“* Damit kann man, wenn man will, alles wieder in Frage stellen, und dieser „Wesensgehalt“ des Eigentums ist es denn auch immer wieder, den konservative Eigentumpolitiker ins Feld führen. Aber wenn der erste Satz des BGH Sinn haben und behal-

ten soll, wird man wohl zugeben müssen, daß auch der „Wesensgehalt“ des Eigentums dem Wandel der Anschauungen unterliegt.

III.

Worauf aber sollen diese Anschauungen sich nun gründen, wenn schon naturrechtliche Dogmen wie auch die Formulierungen des Grundgesetzes sich als schwankender Boden erweisen?

Sozial- und individualpsychologisch bleiben es gewiß Traditionen, aus denen jeder seine Auffassungen gewinnt, seien es die Traditionen des Marxismus und der Pariser Kommune, seien es die Traditionen des Liberalismus des 19. Jahrhunderts oder die des katholischen Naturrechts. Aber es geht hier nicht um die Aufdeckung der Zusammenhänge, wie Überzeugungen psychologisch entstehen und sich verfestigen. Es geht darum, ob man politische Überzeugungen heute rational begründen kann.

Es ist vielleicht eine der am weitesten verbreiteten Fehlhaltungen von politisch denkenden und handelnden Menschen, ein — noch dazu falsch verstandenes — Rationalitätsmodell der Wissenschaft auf die Politik zu übertragen. Dadurch wird leicht auch in die Politik ein schon wissenschaftlich unhaltbarer „Letztbegründungsrationismus“ (Albert) hineingetragen, der Dogmatismus und Intoleranz fördert. Wer meint, Politik aus der Vergangenheit begründen zu können, kann im Dunkel der Geschichte vieles lesen. Wer die Ideen der Verfasser des Grundgesetzes verwirklichen will, wird viel Widersprüchliches verwirklichen, oder er wird unzulässig vereinfachen und dogmatisieren müssen. Wer dem „objektiven Geist“ der Verfassung folgen will, unterliegt einer Mystifizierung. Wer immer so denkt und argumentiert, steht mit dem Rücken zur Zukunft. Die Vergangenheit sagt nicht, wie die Zukunft sein soll. So bleibt nur eines: Entscheidend muß unsere Vorstellung davon sein, wie die Zukunft aussehen soll. Wollen wir in einer Gesellschaft leben, in der jedem seine Existenz gewährleistet wird, unabhängig von Herkunft, Leistung und Wohlverhalten? Wollen wir eine Zukunft, in der es unmöglich ist, daß Eigentümer und Unternehmer Macht über Mieter und Arbeitnehmer ausüben? Wollen wir eine Gesellschaft, in der jeder Rechte hat und frei ist, weil er schlicht Mensch ist (und nicht etwa, weil er Eigentümer ist)? Wollen wir eine Zukunft, in der nicht mehr

konsumiert werden muß, nur um das Wirtschaftssystem in Gang zu halten? Wollen wir eine Gesellschaft, in der Eigentum ein Monopol weniger ist, die sich daran bereichern, daß das System ihnen unverdienten Wertzuwachs beschert? Wollen wir argumentieren wie Herr Löwenthal im ZDF und den Mehrwert in der industriellen Produktion allein deshalb weiterhin dem Kapital zukommen lassen, weil die Ochsen, die den Urwald roden, doch auch den Mehrwert nicht bekommen? Wollen wir uns den heutigen vermeintlichen Sachzwängen von Wirtschaft und Gesellschaft unterwerfen, oder wollen wir sie nach und nach zu durchbrechen versuchen?

Viele wollen dies. Warum sie das wollen, interessiert hier im Grunde nicht. Es gäbe doch nur individual- und sozialpsychologische Gründe für diesen Willen. Jedenfalls wäre es nicht die Verfassung, die in uns diesen Willen entstehen läßt. Gewiß kann man sagen, daß es jahrtausendealte Humanitätsideale sind, die uns auf geheimnisvolle, auch von der Soziologie noch nicht voll geklärte Weise zu einem solchen Willen bringen. Insofern kommt niemand daran vorbei, letztlich doch wieder auf Ideale, um nicht zu sagen Dogmen, zurückzugreifen. Irgendwo ist die Rationalität zu Ende, und man kann sich nur noch auf die schlichte Tatsache berufen, daß über diese Ideale weithin Konsens besteht. Aber niemand sollte sagen, diese Ideale seien im toten Buchstaben des Grundgesetzes verankert, etwa in der nach Art. 1 GG unantastbaren „Würde des Menschen“. Und noch einmal: Niemand sollte sich einbilden, aus diesen Idealen logisch zwingend konkrete politische Forderungen ableiten zu können. Entschieden wichtiger ist die Tatsache, daß wir einen politischen Willen haben, die Zukunft in bestimmter Weise zu gestalten. Eine solche Positivierung des Willens kann allerdings nur verkraften, wer sich des Experimentalcharakters jeder Politik bewußt ist und wen dieses Bewußtsein zu Selbstkritik und Bescheidenheit befähigt. Dieser Wille ist, eben weil er sich aus Grundgesetz und Humanitätsidealen weder zwingend bestätigen noch widerlegen läßt, frei von allen rechtlichen oder anderen dogmatischen Bindungen.

Nur eine Bindung bleibt: Durchsetzen darf sich dieser so geformte politische Wille nur, wenn er von der Mehrheit getragen wird. Das demokratische Prinzip ist unverzichtbar. Aber ich glaube, der Mut, politische Ziele zu propagie-

ren und zu übernehmen, könnte viel größer, eine progressive Eigentumspolitik viel erfolgreicher sein, wenn endlich die Dogmatisierungen, die Juristifizierungen, die Mystifizierungen, der Letztbegründungsrationismus und die Angst vor dem Grundgesetz verschwinden würden.

Ein Verfassungsverständnis, das den Grundrechten einer Verfassung einen verbindlichen Inhalt gibt, kann stets alle Verantwortung für den Zustand einer Gesellschaft auf diese Verfassung verlagern. Alles Beharren, jeder Konservatismus, alles Gestrige ist dann durch die Verfassung geschaffen, und die Verantwortung für den Zustand unserer Gesellschaft heute und in Zukunft tragen dann nicht wir, sondern die Väter unserer Verfassung, denn diese haben ja alles konzipiert. Von dieser unmöglichen Haltung kann man sich völlig nur befreien, wenn man zugibt, daß die Grundrechte uns in nichts hindern. Nur dann tragen wir selbst die Verantwortung für unsere Gesellschaft und für die Zukunft. Nur dann können wir nicht davon ablenken, daß alles, was uns nicht paßt, unsere eigene Schuld ist. Nur wenn wir uns die Freiheit nehmen, nicht bequem an die Bindungen der Verfassung zu glauben, können wir die Verantwortung fühlen, die wir für die Gesellschaft haben. Nur dann kann uns endlich auch klar werden, daß das „Eigentum“ Eigentumspolitik nicht behindern darf.

Manfred Opel

Stagflation – ratios?

Milton Friedman hat versagt. Gemeint ist jener berühmte Professor aus Chicago, nach dessen Vorschlägen der amerikanische Präsident bis vor einigen Monaten seine Wirtschaftspolitik betrieb. Richard Nixon hat sich abrupt von Milton Friedman losgesagt, weil dieser kein wirksames Rezept gegen die Stagflation anbieten konnte.

Stagflation, dieses Modewort, zusammengezogen aus Stagnation und Inflation, ist die Bezeichnung für einen neuen Krebsreger der Wirtschaft. Stagflation bedeutet Inflation, also kontinuierlicher Preisanstieg, bei gleichzeitiger Stagnation, also ohne genügendes Wirtschaftswachstum, und damit die Gefahr von Arbeits-

losigkeit. Diese gefährliche Art der Inflation entsteht nicht durch Übernachfrage, die man beispielsweise wegsteuern könnte; sondern sie entsteht durch eine Weitergabe der realen und fiktiven Kosten durch die Produzenten, den Handel und das Dienstleistungsgewerbe an den Verbraucher. Deswegen wird die Stagflation auch als kosteninduzierte Inflation oder Kostendruckinflation bezeichnet.

Milton Friedman war es auch, der noch vor einigen Monaten im amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ keck behauptete, es existiere überhaupt keine Dollar-Krise. In Wahrheit sei da nur eine Mark-Krise, die Amerika nicht zu interessieren brauche. Milton Friedman hat sich auch hier geirrt. Sollen wir uns freuen?

Dazu besteht kein Anlaß. Die Frage ist nämlich nicht, ob das Rezept Friedmans versagte oder nicht, sondern ob überhaupt jemand ein wirksames Rezept gegen die Stagflation besitzt. Einzelmaßnahmen wurden dutzendweise vorgeschlagen. Sie besitzen die ebenso unangenehme wie merkwürdige Eigenschaft, sich jeweils gegenseitig dadurch aufzuheben, daß sich immer zwei finden lassen, die sich genau widersprechen. Der eine will Kontrolle, wo der andere freies Spiel der Kräfte will; der eine will Tarifautonomie, wo der andere Lohnstopp will. Selbst weitberühmte Wirtschaftler wie der Nobelpreisträger Paul A. Samuelson strecken ihre Waffen. Er schrieb im „Spiegel“, man wisse noch nicht, wie einer Kostendruckinflation beizukommen sei. Und dann entläßt er uns — und die verantwortlichen Politiker dazu — in völlige Ratlosigkeit, indem er schreibt: „Ein guter Wissenschaftler muß seine Unkenntnis zugeben“. Diese Offenheit ehrt ihn, bringt uns aber nicht weiter. Der Schwarze Peter liegt also wieder einmal bei den Politikern. Als Abhilfe hat Samuelson nur eine „Einkommenspolitik“ anzubieten, von der wir allenthalben wissen, daß sie nur kurz greift und auf die Dauer unwirksam ist, da ihr die Selbstregelungsmechanismen fehlen.

Nationalökonomie; was ist das für eine Wissenschaft, die keine prognostischen und therapeutischen Mittel besitzt, wenn eine neue Krankheit wie die Stagflation auftaucht? Ist es nicht auch jene Wissenschaft des John Maynard Keynes, der den westlichen Volkswirtschaften die so erfolgreiche antizyklische Wirtschaftspolitik bescherte? Sollen wir ab jetzt ewig mit der Stagflation leben?

Offensichtlich herrschen hier einige Ungereimtheiten. Der Schlüssel des Problems liegt sicher im System selbst. Die klassische Nationalökonomie geht immer vom Selbstregelungsmechanismus einer funktionierenden Marktwirtschaft aus. Doch haben wir diese in Wirklichkeit noch? Bevor diese Frage beantwortet werden kann, müssen wir die Symptome der Stagflation genau analysieren. Erinnern wir uns: Stagflation entsteht durch Weitergabe der realen und fiktiven Kosten durch Produzenten, Handel und Dienstleistungsgewerbe an den Verbraucher. Der marktwirtschaftliche Mechanismus würde nun — falls er funktionierte — bewirken, daß der Verbraucher als direkte Folge der höheren Preise einfach weniger konsumiert, seine Bedürfnisse einschränkt. Dieses Verhalten könnte durch staatliche Eingriffe noch verstärkt werden. Durch höhere Besteuerung wird das verkonsumierbare Einkommen geschmälert. Ein Ausweichen auf Kredite wird durch Erhöhung des Zinssatzes erschwert. Voraussetzung für die Wirksamkeit dieser binnenwirtschaftlichen Maßnahmen ist jedoch, daß sie außenwirtschaftlich abgesichert sind. Es dürfen also keine internationalen Ungleichgewichte herrschen, weil sonst beispielsweise einströmende Auslandsgelder die beabsichtigte Geldverknappung zunichte machen oder gar das Gegenteil der gewünschten Wirkung herbeiführen können.

Durch die Einschränkung des privaten und auch öffentlichen Konsums sollte nun nach der Theorie der freien Marktwirtschaft ein zweiter Marktmechanismus wirksam werden: das Konkurrenzprinzip.

Wir haben erlebt, daß der erste Marktmechanismus — mit einigen Schwierigkeiten zwar, aber dennoch — wirkt. Die Geldverknappung hat ein Nachlassen der Nachfrage zur Folge, die Produktion wächst nicht mehr so schnell: Stagnation ist das Ergebnis.

Nun sollte der zweite Marktmechanismus, das Konkurrenzprinzip, einsetzen und zu Preisdruck auf allen nachfrageschwachen Gebieten führen. Kennzeichen der Stagflation ist es nun, daß genau das Gegenteil auftritt: Alle realen Kosten, wie Löhne und Investitionskosten — ob sinnvoll oder nicht —, und fiktiven Kosten, wie Unternehmervergewinne, Handelsspannen, manche Spesen, Dividenden, Rücklagen und Abschreibungen, werden auf eine im wesentlichen gleichbleibende oder gar rückläufige

Produktion umgelegt. Das Ergebnis ist ein überproportionaler Preisanstieg: Inflation.

Das Charakteristikum dieser kosteninduzierten Inflation ist, daß sie nahezu unabhängig vom Grad der Beschäftigungsquote auftritt. Sie ist in ihren Ansätzen deshalb so schwierig zu erkennen, weil ihr in der Regel eine „gewöhnliche“ oder nachfrageinduzierte Inflation vorausgeht und auch bis zu einem gewissen Grad überlagert ist.

Warum ist dieser zweite marktwirtschaftliche Mechanismus des Konkurrenzprinzips plötzlich unwirksam? Paul A. Samuelson nennt die Symptome: der Versuch der Riesenunternehmen, Gewinnspannen ungeschmälert zu behaupten; Kartelle der „stillschweigenden Übereinkunft“; unbesorgte öffentliche Auftragsvergabe; fehlende (ausländische) Konkurrenz. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo die Wirtschaft einen Grad an quasi-monopolistischer Struktur erreicht hat, der sie mit einem Male in die Lage versetzt, die freie Marktwirtschaft zu ihren Gunsten zu manipulieren. Das ist der einzige Grund für die Existenz der Stagflation: der freie Wettbewerb wird durch Monopole, Kartelle und „stille Übereinkünfte“ außer Kraft gesetzt.

Doch diese Entwicklung kam nicht überraschend. So entließ beispielsweise die Adam Opel AG während der Rezession um das Jahr 1966 mehrere tausend Arbeiter, überwies aber gleichzeitig horrend hohe Dividenden an General Motors in Detroit. Große Firmen wie VW, VEBA, Boeing und Lockheed können nicht mehr Pleite gehen, wie schlecht auch immer ihr Management sei, denn dadurch entstünde eine ernste Krise, die von ängstlichen Politikern nicht in Kauf genommen wird. Man hat sich daran gewöhnt, daß Bundesbahn und Bundespost aus dem marktwirtschaftlichen Mechanismus herausgenommen sind und daher auch mit schöner Regelmäßigkeit mit ungeheuren Verlusten arbeiten. Man nimmt ungerührt hin, daß die Bauwirtschaft praktisch nur noch aus festgefügt Gebietskartellen besteht und seit Jahren an der Spitze der Inflation marschiert. Man nimmt dies hin wie ein Naturereignis, dem man macht- und schutzlos ausgeliefert ist. Man hat offenbar vergessen, daß gerade die Bauwirtschaft in der Rezession vor 6 Jahren bis zu 50 % billiger produzieren konnte — und dies praktisch von einem Tag auf den anderen. Und so weiter, und so weiter. . . .

Was soll man also tun? Am wichtigsten ist die

Herstellung der vollen Funktionsfähigkeit der selbstregelnden marktwirtschaftlichen Prinzipien. Denn nicht Planwirtschaft, sondern eine funktionierende Marktwirtschaft produziert, nach allem was wir wissen, optimaler.

Eines sei klar gesagt: administrative Kontrollen jeder Art sind einmal absolut unwirtschaftlich und werden zum anderen auf die Dauer unwirksam, weil sie umgangen werden. Öligismus lohnt weder den Aufwand, noch bringt er mehr Gerechtigkeit. Er bildet höchstens das Studienobjekt für ein neues Parkinsonsches Gesetz: Der Verwaltungsapparat wird wachsen und wachsen, ohne daß sein Nutzen größer würde.

Ein anderes muß aber ebenso klar gesehen werden: das Ansehen des „Unternehmers“ hat durch die doppelzüngige Moral, die durch das Auftauchen der Symptome der Stagflation für jedermann sichtbar wurde, einen nur schwer zu heilenden Schaden genommen. Es gibt keine Entschuldigung für eigensüchtiges und kurz-sichtiges Gewinnstreben auf Kosten der Allgemeinheit; betroffen sind in erster Linie die sozial Schwachen und unsere Kinder, die unserer besonderen Fürsorge bedürfen.

Doch ebenso wie die Unternehmer können die Politiker nicht freigesprochen werden von Schuld. Ihr Ansehen wird sinken, wer auch immer in dieser Zeit an politischen Entscheidungen mitwirken konnte.

Gegen die Stagflation helfen keine einschneidenden Maßnahmen. Die marktwirtschaftlichen Prinzipien können nur durch behutsame und umfassende, aber auch hartnäckig und konsequent zu verfolgende Maßnahmen entfaltet und wirksam gemacht werden. Bis sie sich durchsetzen, können drei, aber auch acht Jahre vergehen. Diese Maßnahmen sind:

— Die Entwicklung von Voraussetzungen, auf denen eine Marktwirtschaft aufbaut. Dazu zählt ein einfaches und durchsichtiges Steuersystem, das monopolistischen Tendenzen entgegenwirkt. Dieses Steuersystem soll aber auch internationale Bezüge berücksichtigen. Ebenso gehört dazu die Ausnutzung der Motivationsreserven durch die Verwirklichung einer freien innerbetrieblichen Mitbestimmung. Weiter gehören hierher Bildungs- und Umschulungseinrichtungen.

— Das Einwirken auf die Unternehmensmoral. Öffentliche Kontrollinstanzen werden vermehrt die Anliegen der Betroffenen wahr-

nehmen, wenn innere oder äußere Beschwernisse vorliegen.

- Öffentlicher Eingriff in die Marktwirtschaft. Wo das Konkurrenzprinzip versagt, muß Konkurrenz in ausreichendem Maße geschaffen werden. Wege dazu sind: Importerleichterung für ausländische Konkurrenz, Zusatzabgaben für Großbetriebe, gezieltes Vergabewesen für öffentliche Aufträge, Einrichtung öffentlicher Konkurrenzbetriebe, Förderung neuer Technologien. Dazu ein Beispiel: In der Bundesrepublik herrscht ein überaus empfindlicher Mangel an modernen, großzügig ausgestatteten Wohnungen. Sozialwohnungen werden nach Kriterien gebaut, die allenfalls zu Kaisers Zeiten als fortschrittlich gelten konnten. Es fehlt der industrielle Fertighausbau. Bis heute gibt es nur Fertigelementbau, aber keinen echten Fertigbau. Unsere Straßen sind zu eng, um ganze Wohnungen oder Häuser zu transportieren.

Einen großen Hubschrauber für Traglasten zwischen 50 und 100 Tonnen, wie er hier notwendig wäre, gibt es im Westen nicht, obwohl gerade in Deutschland auf diesem Gebiet intensiv geforscht wurde. Diese Hubschrauber wären außerdem für viele andere Aufgaben (Jumbojet-Zubringer, Transport sperriger Lasten, Intercity-Verkehr, Heben in unzugänglichem Gelände, Militär) nutzbringend einzusetzen. Außerdem dürfte er bessere Exportchancen besitzen als der Airbus A 300, der heute aus der Staatskasse subventioniert wird. Durch dieses neue Konzept könnte der Preisdruck zumindest auf dem besonders inflationsgefährdeten Sektor des Wohnungsbaus entscheidend abgebaut werden. Welche Auswirkungen sich bei Stadt-sanierungen und ähnlichen Großprojekten ergäben, ist wohl leicht abzuschätzen.

- Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand.
- Preisvorschriften für reine Monopole, Quasi-Monopole und Kartelle. Die Preispolitik der großen Mineralölgesellschaften in Europa ist ein Modellfall quasi-monopolistischer Machtausübung. Bei der kleinsten Nahostkrise zogen die Preise kräftig an und blieben praktisch auch nach der Krise auf diesem Niveau.
- Vermeidung einer nachfrageinduzierten In-

flation durch die bekannten binnen- und außenwirtschaftlichen Maßnahmen.

Selbstverständlich wird besonders die durch den marktwirtschaftlichen Exodus hochgepäpelte Industrie der Monopole und Kartelle mit subtilen und handfesten Methoden die einmal erschlissene Position behaupten wollen. Sie besitzt offenbar einen ausgeprägten Hang zum Selbstmord. Denn Stagflation ist nicht die Endstufe der Entwicklung; heute schleicht die Inflation noch, morgen trabt sie und irgendwann fängt sie an zu galoppieren. Diese Entwicklung ist zwar nicht zwangsläufig, aber auch nicht unmöglich. Doch das wäre auch der Selbstmord der Industrie. Und gerade die uneinsichtigen Manager von heute würden am tiefsten fallen.

Die Strategiediskussion der Jungsozialisten, auf dem außerordentlichen Bundeskongreß in Hannover vom 11.–12. Dezember zu einem vorläufigen Abschluß gebracht, fordert zu kritischen Stellungnahmen heraus. Herbert Ehrenberg, Dieter Kretschmer und Dieter Bauer haben sich in der NG 1/72 mit den auf dem Hannoveraner Kongreß vorgebrachten Thesen auseinandergesetzt. Aus der Feder des Diplom-Soziologen Wolfgang Deuling und des Jungsozialisten (Bundesluftwaffen-Major d. R., z. Z. Student) Walter Schilling folgen nun weitere kritische Anmerkungen.

Wolfgang Deuling

Noch einmal: Systemüberwindende oder systemverbessernde Reformen?

Mit dem unschuldigen Gebrauch des Wortes Reform im Sinne einer realen Lebensverbesserung für die Mehrheit der Bevölkerung ist es spätestens seit dem Münchener Bundeskongreß der Jungsozialisten vorbei. Wurde doch hier und dann vor allem auf dem Bremer Bundeskongreß zwischen systemüberwindenden und systemverbessernden oder, um im Jargon zu bleiben, systemaffirmativen Reformen unterschieden. Dabei wurde ausgemacht, in Deutschland nicht zum ersten Mal, daß das, was die Mehrheit für ihr Interesse hält, nicht unbedingt in ihrem wirklichen Interesse zu sein braucht. Entsprechend der Unterscheidung von systemüberwindenden und systemverbessernden Reformen, wird mittlerweile das politische Kräftefeld nicht mehr nur nach Reaktionären, Kon-

servativen (Rechten) und Progressiven (Linken) unterschieden. Als neueste Sprachschöpfung ist von systemangepaßten Progressiven die Rede.

Es ist sinnlos, mit philologischer Kritik eine Klärung herbeiführen zu wollen; denn das, was sich hinter solchem Vokabular verbirgt, ist ein Politikum geworden.

Kritik an der Unterscheidung zwischen systemverändernden und systemverbessernden Reformen wurde erstmalig von Herbert Wehner geübt. Herbert Wehner ließ eine solche Klassifikation nicht gelten, wenngleich er einen unterschiedlichen „Karategehalt“ von Reformen zugesteht. In der Tat wird niemand den qualitativen Unterschied z. B. zwischen dem Wegfallen des Krankenversicherungsbeitrages für die Rentner und etwa der Rentenstrukturreform, wie sie mit dem Arendt-Plan anvisiert wird, ernsthaft leugnen können.

Strittig ist nun, ob es sich bei einer solchen Reform oder bei den von der sozialliberalen Koalition überhaupt durchgeführten oder geplanten Reformen um systemerhaltende, bzw. -verbessernde oder systemüberwindende Reformen handelt.

Läßt man zunächst einmal die bemerkenswerte Beobachtung beiseite, daß jene, die eine solche Unterscheidung strikt behaupten, sich weigern, eine solche Klassifizierung auch am konkreten Fall vorzunehmen, so bleiben doch noch folgende damit zusammenhängende Fragen und Probleme zu klären:

1. Was für eine Analyse des herrschenden Systems in der BRD liegt dieser Unterscheidung zugrunde?
2. Welche Strategien zur Überwindung dieses Systems empfehlen jene, die zwischen systemüberwindenden und systemverbessernden Reformen unterscheiden?
3. Was steckt an Substanz hinter dieser Klassifizierung?

Der Bundesvorstand der Jungsozialisten bezeichnet in seinem Beitrag zum Strategiekongreß der Jungsozialisten am 11./12. Dezember 1971 im „Juso“-Novemberheft das soziale System der BRD als kapitalistisch. Als Struktur (für Hegelliker: Wesen) dieses bundesdeutschen Systems wird der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktionsweise und privater Aneignung des geschaffenen Mehrprodukts ausgemacht. Strukturprinzip ist das Zwei-Klassen-Modell. Für den Bundesvorstand ist nun

die von ihm so gesehene ökonomische Struktur letztlich alle anderen Bereiche determinierend. Ausdrücklich heißt es: *„Dieses Zwei-Klassen-Modell kann nicht mit dem Hinweis auf die vielfältigen gesellschaftlichen Erscheinungsformen abgetan werden. Vielmehr erscheint umgekehrt notwendig, die gesellschaftliche Mannigfaltigkeit auf der Basis ihrer durchgehenden Ordnungs- und Strukturprinzipien ... zu verstehen ...“*

Im folgenden werden dann die Veränderungen dieses Systems diskutiert, wobei jedoch stets darauf bestanden wird, daß die Struktur dieses Systems sich nicht geändert habe.

Diese – Realitätsnähe beanspruchende – Analyse des sozialen Systems der BRD wirft nun doch einige Probleme auf.

Zunächst ergibt sich das Problem der Identität eines sozialen Systems. In der Analyse des Bundesvorstandes der Jungsozialisten wird davon ausgegangen, daß die Struktur des sozialen Systems identisch ist mit der des in Deutschland herrschenden Systems von vor 1918 oder 1933, denn die Struktur hat sich ja, so die Argumentation, nicht geändert.

Wenn das dem Bundesvorstand vor allem im Hinblick auf die Jahreszahl 1933 und die bundesdeutsche Wirklichkeit 1971 möglicherweise als fraglich erscheint, dann muß er sich grundsätzlich folgende Fragen gefallen lassen:

- a) Trifft seine Strukturdefinition des sozialen Systems der BRD zu?
- b) Selbst, wenn man sie als theoretisches Modell akzeptiert, was erklärt sie dann eigentlich?
- c) Wenn die Gesamtstruktur die Subsysteme (Elternhaus, Schule, Krankenhaus etc.) determiniert, wie kann man dann (wenn man sich wie der Bundesvorstand den Marxschen Ansatz zu eigen macht) noch hoffen, daß eine Veränderung in den Subsystemen eine Strukturänderung bewirken kann?

Nach Marx kann ein soziales System doch nur an seinen Strukturantagonismen und nicht durch Manipulation an Überbauphänomenen zusammenbrechen.

Spätestens hier fällt die Verwandtschaft der Argumentation mit der strukturell-funktionellen Schule (und hier speziell T. Parsons) ins Auge. Bekanntlich unterscheidet diese zwischen funktionalen (systemerhaltenden) und dysfunktionalen (systemsprengenden) Prozessen. Funktional ist ein Prozeß dann, wenn er einen Beitrag

zur Konstanz des Strukturmusters und zur Identität des Systems leistet. Die Beweisführung wird der Biologie entlehnt.

Biologische Systeme können sich verändern, ohne ihre Identität zu verlieren; denken wir z. B. an das Wachstum des Menschen. Der entscheidende Unterschied gegenüber sozialen Systemen besteht nun aber darin, daß diese weder einen deutlichen Anfang noch ein deutliches Ende haben. Einerseits haben sie in Gestalt von Traditionen systemwidrige Elemente übernommen, andererseits produziert der soziale Wandel permanent systemfremde Elemente. Die Ideologie der strukturell-funktionalen Schule und auch die Analyse des Bundesvorstandes marschieren nur für ein schönes Stück Wegestrecke gemeinsam mit: beide behaupten nämlich – trotz unterschiedlicher Strukturdefinition –, struktureller Wandel habe überhaupt nicht stattgefunden.

Das Unbefriedigende dieser Aussage, angesichts des ungeheuren sozio-ökonomischen Wandels, fundiert in der Strukturdefinition des Bundesvorstandes. Da man die veränderte Wirklichkeit ja nicht ignorieren kann, diese Veränderungen im Überbau (Subsysteme) qua Prämissen an den Unterbau (Struktur) rückgekoppelt sind, die Struktur sich aber wiederum nicht geändert haben soll, bleibt nur noch Konfusion übrig.

Die Strukturdefinition des Bundesvorstandes hat keinen praktischen Erklärungswert. Sie ist viel zu eng, was sich u. a. darin zeigt, daß z. B. ein Systemvergleich BRD-DDR anhand der Strukturdefinition des Bundesvorstandes kaum die Aussage erlauben würde, daß es sich hier um zwei unterschiedliche soziale Systeme handelt.

Unter jenen, die die Strukturdefinition des Bundesvorstandes akzeptieren, gibt es nun Vertreter einer sozusagen „reineren Klassenkampfbildung“. Auch diese sprechen von Systemüberwindung und Systemanpassung, allerdings empfehlen sie eine andere Strategie als der Bundesvorstand. Sie behaupten nämlich, gemeinsam mit der funktionalistischen Schule: das System richtet sich immer besser ein. Mittels seiner Anpassungsmechanismen und sozialen Kontrollen dient alles der Systemstabilisierung: der verbissenste Lohnkampf stabilisiert über Steigerung der Massenkaufkraft das System; jede Arbeitszeitverkürzung dient als Folge des Rationalisierungszwanges und der

Manipulierung der Freizeit dem System: mehr Urlaub – die Lohnabhängigen werden nur zufriedener.

Weil man unterstellt, daß alle Anstrengungen um Demokratisierung in den Subsystemen die Identität des Systems nicht geändert haben und auch in Zukunft nicht ändern werden, bleibt nur noch die Revolutionshoffnung, die Hoffnung auf das große Saubermachen.

Von solchen eschatologischen Vorstellungen distanzieren sich die Jungsozialisten. Der Bundesvorstand hält eine Überwindung des Systems durch „systemverändernde Politik“ für möglich.

Geteilt ist offensichtlich im Jungsozialistischen Lager die Auffassung, wo denn nun die Überwindungsstrategie anzusetzen hat, ob im Betrieb oder in den sogenannten sekundären Bereichen. So meint z. B. Hessen-Süd in seinem Beitrag zum Strategiekongreß, auch von der Strukturdefinition des Bundesvorstandes ausgehend: *„Die Wirkungs- und Einflußmöglichkeiten der Jungsozialisten liegen ... mehr außerhalb des betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereichs.“*

Ich meine, daß sich hier Zweifel an der eigenen Strukturanalyse und der Behauptung von der Identität des Systems zeigen. Sollte das nämlich zutreffen, dann ist überhaupt nicht erkennbar, wie Aktivitäten in den durch die Gesamtstruktur des Systems determinierten Bereichen wie Schule, Elternhaus, Wohnbereich etc. die Struktur ändern können.

Die Unterscheidung zwischen systemüberwindenden und systemerhaltenden Reformen ist m. E. eine Schimäre. Fragt man genauer nach, dann wird entweder eine solche Klassifizierung bei den konkreten Reformen abgelehnt oder man erhält die nichtssagende Antwort: Systemüberwindende Reformen sind solche, die eine qualitative Veränderung des Systems herbeiführen.

Tatsache ist, daß jede Reform, die den Freiheitsraum der Mehrheit unserer Bevölkerung erweitert, systemtransformierend ist. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten gibt das auch indirekt zu, wenn er von dem ständig steigenden „Anspruchsniveau der Arbeiterschaft“ spricht. In der Tat haben wir in dem steigenden Anspruchsniveau einige der wenigen plausiblen Theorien des sozialen Wandels zu erblicken.

Kooperation zwischen demokratischen Sozialisten und DKP?

Die Existenz unterschiedlicher Anschauungen und Herrschaftsmethoden innerhalb der sozialistischen Bewegung wirft die Frage auf, wie sich die verschiedenen Gruppen zueinander verhalten sollen, ob und wie sie zu gemeinsamem Handeln finden können.

In der BRD ist bisher eine Auseinandersetzung mit dem Sozialismus sowjetischen Typs fast ausschließlich auf emotionaler Basis betrieben worden. Auch die Diskussion innerhalb der SPD über eine Abgrenzung zu Organisationen einer bestimmten Richtung des Sozialismus – wie der DKP – blieb hiervon nicht unberührt: sie erschöpfte sich weitgehend in undifferenzierter Kommunismuskritik.

Die Aktivität organisatorisch festgefügt politischer Gruppen außerhalb der SPD zwingt jedoch dazu, inhaltliche Kriterien zu entwickeln, die eine rationale Auseinandersetzung mit dem Problem erlauben, ob eine Zusammenarbeit demokratischer Sozialisten mit solchen Gruppen möglich und vertretbar ist.

Die demokratischen Sozialisten gehen davon aus, daß die Demokratie in der BRD nur dann verwirklicht werden kann, wenn die im Grundgesetz enthaltenen Gebote erfüllt werden. Das Grundgesetz beschränkt Demokratie nicht auf den Staat allein – sie gilt prinzipiell, d. h. für den staatlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bereich gleichermaßen. Menschenwürde und Recht auf Selbstbestimmung des Individuums bleiben deshalb leere Worte, solange das Privateigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln nicht abgeschafft ist. Die extrem ungleiche Verteilung der durch privates Eigentum vermittelten Verfügungsgewalt läßt sich mit der Forderung nach demokratischer Gleichheit nicht vereinbaren. Daher muß die wirtschaftliche Macht der privaten Disposition kleiner Gruppen entzogen und der gesellschaftlichen Kontrolle aller unterstellt werden. Aber diese Voraussetzung allein kann noch nicht Demokratie garantieren. Zu ihrer Durchsetzung ist es notwendig, unverzichtbaren demokratischen Rechten, wie sie unsere Verfassung nennt, Substanz zu verleihen und sie jederzeit zu verteidigen. Dies läßt sich nur verwirklichen, wenn in jeder Phase des gesell-

schaftlichen Veränderungsprozesses die Mehrheit einen solchen Wandel unterstützt.

Während die DKP beansprucht, eine demokratische Partei zu sein, sich in ihren Äußerungen nicht gegen das Grundgesetz der BRD stellt und ihr Organisationsstatut formal die Voraussetzungen des Parteiengesetzes für die Innerparteiliche Demokratie erfüllt, zeigt ihre Haltung gegenüber der Politik der SED und KPdSU, daß das Demokratieverständnis dieser Partei nicht allein aus ihrem verbalen Bekenntnis zum Grundgesetz abgeleitet werden kann.

In der Sicht der DKP erscheint die sowjetische Ideologie und Politik als verbindliches Modell für eine antirevisionistische Position. Sie beruft sich auf eine Version des Marxismus-Leninismus, wie sie die KPdSU formuliert hat und propagiert, billigt Politik und Herrschaftsmethoden von SED und KPdSU und hat deren entscheidende Organisationsgrundsätze in ihre Theorie übernommen: ein zum Selbstzweck gewordener Zentralismus, die Fremdbestimmung des Volkes durch eine Parteielite unter dem Vorwand eines „objektiv“ gegebenen Klasseninteresses, strenge Parteidisziplin, Verbot der Fraktionsbildung, Forderung nach Gehorsam gegenüber Entscheidungen der höheren Parteiorgane, Verlangen nach ideologischer Einheit, fehlende effektive und substantielle Kontrollmöglichkeiten überwiegen gegenüber institutionellen Regelungen wie der Wählbarkeit und Rechenschaftslegung der Machttträger.

Nach sowjetischer Lesart wird Sozialismus als Herrschaft der Arbeiterklasse in der Form der Herrschaft einer Partei definiert, die sich streng an einer präzise festgelegten Version des Marxismus-Leninismus orientiert. Alle Gegensätze dieser Welt lassen sich danach auf einen einzigen reduzieren, von dem alle anderen abhängen, jede nationale Unterdrückung wird als Funktion der Klassenunterdrückung erklärt. Das Festhalten des Sowjetmarxismus und ebenso der westdeutschen Kommunisten in der DKP an wesentlichen Elementen der Theorie Lenins, die auf den politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen Rußlands gegen Ende des Zarenreiches beruhen, kann heute nicht mehr als akzeptabel und vertretbar gelten. Daher widerspricht der demokratische Anspruch der DKP ihrem tatsächlichen Bekenntnis zur antirevisionistischen Position und politischen Praxis ihrer Bruderparteien in der Sowjetunion und DDR.

Wenn die DKP versucht, Politik im Rahmen unserer Verfassung zu praktizieren, Mitbestimmung und demokratische Kontrolle in allen Bereichen des Staates, der Gesellschaft und Wirtschaft fordert, obwohl dies in der als vorbildlich dargestellten politischen Wirklichkeit der Sowjetunion und DDR nicht in dem für das Prädikat „demokratisch“ notwendigen Maße existiert, so können hierfür nur taktische Gründe entscheidend sein.

Sichtbare Verbindungen mit der Sozialdemokratie sollen das Prestige der DKP aufbessern und der Gefahr der Isolierung entgegenwirken. Auch in ihrem Bemühen um Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten zeigt sich die DKP widersprüchlich. Einerseits wirbt sie um Aktionsbündnisse mit der SPD, den Gewerkschaften und anderen demokratischen Kräften gegen die Herrschenden in der BRD, andererseits polemisiert die DKP gegen den Sozialdemokratismus als einen verdammungswürdigen Typ „imperialistischer Ideologie“, der sich das Ziel setze, den bereits existierenden Sozialismus zu bekämpfen. Konsequenter beansprucht die DKP beim Zustandekommen solcher Aktionsbündnisse auch die ideologische Führung, da sie ja die „einzig wahre“ Position gefunden hat und vertritt. Ideologische Koexistenz, die nicht einmal im Rahmen von zwei verschiedenen Richtungen des zeitgenössischen Marxismus geduldet wird, kann es natürlich auch nicht zwischen demokratischen Sozialisten und DKP geben.

Position, Ziel und Demokratieverständnis von DKP und demokratischen Sozialisten sind nicht miteinander zu vereinbaren. Zusammenarbeit und Aktionsbündnisse müssen daher als falsch und gefährlich kurzfristig betrachtet werden. Sie würden darüber hinaus die DKP stärken, die SPD schwächen, den konservativen Kräften in der BRD den Kampf gegen Demokratisierung erleichtern, den Blick für die politische Wirklichkeit und Notwendigkeit verstellen und den wahren Charakter der DKP verhüllen.

Der demokratische Sozialismus beansprucht nicht, letzte Wahrheiten zu verkünden – er kann es nicht wollen. Dies schließt Aktionsbündnisse und Solidarität mit denen aus, die behaupten, die letzte Wahrheit zu besitzen und keinen Zweifel daran lassen, daß sie sie durchsetzen werden, falls sie die Macht dazu erhalten. Im Hinblick auf die Grenzen und das Handeln einer politischen Partei sind Trennungs-

linien oft unvermeidlich und nötig. Auch eine Gruppe innerhalb einer politischen Partei muß dies berücksichtigen und Trennungslinien so ziehen, daß sie mit ihrem Handeln und ihrem Anspruch, Demokraten zu sein, harmonisieren.

Die demokratischen Sozialisten handeln nicht konsequent, sondern widersprüchlich, wenn sie einerseits dem sowjetischen Typ des Sozialismus kritisch gegenüberstehen, andererseits aber gemeinsame Sache mit einer Organisation machen wollen, die eine solche kritische Haltung nicht teilt, vielmehr Demokratieverständnis und Herrschaftsmethoden dieser Version des Sozialismus vehement verteidigt.

Dennoch bedeutet dies für die demokratischen Sozialisten nicht, auf einen unabdingbaren und entscheidenden Bestandteil ihrer Strategie, die Mobilisierung und Aufklärung der Bevölkerung durch politische Aktionen, zu verzichten, wenn auch die DKP und die ihr angeschlossenen Organisationen sich an den gleichen Objekten aktiv beteiligen. Eine Zusammenarbeit und Aktionseinheit mit der DKP nimmt den Forderungen und der Arbeit der demokratischen Sozialisten viel von ihrer Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit bei sonst potentiell ansprechbaren Mitbürgern. Die unterschiedliche Position des demokratischen Sozialismus von der der DKP muß deshalb stets deutlich gemacht werden, da er sonst selbst in die Gefahr der Isolierung gerät. Politisches Handeln kann nicht einmal mittelfristig wirksam werden, wenn die Wähler nicht die Vorstellungen, Wertungen und Grundüberzeugungen deutlich sehen, die eine politische Partei oder eine Gruppe in ihr kennzeichnen, an denen sie sich orientieren. Die Wähler müssen Klarheit haben, nur dies erzeugt Vertrauen, das eine politische Partei braucht, um gesellschaftsverändernd wirken zu können.

Demokratische Sozialisten sollten – wo immer sie sich engagieren, in Gewerkschaften, Studentenvereinigungen, etc. – sich nicht mit „Partnern“ wie der DKP und ihren Organisationen belasten. Ihre Stärke, Erfolgsaussicht und politische Wirkung erwachsen aus Geschlossenheit und Klarheit ihrer Position und der Konsequenz ihres Handelns.

Chronik des Jahres 1971

Zweites Halbjahr

Juli

1. Etwa 26 Mill. Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung erhalten das Recht, von der Vorsorgeuntersuchung Gebrauch zu machen. Das sind die Kinder der Pflichtversicherten bis zu vier Jahren sowie alle Männer ab dem 46. und alle Frauen ab dem 30. Lebensjahr.
2. Der frühere bayerische Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen, stirbt im Alter von 64 Jahren in einer Klinik am Starnberger See.
4. Der seit Mal anhaltende Tarifkonflikt in der chemischen Industrie der Bundesrepublik wird nach zweitägigen Schlichtungsverhandlungen unter Leitung des Präsidenten des Bundessozialgerichts, Prof. Wannagat, beigelegt. Die Tarifpartner einigen sich auf 7,8 % Lohn- und Gehaltserhöhung.
5. Bundeskanzler Brandt nennt anlässlich eines Besuchs des französischen Staatspräsidenten Pompidou in der Bundesrepublik die Übereinstimmung zwischen Bonn und Paris „das unverzichtbare Kernstück“ der europäischen Entwicklung.
6. 32 von kinderreichen Obdachlosen und Wohnungsuchenden widerrechtlich besetzte und zuvor seit über einem Jahr leerstehende Häuser der sogen. Belgier-Siedlung in Kassel werden von drei Hundertschaften Polizei zwangsweise geräumt. Es gibt Verletzte.
7. Die Teilnehmer der sozialpolitischen Gesprächsrunde bei Bundesarbeitsminister Arendt einigen sich darauf, daß Ansprüche auf eine betriebliche Altersrente künftig nicht mehr bei einem Arbeitsplatzwechsel verfallen sollen.
9. Die von der CDU bzw. CSU regierten Länder blockieren über den Bundesrat das zur Sanierung der Städte lebensnotwendige Städtebauförderungsgesetz und das ebenfalls vom Bundestag bereits gebilligte Rentengesetz, das eine Erhöhung der Renten um 6,3 % vorsieht. In einer Sondersitzung der Länderchefs in Bonn versagen sich die CDU/CSU-regierten Länder darüber hinaus einem gemeinsamen Abkommen der Bundesländer über die Finanzierungen der Universität Bremen.
Bundesernährungsminister Ertl verläßt unter Protest eine Kundgebung des Bauernverbandes in der Kieler Ostsee-Halle, nachdem es zu tumultartigen Szenen gekommen war, und meint, der Bauernverband müsse wissen, ob er mit der Bundesregierung zusammenarbeiten oder ob er das parteipolitische Vorfeld der Opposition sein wolle.
10. Ein Putsch von Offizieren gegen den marokkanischen König Hassan II. scheitert. Die verantwortlichen Offiziere werden ohne ordentliches Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet.
12. In der Bildungsplanungskommission von Bund und Ländern stellen sich die CDU/CSU-regierten Länder u. a. gegen die Einführung der integrierten Gesamtschule. Die Weigerung der Mehrheit der Kommission, den rheinland-pfälzischen CDU-Kultusminister Vogel zu ihrem Vorsitzenden zu wählen, ohne daß zuvor eine Einigung über einen Zwischenbericht zum Bildungsplan erzielt worden sei, nehmen die CDU/CSU-Länder zum Anlaß, aus der Kommission auszuscheiden.
13. Vor der Evangelischen Akademie in Tutzing macht Bundeskanzler Brandt in seiner Rede über „Politik für den Menschen“ deutlich, daß eine solche Politik von Bund, Ländern und Gemeinden Leistungen abverlangt, die nur erbracht werden können, wenn genügend Mittel zur Verfügung stehen. Man dürfe sich aber nicht an Plänen für Steuererhöhungen berauschen, ohne dabei die Konjunkturlage und die wirtschaftliche Rentabilität zu berücksichtigen.
14. Die von der SPD gebildete Landesregierung in Hannover legt eine Änderungsnovelle zum niedersächsischen Personalvertretungsgesetz vor, die in Niedersachsen als dem ersten deutschen Bundesland das Mitbestimmungsrecht der Personalräte in den öffentlichen Betrieben und Unternehmen einführt.

15. Bei einer Suchaktion nach Mitgliedern der sogenannten Baader-Meinhof-Gruppe erschleßt die Polizei in Hamburg die 20jährige Petra Schelm, gegen die ein Haftbefehl des Bundesgerichtshofes vorlag und die im Verdacht stand, mit der Gruppe in Verbindung gewesen zu sein.
16. US-Präsident Nixon kündigt eine Reise nach Peking vor Mai 1972 an.
19. Gegen 189 Stimmen der Opposition verabschiedet der Bundestag das von der SPD/FDP-Koalition ausgearbeitete neue Mietrecht, das einen verstärkten Schutz des Mieters vor Kündigung sowie vor überhöhten Mieterhöhungen beinhaltet. Darüber hinaus verabschiedet er ohne Gegenstimmen den vom Vermittlungsausschuß ausgearbeiteten Kompromiß zum Städtebauförderungsgesetz, das die Rechte der Gemeinden bei Stadterneuerungs- bzw. Entwicklungsvorhaben privaten Eignern gegenüber erheblich stärkt. Ferner werden die Gesetze zur Ausbildungsförderung, Graduiertenförderung, das Richter-gesetz, das Seuchengesetz, das Gesetz über die künstliche Besamung von Tieren und das Gesetz über medizinisch-technische Assistenten (MTA-Gesetz) verabschiedet.
- Putsch im Sudan durch marxistische Offiziere. Drei Tage später gelangt der gestürzte Staatschef Numeiri durch einen Gegenputsch wieder an die Macht.
20. Rund 10 000 südvietnamesische Soldaten marschieren in Südost-Kambodja ein.
23. Bundeskanzler Brandt gibt vor der Presse in Bonn eine positive Bilanz der ersten und einen zuversichtlichen Ausblick auf die zweite Halbzeit seiner Regierung. 1973 werde sich ergeben, daß nicht weniger, sondern mehr geleistet wurde, als sich die Regierung für diese Amtsperiode vorgenommen hat.
- Der Bundesrat verabschiedet das 14. Renten Anpassungsgesetz und das Städtebauförderungsgesetz. Das neue Mietrecht wird dagegen durch das „Nein“ der CDU/CSU-regierten Länder wieder an den Vermittlungsausschuß überwiesen.
26. Die amerikanischen Astronauten Scott, Irvin und Worden starten mit dem Raumschiff Apollo 15 von Kap Kennedy aus zum Mond, auf dem sie mit einem Auto mehrere Erkundungs-fahrten unternehmen.
27. Bundesarbeitsminister Arendt legt ein Fünf-Punkte-Programm zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung vor, dem zufolge ab 1973 die Kleinstrenten um durchschnittlich 30 bis 35 % erhöht, die flexible Altersgrenze und das „Baby-Jahr“ für versicherte Mütter eingeführt, die Rentenversicherung für Nichtberufstätige, Hausfrauen, selbständige und mithelfende Familienangehörige geöffnet und der Versorgungsausgleich bei Scheidung zugunsten des Ehepartners, der keinen Anspruch auf eigene Rente hat, eingerichtet werden sollen.
28. Ähnlich wie bei dem Vertrag zwischen BRD und der UdSSR versucht die CDU/CSU mithilfe konservativer Publizistik („Quick“, ZDF-Magazin) durch Veröffentlichung von vertraulichen Dokumenten die Berlin-Verhandlung der Vier Mächte zu torpedieren.
- 31.—1. August Auf dem traditionellen Treffen der sozialdemokratischen Parteiführer in Harpsund bei Stockholm kommen vor allem Probleme der europäischen Solidarität im Kampf um den Ausgleich der sozialen Gegensätze zur Sprache.

August

2. Bundeswohnungsbauminister Lauritzen kündigt einen „Rationalisierungskatalog für den sozialen Wohnungsbau“ an.
4. Der Beirat für politische Fragen des Zentralkomitees deutscher Katholiken (ZdK) nimmt in neun „Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie“ gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie, Demokratie in allen Lebensbereichen als Ordnungsprinzip einzuführen, massiv Stellung.
- 4./5. Die Münchner Staatsanwaltschaft ordnet den Einsatz von Scharfschützen gegen zwei Bankräuber an, die sich einer Geisel bemächtigt haben. Die Geisel und einer der Gangster kommen ums Leben.
9. In einem Müllteich in Bochum werden mehrere tausend Fässer mit hochgiftigen Salzen gefunden. Tage zuvor waren vorschriftswidrig auf eine Müllkippe abgelagerte Arsen-Abfälle aufgespürt worden.
- Die Sowjetunion und Indien schließen einen Freundschafts- und Nichtangriffspekt auf 20 Jahre.

Auf dem Höhepunkt bürgerkriegsähnlicher Unruhen in Belfast kommen fünf Menschen ums Leben.

10. Zum Jahrestag der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August spricht sich Bundeskanzler Brandt für „eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition in den wichtigen außenpolitischen Fragen“ aus.
11. Bonn trifft ein Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz, das ab 1. 1. 1972 eine Steuerflucht in die Schweiz sinnlos machen soll.
12. In der illustrierten „Stern“ enthüllt Bundeskanzler Brandt Hintergründe der Politik der Regierung Adenauer im Jahre 1961, die durch ihre Passivität letztendlich mitschuldig am Mauerbau in Berlin sei.
- Generallinspekteur de Malzière legt einen Bericht der Personalstruktur-Kommission vor, der vorsieht, die gesamte Personalordnung des Dienstes in der Bundeswehr nach dem Prinzip der Leistung zu reformieren.
16. US-Präsident Nixon verkündet drastische Maßnahmen zur Gesundung der amerikanischen Wirtschaft und zum Schutz des Dollars: Lohn- und Preisstopp für 90 Tage — zehn Prozent Sondersteuer für Importe — Einstellung des Tauschs von Dollar in Gold.
- 19.—21. Reaktionäre Militärs putschen in Bolivien erfolgreich gegen den linksgerichteten Präsidenten Juan Torres.
20. Bundesinnenminister Genscher legt der Öffentlichkeit ein vom Kabinett beschlossenes Gesetz zum Schutz vor Lärm und Luftverunreinigung vor.
23. Die Verhandlungen der Botschafter der Vier Mächte über Berlin werden erfolgreich abgeschlossen. Das Rahmenabkommen sieht Garantien für Berlin und Erleichterungen für die Bewohner der Stadt vor. Reisende nach Westberlin sollen von den DDR-Behörden nur noch identifiziert, aber nicht mehr kontrolliert werden. Westberliner sollen auch Ost-Berlin und die DDR besuchen können; sie erhalten besondere Bundespässe und werden auch im Ost block durch die Bundesrepublik konsularisch vertreten.
25. Bundesarbeitsminister Arendt leitet den Ländern und beteiligten Verbänden einen Gesetzentwurf „zum Ausbau des arbeitsmedizinischen und technischen Gesundheitsschutzes“ zu, der auf mehr Sicherheit bei der Arbeit in den Betrieben abzielt.
27. Japan gibt den Kurs seiner Währung, des Yen, frei.
- 1700 Arbeiter der Voigtländer-Werke in Braunschweig demonstrieren mit schwarzen Fahnen gegen die beabsichtigte Schließung des Betriebes.
30. Der Vorstand der IG Metall kündigt die zum 30. September auslaufenden Tarifverträge in der Metallindustrie und billigt die von den regionalen Tariftkommissionen aufgestellten Forderungen nach Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 9 und 11 %.
31. Der Deutsche Städtetag fordert eine Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Mineralsteuer von drei auf sechs Pfennige. Andere könnten die städtischen Aufgaben im Verkehrsbereich nicht mehr bewältigen werden.

September

2. Die erwartete Unterzeichnung der Berlin-Vereinbarung durch die Botschafter der Vier Mächte kann nicht stattfinden, da Uneinigkeit über eine deutsche Übersetzung der Vertragstexte besteht.
3. In Berlin unterzeichnen die Botschafter der Vier Mächte das von ihnen nach langwierigen Verhandlungen erzielte Berlinabkommen. Sie werten den Vertrag als einen wichtigen Schritt zum Frieden. Bundeskanzler Willy Brandt äußert die Hoffnung, das Abkommen werde künftig Berlinkrisen unmöglich machen.
Wichtige Ergebnisse des Abkommens sind:
 1. Eine Regelung des Berlinverkehrs, der frei und ungehindert erfolgen soll.
 2. Eine Garantie des Vier-Mächte-Status für ganz Berlin.
 3. Das Verhältnis zwischen Westberlin und der Bundesrepublik kann ohne Behinderung durch die DDR und die Sowjetunion enger werden.
 4. Den Westberlinern wird die Möglichkeit eingeräumt, Ostberlin und die DDR zu besuchen.Der Bundeskanzler meint, er könne sich für Berlin „noch etwas Besseres vorstellen“, aber im Ernst habe niemand erwarten können, „daß in dieser Phase der Geschichte die Mauer verschwinden würde.“ — Die CDU/CSU-Opposition äußert Bedenken gegen das Abkommen.

6. In Bonn und Berlin werden die innerdeutschen Verhandlungen zur Ausfüllung des Vier-Mächte-Abkommens aufgenommen.
In Montevideo fliehen 129 Stadtguerillas, sogenannte „Tupamaros“, durch einen Tunnel aus einem Gefängnis, das als das sicherste Uruguays galt.
7. Bundeskanzler Willy Brandt nimmt eine Einladung der sowjetischen Regierung zu einem Besuch in der Sowjetunion an. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel gibt seine Absicht bekannt, ebenfalls in die Sowjetunion zu reisen.
8. Die innerdeutschen Verhandlungen über die Ausfüllung des Berlinabkommens der Vier Mächte werden unterbrochen, da sich die beiden Seiten nicht auf einen einheitlichen Text des Abkommens einigen können. Strittig ist unter anderem, ob eine „Verbindung“ oder eine „Bindung“ zwischen Westberlin und der Bundesrepublik besteht.
Der amerikanische Außenminister Rogers fordert zu Beginn der amerikanisch-japanischen Wirtschaftsverhandlungen eine „bedeutsame“ Aufwertung des Yen als wichtiges Mittel zur Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits der USA.
10. Bundesarbeitsminister Walter Arendt gibt bekannt, daß ab 1972 die Renten der 2,5 Millionen Kriegesopfer um 8,3 Prozent angehoben werden sollen. Die Berufsschadens- und Schadenausgleichsrenten sollen künftig jedes Jahr der allgemeinen Preis- und Wirtschaftsentwicklung angepaßt werden.
Das Bundeskabinett verabschiedet den Haushaltsentwurf für das Jahr 1972 mit einem Volumen von 108,57 Milliarden DM. Durch Steuererhöhungen sollen 1972 2,2 Milliarden Mark mehr eingenommen werden. Nach den Worten von Bundeswirtschafts- und Finanzminister Schiller bieten die neue Finanzplanung und der Haushalt die Gewähr dafür, daß folgende gesellschaftspolitische Aufgaben in Angriff genommen werden können:
● ein Umweltschutzprogramm und ein neues Kohleanpassungsprogramm;
● die Einführung der Krankenversicherung für Landwirte und eine Erhöhung ihrer Altersrente,
● die Verbesserung der Wehrbereitschaft;
● die gleichmäßige Fortsetzung des langfristigen Wohnungsbauprogramms;
● die Entwicklung eines Schnellverkehrssystems;
● die Verstärkung der kommunalen Verkehrsinvestitionen.
11. Der ehemalige sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Sergejewitsch Chruschtschow stirbt in Moskau.
12. Die Koalitionsfraktionen in Bonn einigen sich auf einen Entwurf zu einem neuen Betriebsverfassungsgesetz, das den Arbeitnehmern und ihren Vertretern mehr Rechte als bisher einräumt.
Die Gefangeneneuereuei im New Yorker Staatsgefängnis Attica wird durch Polizeikräfte blutig niedergeschlagen. 32 Häftlinge und 9 Gefangenenaufseher kommen ums Leben.
Die Finanz- und Wirtschaftsminister der EWG-Länder einigen sich in Brüssel auf eine gemeinsame Haltung zur Weltwährungskrise. Nach ihren Vorstellungen sollen die Wechselkursparitäten bei erweiterten Bandbreiten neu geordnet werden.
13. Die Schwierigkeiten bei den innerdeutschen Berlingesprächen verschärfen sich erneut: Die DDR-Regierung leugnet das Bestehen einer gemeinsamen deutschen Übersetzung des Vier-Mächte-Abkommens.
- 14.—15. Zu Gesprächen über das deutsch-sowjetische Verhältnis über Entspannung und Frieden in Europa trifft Bundeskanzler Willy Brandt in Orlanda auf der Krim mit dem sowjetischen Parteichef Leonid Breschnew zusammen. Trotz teilweise gegensätzlicher Standpunkte wird auf verschiedenen Gebieten Übereinstimmung erzielt. Nach seiner Rückkehr unterrichtet der Bundeskanzler die westlichen Regierungen und die Opposition über den Inhalt seiner Gespräche. Unter anderem teilt er mit, Breschnew habe eine Gegeneinladung nach Bonn angenommen. Brandt charakterisiert das Treffen in Orlanda folgendermaßen: „Das Besondere daran ist, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen nun ihre Besonderheit zu verlieren beginnen.“ Ein Sprecher des US-Außenministeriums bezeichnet die Reise Brandts als „konstruktiv für Europa“.
20. Vor dem Partei- und Fraktionsvorstand der SPD warnt Bundeswirtschafts- und Finanzminister Schiller vor einem Handelskrieg mit den USA. Eine multilaterale Neuordnung des Weltwährungssystems müsse im Zusammenwirken aller angestrebt werden.
Die Ruhrkohle AG erhält vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen die Zusicherung einer Bürgschaft über rund eine Milliarde Mark.
21. Zwischen Koalition und Opposition kommt es im Bundestag zu heftigen Auseinandersetzungen über eine Verbesserung der Renten. Die Regierungsparteien geben einer allgemeinen Ver-

besserung des Rentenrechts vor einer stärkeren Anhebung des Rentenniveaus (wie sie die Opposition fordert) den Vorzug. Nach den Vorstellungen von Arbeits- und Sozialminister Walter Arendt sollen so die flexible Altersgrenze, die Anhebung der Kleinrenten, die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige und die Ehefrauen der Versicherten finanziert werden.

22. Das Bundeskabinett einigt sich auf ein Reformprogramm im Lohn- und Einkommensteuerrecht. Ebenso werden im Kabinett die Entwürfe für Körperschafts- und Grundsteuerreformen, für neue Erbschaft- und Vermögenssteuergesetze gebilligt. Einig ist man sich auch über eine Verbesserung der Sparförderung und des Kindergeldes. Der Bundestag beschließt in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, das das Ausscheiden aus der Mitbestimmung für Montanbetriebe erschwert.
23. Der französische Staatspräsident Pompidou sagt von der Ostpolitik der Bundesregierung, sie sei „schwierig, aber mutig“. Der Kurs Willy Brandts liege im Interesse der Entspannung, Verständigung und Zusammenarbeit in ganz Europa. Im Gegensatz dazu wirft der Oppositionsführer im Bundestag, Rainer Barzel, der Regierung „nationalen Egoismus“ vor. Der Kanzler weist die „verleumderischen Unterstellungen“ zurück.
24. Der ehemalige Landtagskandidat der NPD, der Student Victor Rüdiger Gläse, schlägt in München auf offener Straße dem Bundeskanzler ins Gesicht. Willy Brandt stellt keinen Strafantrag.
- Die britische Regierung erklärt 106 sowjetische Bürger „wegen Spionagetätigkeit“ zu „unerwünschten Personen“.
26. Bundeskanzler Willy Brandt betont, daß die Vorstellung, der UNO-Beitritt beider deutscher Staaten könne als letzter der 20 Punkte von Kassel erst dann erfolgen, wenn die übrigen 19 Punkte erfüllt wären, zu starr sei. „Die Bundesrepublik und die DDR müssen die zwischen ihnen anstehenden Fragen allein und ohne Einschaltung Dritter regeln“, sagt der Kanzler.
28. Vor der UN-Vollversammlung in New York geben der französische und sowjetische Außenminister ihrer Hoffnung Ausdruck, die innerdeutschen Verhandlungen möchten zu einem dauerhaften Ergebnis führen. Außenminister Scheel erklärt gegenüber dem UN-Generalsekretär U-Thant, die Bundesrepublik Deutschland werde frühestens im Herbst 1972 einen Aufnahmeantrag für die UNO stellen.
- In Wiesbaden erklärt Bundesarbeitsminister Arendt vor dem IG Metall-Kongreß, daß die SPD an ihrer Forderung nach paritätischer Mitbestimmung festhalte. „Sie ist die einzige Mitbestimmungsform, die ihren Namen verdient“, sagt er.
30. In seinem Grundsatzreferat sagt der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, daß die wirtschaftliche Lage 1971 nicht mehr Tarifabschlüsse wie 1970 erhoffen lasse. Als wichtigste Zielpunkte der Gewerkschaft nennt Otto Brenner:
 1. die Ausweitung der Mitbestimmung;
 2. eine Reform des Steuersystems;
 3. eine Einkommens- und Vermögenspolitik, die mit Privilegien aufräume;
 4. eine staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik, die öffentlichen Aufgaben den Vorrang gäbe;
 5. den Kampf gegen die Umweltverschmutzung.Mit der Wiederwahl des 63jährigen Otto Brenner zum ersten Vorsitzenden der IG Metall endet in Wiesbaden der IG Metall-Kongreß. In seiner Schlußansprache betont Brenner, die Ziele der stärksten Einzelgewerkschaft im DGB seien unverändert.

Oktober

1. Das Ausbildungsförderungsgesetz, das für Schüler und Studenten zahlreiche Verbesserungen bringt, tritt in Kraft.
3. „Ich gehe davon aus, daß die Ratifizierung dieser Verträge Gewißheit ist“, antwortet Bundeskanzler Willy Brandt auf die Frage, ob er bei der Nicht-Ratifizierung der Ost-Verträge an Neu-Wahlen denke.
4. In einer Kampfabstimmung wählt der Saarbrücker Parteilag der CDU den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Dr. Rainer Barzel, zum neuen Parteivorsitzenden der CDU. Von 522 Delegierten stimmen 344 für Barzel, 174 für seinen Rivale, den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, Helmut Kohl.
- Für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze demonstrieren in Hagen über 3000 Arbeiter der Stahlwerke Südwestfalen und der Hasper Hütte der Klockner AG. Den Werken droht eine Stilllegung.

Auf dem Parteitag der britischen Labour-Party spricht sich die Mehrheit der Delegierten gegen einen Beitritt Großbritanniens in die EWG aus.

6. Nach den für die Sozialdemokraten siegreich verlaufenen Wahlen in Dänemark wird der frühere Ministerpräsident, Jens Otto Krag, mit der Regierungsbildung beauftragt.

7. Der SPD-Bundesgeschäftsführer, Hans-Jürgen Wischniewski, warnt die CDU/CSU-Opposition nachdrücklich vor einer Politik der totalen Konfrontation und der Obstruktion. Falls die Opposition nicht zur Versachlichung zurückkehre, werde die SPD hart zurückschlagen, sagt Wischniewski.

10. Bei den Bremer Bürgerschaftswahlen steigert die SPD ihren Anteil an den 100 Bürgerschaftssitzen von 50 auf 59 Sitze. Die F.D.P., die die Koalition mit der SPD wegen des Streits um die Bremer Reformuniversität aufgekündigt hatte, verliert 3 Sitze.

Bei den Parlamentswahlen in Österreich erhält die SPÖ die absolute Mehrheit mit 60,22 Prozent der abgegebenen Stimmen. 1970 war es der SPÖ gelungen, 48,4 % der Stimmen auf sich zu vereinigen.

11. Das japanische Kaiserpaar trifft zu einem dreitägigen Besuch in der Bundesrepublik ein.

12. Der amerikanische Präsident, Richard Nixon, teilt mit, er werde nach seinem Besuch in Peking im Mai 1972 auch die sowjetische Hauptstadt besuchen.

Hauptpunkte des gesellschaftspolitischen Programms der Deutschen Angestellten Gewerkschaft, das auf dem Bundeskongress der DAG in Nürnberg beschlossen wird, sind: stufenweise Einführung der 36-Stunden-Woche; 75 % des letzten Arbeitsentgeltes als Rente und die qualifizierte Mitbestimmung in allen Unternehmen einschließlich der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsbetriebe mit mehr als 500 Arbeitnehmer.

13. Der Bundesrechnungshof wirft dem früheren Bundesverteidigungsminister, dem CSU-Vorsitzenden Strauß, vor, den Bundestag bei der Beschaffung des Starlighters wesentlich getäuscht zu haben.

Der SPD-Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag, Karl Wienand, ist sich nach seinen eigenen Worten keiner ehrenrührigen Handlung bewußt und wird von sich aus keine Konsequenzen ziehen. Karl Wienand war vorgeworfen worden, er habe seine Position in unziemlicher Weise zu Gunsten der Charterflug-Gesellschaft „Paninternational“ ausgenutzt.

15. Der Deutsche Bundestag verschärft die Strafbestimmungen für den illegalen Handel mit Rauschgift. Die Höchststrafe wird von 3 auf 10 Jahre heraufgesetzt.

17. Die große Tarifkommission der IG Metall erklärt einstimmig die Tarifverhandlungen für die 550 000 Beschäftigten in der Metallindustrie in Nordwürttemberg/Nordbaden für gescheitert. Die Arbeitgeber hatten Lohn- und Gehaltserhöhungen von 4,5 % als äußerstes Angebot bezeichnet. Der IG Metall-Bezirksleiter Bleicher kritisiert das Angebot als „ungeheuerliche“ Provokation.

Truppenkonzentrationen auf beiden Seiten der Grenze zwischen Indien und Pakistan werden bekannt. Die Spannungen zwischen beiden Staaten nehmen ein gefährliches Ausmaß an.

19. Der Frankfurter Magistrat verabschiedet Grundsätze, die die Sozialbindung des Eigentums nach Artikel 14 des Grundgesetzes auf dem Wohnungsmarkt stärker als bisher betonen sollen. Für alle länger als einen Monat leerstehenden Wohnungen und Häuser wird eine Meldepflicht beim Wohnungswert eingeführt. Die Besitzer leerstehender Wohnungen und Häuser sollen ihre Gebäude an Bedürftige zur vorübergehenden Nutzung zur Verfügung stellen.

20. Bundeskanzler Willy Brandt wird als erster deutscher Regierungschef mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Das Nobel-Komitee begründet die Auszeichnung damit, Willy Brandt habe im Namen des Deutschen Volkes „alten Feindesländern die Hand zur Versöhnung ausgestreckt“. Seine Politik bemühe sich um Frieden und Entspannung. Aus aller Welt treffen Glückwünsche ein.

Mit einem Abstimmungssieg von 223 zu 210 Stimmen setzt die Regierungskoalition im Bundestag ihre Vorstellungen für einen besseren Mieterschutz gegen die Opposition durch. Damit ist der besondere Kündigungsschutz für Mieter in ein eigenes Gesetz mit bundeseinheitlicher Geltung aufgenommen worden.

Das Bundeskabinett verabschiedet ein umfassendes Rentenreformprogramm, das u. a. vorsieht:

1. die Einführung der flexiblen Altersgrenze;
2. die gezielte Anhebung von 480 000 Kleinrenten;
3. die Einführung eines beitragsfreien „Baby-Jahres“ für Frauen;
4. die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige und Hausfrauen;
5. die Rententeilung bei Ehescheidung.

21. Während der Debatte über den Bundeshaushalt 1972 wirbt der Oppositionsführer, Rainer Barzel, für eine „Solidarität der Demokraten“. Bundeskanzler Brandt begrüßt Barzels Absage an eine Politik des „Nein“.
22. Bundesjustizminister Jahn legt einen Entwurf zur Reform des § 218 StBG vor, der einen Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Bedingungen (Indikationslösung) gestattet.
25. Auf dem F.D.P.-Parteitag in Freiburg wird der Wille der Delegierten deutlich, auch nach den Wahlen von 1973 das Bündnis mit der SPD in Bonn fortzusetzen. Der Vorsitzende der FDP, Walter Scheel, sagt in diesem Zusammenhang, die Zusammenarbeit mit der SPD sei in der ersten Halbzeit fair und erfolgreich gewesen und der Zustand der CDU/CSU laide nicht zur Zusammenarbeit ein. Die CDU/CSU sei reformunfähig und der Unruhestifter in diesem Land.
Der F.D.P.-Parteitag in Freiburg wählt Karl Hermann Flach zum Generalsekretär der F.D.P.
Der sowjetische KP-Chef, Leonid Breschnew, trifft zu seinem ersten Staatsbesuch im westlichen Ausland in Paris ein. Er wird von der französischen Regierung wie ein Staatsoberhaupt empfangen.
- 26./27. Mit großer Mehrheit beschließt die UN-Vollversammlung die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen.
Zu einem viertägigen Besuch trifft in Bonn das Niederländische Königspaar ein. Der Besuch soll, so betonen Königin Juliana und Bundespräsident Heinemann, den gemeinsamen Willen beider Länder dokumentieren, das Werk der europäischen Einigung fortzusetzen.
Bundesarbeitsminister Arendt erklärt vor dem 7. Angestelltentag des DGB in Mainz, rund 1,2 Millionen Lehrlinge in Büros und Betrieben hätten das gleiche Recht auf bestmögliche Berufsausbildung wie die 490 000 Studenten.
28. Im britischen Unterhaus stimmen 356 Abgeordnete für einen Beitritt Großbritanniens zur EWG — 244 stimmen dagegen. Die Parteien stimmen nicht einheitlich ab. Die Labour-Party spricht sich mit großer Mehrheit gegen einen Beitritt aus.
29. Das Bundeskabinett beschließt die Einführung einer 4-klassigen Kraftfahrzeugsteuer, die nach PS berechnet werden soll und die ab 1974 die bisherige Hubraumsteuer ersetzen wird.
Das Bundeskabinett gibt in manchen Punkten geänderte Eckwerte und Grundsätze zur Steuerreform bekannt. Aufgabe der Änderungen zu den Vorschlägen vom Juni des Jahres ist hauptsächlich die Schonung der Bezahler mittlerer Einkommen.

November

2. In einem ersten Schlichtespruch im Tarifkonflikt in der Metall-Industrie entscheidet die Schlichtungsstelle für Nordwürttemberg/Nordbaden die Löhne und Gehälter bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von 7 Monaten um 7,5 % anzuheben. Die Entscheidung fällt gegen die Stimmen der Arbeitgeber.
Aus Anlaß des Breschnew-Besuches in Ost-Berlin erklärt der SED-Chef Honnecker, die DDR hoffe auf einen möglichst raschen Abschluß der Berlin-Verhandlungen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, spricht von „neuen Akzenten“.
5. In erster Lesung wird im Bundestag das Bundesmeldegesetz verabschiedet, das u. a. ab 1973 für jeden Bundesbürger eine Personenkennziffer bringen wird.
Auf der Konferenz der EWG-Außenminister macht Bundesaußenminister, Walter Scheel, Vorschläge zur Beschleunigung der politischen Union West-Europas sowie zur Verbesserung des Verhältnisses der erweiterten Gemeinschaft zu den USA.
10. Die Bonner Koalition setzt mit 260 gegen 241 Stimmen das Kündigungsschutzgesetz für Mieter endgültig durch. Die Ablehnung des Gesetzes durch die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat hatte die gesetzliche Mehrheit von 248 Stimmen im Bundestag erforderlich gemacht.
In derselben Sitzung des Bundestages wird auch das neue Betriebsverfassungsgesetz mit 286 gegen 212 Stimmen gebilligt.
11. Der Bundestag verabschiedet 2 wichtige sozialpolitische Gesetze: das Kindergeldänderungsgesetz erhöht die Einkommensgrenze für das zweite Kind von 1 100,— auf 1 250,— DM. Von dieser Änderung profitieren rd. 600 000 Familien. Nach dem Wohnungsbauförderungsgesetz steigt die Einkommensgrenze für den Anspruch auf eine Sozialwohnung auf 1 000,— DM monatlich für den Familienverdienst und auf 250,— DM für jedes weitere versorgungsberechtigte Familienmitglied.

12. Bei der Urabstimmung in der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden spricht sich von den rd. 250 000 abstimmungsberechtigten Gewerkschaftsmitgliedern die überwältigende Mehrheit für einen Streik aus.
- Der Bundestag verabschiedet einstimmig ein Gesetz, das die Renten der Kriegssopler ab Januar 1972 um 6,3 % anhebt.
13. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Philip Rosenthal, tritt zurück. Grund für seinen Rücktritt sind Meinungsverschiedenheiten mit Minister Schiller über die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.
- Die Vollversammlung der Diözesen Deutschlands lehnt es ab, dem angesehenen katholischen Wochenblatt „Publik“ weitere finanzielle Zuschüsse zu gewähren. Damit ist die Zeitschrift gezwungen, ihr Erscheinen einzustellen.
14. Der DGB verabschiedet 8 Thesen zur Vermögensbildung. Danach sollen die Arbeitnehmer an den Vermögenszuwächsen von Unternehmen ab einer bestimmten Gewinnhöhe beteiligt werden. Die Unternehmen sollen Anteile, Schuldverpflichtungen oder Barmittel an dezentrale Fonds abführen, die ihrerseits wieder den Arbeitnehmern Anteilscheine überschreiben.
17. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Frankfurt, Walter Möller, stirbt im Alter von 61 Jahren an einem Herzversagen.
- 18.—20. In der Bonner Beethoven-Halle findet der außerordentliche Parteitag der SPD 1971 statt. Aufgabe des Parteitags ist es, die Vorstellungen der Sozialdemokraten zur Steuerreform, zur Medienpolitik und zur Reform der eigenen Parteiorganisation zu formulieren. In zahlreichen Diskussionen und Abstimmungen gelingt es dem Parteitag ein steuer- und medienpolitisches Konzept zu erarbeiten, das gewährleisten soll, auf diesen wichtigen Gebieten unsere Gesellschaft gerechter, sozialer und freierlicher zu gestalten. Mit großer Mehrheit spricht sich der Parteitag entgegen der ursprünglichen Geschäftsordnung für die Behandlung des § 218 StGB aus und entschließt sich später mit großer Mehrheit für die „Fristenlösung“. Die Diskussion der Parteireform wird auf Dezember 1971 vertagt.
20. Ägyptens Staatspräsident Sadat kündigt die Rückeroberung der Halbinsel Sinai an. Sadat sagt, er sei entschlossen, seinen Truppen den Befehl zum Angriff über den Suez-Kanal zu geben. Er rechne nicht mehr mit einem freiwilligen Abzug der Israelis vom Ost-Ufer des Kanals.
22. Der Sachverständigenrat für die wirtschaftliche Entwicklung übergibt dem Bundeskanzler sein Jahresgutachten für 1972. Die Wirtschaft stehe, so meinen die „fünf Weisen“, zwar nicht vor einer Tiefahrt, aber vor einer kritischen Konjunkturlage.
- In Nordwürttemberg/Nordbaden beginnt der erste reguläre Streik in der Metallindustrie seit 1969. Die Arbeitgeber beschließen, die von der IG Metall durchgeführten Schwerpunktstreiks mit der Aussperrung der Arbeitnehmer zu beantworten.
- An den Grenzen zwischen Indien und Pakistan kommt es zu Gefechten zwischen regulären Truppen beider Staaten.
23. Pakistan verhängt den Ausnahmezustand. Im indisch-pakistanischen Grenzgebiet finden schwere Kämpfe statt. Indien meldet den Abschuss von pakistanischen Kampfflugzeugen.
- Bundeswirtschafts- und Finanzminister, Karl Schiller, kündigt an, die Bundesregierung werde schon bald den Fuß von der Konjunkturbremse nehmen.
24. Der Hamburger Senat beschließt, grundsätzlich keine Mitglieder der NPD und DKP mehr in das Beamtenverhältnis zu übernehmen.
- Bundeswohnungsbauminister Lauritzen stellt eine halbe Milliarde Mark für den ersten Abschnitt des Regionalprogramms im Rahmen des langfristigen Wohnungsbauprogramms bereit.
- Großbritannien und Rhodesien unterzeichnen ein Abkommen, das die Unabhängigkeit der früheren britischen Kolonie anerkennt.
25. Zu Gesprächen mit der sowjetischen Regierung über das deutsch-sowjetische Verhältnis und die europäische Sicherheit trifft Außenminister Scheel in Moskau ein. „Selbstverständlich werden wir die Ost-Verträge ratifizieren“, erklärt er bei seiner Ankunft.
26. In Kairo wird der jordanische Ministerpräsident Teli auf offener Straße erschossen.
- Nach rund 6jähriger Unterbrechung planen die Bundesrepublik Deutschland und Algerien wieder die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.
- Die IG Metall und Gesamtmetall vereinbaren die Einleitung eines besonderen Schlichtungsverfahrens für Nordwürttemberg/Nordbaden.

29. Die sowjetische Führung erklärt Außenminister Scheel zum Abschluß seiner Gespräche in Moskau, daß die Vereinbarungen der Vier Mächte über Berlin gleichzeitig mit dem Moskauer Vertrag in Kraft gesetzt werden sollen. Dazu erklärt Außenminister Scheel, daß die Bundesregierung den Ratifizierungsprozeß für die Ost-Verträge in Gang bringen werde, wenn die Berlin-Verhandlungen abgeschlossen seien.
30. Die Bonner Koalitions-Frakturen der SPD und der FDP legen einen Gesetzentwurf vor, nach dem 9 Mill. Rentner ihre 1968 und 1969 gezahlten Beiträge zur Krankenversicherung wiedererhalten sollen. Hierbei handelt es sich um einen Betrag von rd. 1,3 Milliarden Mark.

Dezember

2. Bundesminister Helmut Schmidt, der sich auf einer politischen Informationsreise rund um die Welt befindet, plädiert nach zahlreichen Gesprächen mit den führenden Politikern asiatischer und pazifischer Staaten für eine neue deutsche Asienpolitik. Schmidt geht davon aus, daß sich die politischen Verhältnisse im asiatischen Raum in einem grundlegenden Wandel befinden — einem Wandel, der auch Auswirkungen auf Europa haben werde.
- 3./4. Bundeskanzler Willy Brandt hält sich zu einem zweitägigen Besuch in Paris auf. Gesprächsthemen mit Staatspräsident Pompidou sind in „ausgesprochen freundlicher Atmosphäre“ Währungsfragen, Ost-West-Probleme und die Beziehungen unter den westlichen Ländern.
4. Zwischen Indien und Pakistan herrscht offener Kriegszustand. An allen Fronten wird heftig gekämpft. Indische Truppen dringen in einer Großoffensive nach Ostpakistan ein. Bei der Fahndung nach Mitgliedern der Rader-Meinhof-Gruppe wird der 24jährige Georg von Rauch in Westberlin unter nicht geklärten Umständen erschossen.
8. Mehr als 35 000 Metallarbeiter aus dem südwestlichen Tarifgebiet protestieren in einer Großdemonstration in Stuttgart gegen die Haltung der Arbeitgeber.
9. Bei der NATO-Tagung in Brüssel zeichnet sich eine Einigung zwischen den NATO-Partnern für die Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonferenz ab. Nach einem belgischen Kompromißvorschlag sollen nach Abschluß der Berlinverhandlungen die interessierten Staaten in zweiseitigen parallelen Gesprächen die Sicherheitskonferenz zunächst vorbereiten. Erst nach formeller Unterzeichnung des Berliner Schlußprotokolls durch die Vier Mächte soll die multilaterale Vorbereitung in Gang gesetzt werden. Am Rande der Konferenz einigen sich der US-Verteidigungsminister Laird und Bundesverteidigungsminister Schmidt über den Devisenausgleich.
10. Bundeskanzler Willy Brandt nimmt in Oslo den Friedens-Nobelpreis entgegen. „Mit dem Ausdruck bewegten Dankes“ nehme er die Auszeichnung zugleich im Namen derer entgegen, „die mir helfen und geholfen haben“, sagt Brandt. Er wolle alles tun, um den Erwartungen vieler aufgrund dieser am meisten verpflichtenden Ehrung für einen Politiker nachzukommen. Die Tarifpartner im Metallkonflikt in Baden-Württemberg einigen sich auf 7,5% mehr Lohn und Gehalt, auf 60,— DM netto für Oktober bis Dezember und auf eine Stufenregelung für die tarifliche Absicherung eines 13. Monatsgehaltes.
11. In West- und Ost-Berlin werden die innerdeutschen Vereinbarungen zur Ausfüllung des Vier-Mächte-Rahmenabkommens über Berlin paraphiert. Die Vereinbarungen werden nach der Unterzeichnung des Schlußprotokolls der Vier Mächte in Kraft treten.
- 11./12. Die Jungsozialisten entscheiden sich auf ihrem Kongreß „zur politischen Ökonomie und zur Strategie“ „für eine alternative Strategie gegenüber einer Wachstumspolitik auf der Basis der Befriedigung der privatkapitalistischen Interessen in und mit der SPD und in und mit den Gewerkschaften“.
13. Die Bundesregierung setzt die Ratifizierung der Ost-Verträge in Gang. Zusammen mit dem Entwurf des Ratifizierungsgesetzes leitet die Bundesregierung dem Bundesrat die Niederschrift von verbindlichen Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko gegenüber Bundesaußenminister Scheel zu, in denen die sowjetische Ansicht niedergelegt ist, der Moskauer Vertrag enthalte keinen endgültigen Verzicht auf eine deutsche Wiedervereinigung und keine Anerkennung aller bestehenden Grenzen als unveränderlich.
- 13./14. Richard Nixon und George Pompidou treffen sich zu zweitägigen Besprechungen auf der Azoreninsel Terceira. Der amerikanische Präsident kündigt eine Abwertung des Dollars als amerikanischen Beitrag zur Neuordnung des westlichen Währungssystems an.
17. Der unter aufsehenerregenden Umständen entführte Essener Großkaufmann, Theo Albrecht, wird nach Zahlung von 7 000 000 DM Lösegeld von seinen Entführern freigelassen. Indien und Pakistan einigen sich auf eine Feuerpause.

In Bonn unterzeichnen Staatssekretär Bahr und Staatssekretär Kohl das Transit-Abkommen für den Verkehr von und nach Berlin. Unter anderem werden die Reisenden Transitgebühren nicht mehr direkt zahlen müssen, die DDR erhält statt dessen von der Bundesrepublik eine Pauschalsumme in Höhe von 234,9 Millionen Mark.

- 17./18. In Godesberg setzt die SPD ihren außerordentlichen Parteitag fort. Themen sind Reformen der Parteistruktur und die Rechte einzelner Parteigliederungen. Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wachnewski, erklärt seinen Rücktritt, nachdem es die Delegierten abgelehnt hatten, den Bundesgeschäftsführer künftig vom Parteitag wählen zu lassen.
19. Die Länder des sogenannten Zehnerclubs einigen sich auf neue Wechselkursparitäten, die mit größeren Bandbreiten als bisher bestehen sollen. Die USA nehmen die von ihnen bisher erhobene Exportabgabe von 10 % zurück. Die Einigung des Zehnerclubs wird allgemein begrüßt.
20. Der frühere pakistanische Außenminister, Zulfikar Ali Bhutto, löst General Yahya Khan im Amt des pakistanischen Staatspräsidenten ab.
- In Ost-Berlin werden die Texte über eine Besuchsregelung für West-Berliner und einen Gebietsaustausch von Senatsdirektor Müller und Staatssekretär Kohrt unterzeichnet. Die drei Westmächte nehmen in etwa gleichlautenden Erklärungen mit Befriedigung vom Abschluß der Verhandlungen der Deutschen untereinander Kenntnis.
23. Zum neuen UNO-Generalsekretär wird der österreichische Diplomat und ehemalige Präsidentschaftskandidat der Österreichischen Volks-Partei, Kurt Waldheim, gewählt.
24. Bundespräsident Heinemann fordert in seiner Weihnachtsansprache die Bürger der Bundesrepublik auf, zur Bewahrung des Friedens beizutragen und durch ein größeres Maß an Zivilcourage die Freiheit zu sichern und zu festigen. Der Bundespräsident erinnert besonders an jene Menschen, „die wieder einmal von der Geißel des Hasses und zerstörerischer Gewalt betroffen werden“.
23. Die Bundesrepublik und der Sudan nehmen wieder diplomatische Beziehungen auf.
29. Bundeswirtschafts- und Finanzminister Schiller prophezeit für 1972 eine „wesentliche Preisberuhigung“ bei einer Steigerungsrate von durchschnittlich 4,5 %.
- Nach den Besprechungen mit Bundeskanzler Willy Brandt erklärt der amerikanische Präsident Richard Nixon, die Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik seien z. Z. „ausgezeichnet“. Nixon beglückwünscht Brandt im Namen des ganzen amerikanischen Volkes zur Verleihung des Friedens-Nobel-Preises.
31. In seiner traditionellen Neujahrsansprache gibt Bundeskanzler Willy Brandt seiner Überzeugung Ausdruck, es werde 1972 nicht zu einem wirtschaftlichen Rückschlag kommen: „Es wird keine Rezession geben, die Arbeitsplätze werden insgesamt nicht gefährdet sein.“ Die Arbeit der Bonner Regierungskoalition weise keine schlechte Bilanz auf. Schon bei der Halbzeit habe die Regierung mehr als die Hälfte dessen geschafft, was sie sich 1969 vorgenommen habe. Brandt äußert die Hoffnung, daß es im neuen Jahr Fortschritte in Richtung auf vertraglich geregelte Beziehungen zur DDR geben werde. Er sei davon überzeugt, daß die Verträge mit Moskau und Warschau und damit auch das Berlinabkommen in der ersten Hälfte des neuen Jahres in Kraft treten werde.

Leserbriefe

Historischer Dilettantismus

Der Genosse Brand hat in einem Artikel unter dem Titel „Sozialismus heute“ (NG 8/71) seine Meinung zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen dargelegt ... Brand schreibt: „*Erst im Verlaufe des 19. Jahrhunderts wurden in zunehmendem Maße die Begriffe Sozialismus und Kommunismus gleichgesetzt.*“

Dies bedeutet, wie auch aus dem Textzusammenhang hervorgeht, daß Brand Sozialismus und Kommunismus für grundsätzlich heterogene Begriffe betrachtet. Brand geht hierbei von der historischen falschen Annahme aus, daß Kommunismus und Sozialismus ursprünglich, ihrem Wesen nach, grundverschiedene Auffassungen gewesen seien, die sich erst „im Verlaufe des 19. Jahrhunderts“ vereinigten, um sich dann wieder, wie es ihrer Natur entsprach, zu trennen.

Wie falsch diese Behauptung ist, geht daraus hervor, daß Lassalle, der Urvater der Sozialdemokratie, Marx und Engels sich vor zirka 1855 als Kommunisten, danach als Sozialisten bezeichneten. Dies heißt, daß Kommunismus bzw. Sozialismus im vorigen Jahrhundert lediglich verschiedene Bezeichnungen für gleiche Grundanschauungen verschiedener Epochen geschichtlicher Entwicklungen waren.

Erst Lenin, dessen Partei bis zum März 1918 unter dem Namen „Mehrheitliche Sozialdemokraten“ (!) (Bolschewiki) firmierte, änderte diesen in kommunistisch um, nicht, wie Brand meint, um mit dem Sozialismus zu brechen, sondern um ihn zu radikalisieren und um sich demgegenüber vor allem von der deutschen Sozialdemokratie abzugrenzen.

Die Unterscheidung Brands zwischen Sozialismus und Kommunismus in dem Sinne, daß beide nicht zu vereinbaren sind, beruht auf historischem Dilettantismus. Dieser Dilettantismus ist wiederum im Zusammenhang mit der schon geschilderten Mentalität zu sehen.

Der Kommunismus ist nichts weiter als eine Linksabspaltung der Sozialdemokratie, die sich aber in bezug auf die gesellschaftspolitische Perspektive vom Sozialismus nicht wegbewegt, sondern ihn radikalisiert hat. Mit anderen Worten: der Kommunismus ist die militante, radikale, bewußt revolutionäre Spielart des Sozialismus und somit ein Teil des Ganzen, des Sozialismus.

Brand behauptet weiter, daß „allein die Sozialdemokratie die ursprüngliche Weite und Bedeutung des Sozialismusbegriffs bewahrt“ habe. Diese „ursprüngliche Weite und Bedeutung“ ist nichts anderes als die marxistische wissenschaftliche Analyse. Brand weiß das anscheinend nicht. Er sollte sich einmal mit der Geschichte seiner eigenen Partei beschäftigen! Lassalle, der am 23. Mai 1863 den ADAV und damit die deutsche Sozialdemokratie begründete, war überzeugter Marxist. Sein Nachfolger Bebel, der Chefideologe Kautsky, die gesamte Elite der alten Sozialdemokratie waren in einem Maße auf die

marxistische Linie, „die ursprüngliche Weite und Bedeutung des Sozialismusbegriffs“ eingeschworen, daß Lenin (!) die deutsche Sozialdemokratie vor seinen russischen Genossen als vorbildlich und wegweisend hinstellte ...

Erst nachdem die deutsche Sozialdemokratie, bis dahin wegweisend für die gesamte europäische sozialistische Bewegung, erstmals eine Formierung mit der Bourgeoisie einging, indem sie die Kriegskredite bewilligte, zerbrach der europäische Sozialismus in zwei Richtungen, die sozialdemokratische und kommunistische.

Die Sozialdemokratie hielt, auch noch in Weimar, an der marxistischen, systemüberwindenden Grundkonzeption fest. Besonders der langjährige Reichsfinanzminister und Austromarxist Hilferding war für die ideologische Bewußtseinsbildung innerhalb der Partei tätig.

Allerdings ist hervorzuheben, daß sich der Revisionismus Bernsteins, der sich in Süddeutschland als „Reformismus“ (Vollmar) bezeichnete, schon damals, besonders über die Gewerkschaften (Legien) ständig ausbreitete und an Einfluß gewann. Dieser Revisionismus hält zwar an der marxistischen Grundthese fest, daß der Sozialismus durch Systemüberwindung anzustreben sei, verdrängt jedoch dieses Ziel hinter das der schrittweisen Reform.

Dessen ungeachtet bildete das Heidelberger Programm von 1925 eine direkte Anknüpfung an Erfurt und die klare primäre Perspektive der Systemüberwindung.

Auch nach 1945 wurde zunächst an diese Tradition angeknüpft. Dies entsprang der Erkenntnis, daß dem Faschismus nur dann wirksam begegnet werden kann, wenn man sozialistische, demokratische Positionen schafft. Erst die außenpolitische Wandlung und vor allem die „Wahlniederlagen“ von 1953 und 1957 führten zu einem dem Wesen nach prinzipiellen Bruch der SPD mit ihrer bisherigen gesellschaftspolitischen Grundkonzeption.

Der Revisionismus, der konsequent weiterentwickelt, d.h. seinem Wesen entsprechend auch den ursprünglich noch vorhandenen sozialistischen Kern revidiert hatte, trat jetzt in einer systembejahenden Form auf. Dies ist der Bruch der Sozialdemokratie mit der „ursprünglichen Weite und Bedeutung des Sozialismusbegriffs“.

Wenn Brand sagt, daß die Sozialdemokratie diese „ursprüngliche Weite und Bedeutung des Sozialismusbegriffs“ bewahrt habe, so ist das ein Beweis von historischem und politischem Dilettantismus oder Demagogie.

Wolfgang Zahn

Mobilität

Sehr geehrter Herr Raffert, Ihren Artikel „Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt durch Mobilität“, NG 9/71, habe ich mit großem Interesse gelesen. Als Vorsitzender des von ARD

und ZDF eingesetzten Gründungsausschusses für eine Pensionskasse der freien Mitarbeiter aller Rundfunkanstalten erlaube ich mir jedoch, Ihnen einige Bemerkungen und Richtigstellungen zu übermitteln.

Sie schreiben, daß die meisten Redakteure der Rundfunkanstalten aus den „Volontärstellen“ der Tageszeitungen kommen. Nach meiner Meinung stimmt diese Behauptung schon seit einigen Jahren nicht mehr. Der Hessische Rundfunk z. B. hat in den letzten 10 Jahren ständig zwischen 30 und 40 Volontäre und Praktikanten beschäftigt, einschließlich der Regierungspraktikanten aus den Entwicklungsländern. Da alle anderen Rundfunkanstalten in gleichem Umfang Volontäre und Praktikanten beschäftigen, ergibt sich, daß beim Rundfunk jährlich Hunderte Volontäre und Praktikanten ausgebildet werden. Hiervon werden etwa 70 Prozent in den Redaktionen und Programmabteilungen ausgebildet.

Um die allseits angestrebte Mobilität der Journalisten zu verbessern, haben die Intendanten bereits am 13. Mai 1970 beschlossen, daß Journalisten beim Eintritt in Rundfunkanstalten das uneingeschränkte Wahlrecht zwischen dem Versorgungswerk der Presse GmbH und der neuen Pensionskasse haben. Am 25. Juni 1970 folgte der Beschluß, wonach beim Wechsel zwischen den Rundfunkanstalten die Ansprüche auf Versorgungsansprüche von der übernehmenden Anstalt voll angerechnet werden.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß eine weitergehende Anrechnung von Rechten aus der Altersversorgung zwischen Presse und Rundfunk nur durch eine gesetzliche Regelung erreicht werden kann, z. B. in der Form, daß die Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung beim Ausscheiden nicht mehr verfallen, sondern von den Mitarbeitern mitgenommen werden können. Eine solche Regelung müßte dann aber — um den Grundsatz der Gleichbehandlung zu wahren — für alle Mitarbeiter von Presse und Rundfunk gelten. Tarifliche Verhandlungen dürften wegen der unterschiedlichen Interessen der zahlreichen für den Rundfunk zuständigen Gewerkschaften auf Jahre hinaus nicht zu dem gewünschten Ziel führen.

Weber

Der Bundesrat als Bremsklotz

Die Zuleitung der Verträge mit Moskau und Warschau an den Bundesrat hat die Oppositionsparteien (CDU und CSU) nervös gemacht. Sie wenden ein, das Ratifikationsverfahren werde hektisch betrieben und diene nicht der Sache.

Der Abschluß der Verträge liegt schon über ein Jahr zurück, so daß außenpolitischen Fachleuten die Materie schon längst und hinreichend bekannt sein dürfte. Die Opposition hat durch ihren außenpolitischen Sprecher, Gerhard Schröder, und ihren Parteivorsitzenden, Rainer Barzel, unmißverständlich ihr Nein zu den Ostverträgen bekundet.

Nachdem die Ostverträge im Bundestag eine — wenn auch kleine — Mehrheit finden werden, ist zu erwarten, daß die Opposition mit Hilfe der CDU/CSU-Länderregierungen die Vertragswerke zu Fall zu bringen versuchen.

Es erscheint mir angebracht, die Behauptung der Opposition, der Bundesrat sei eine bloße Vertretung der Länder, zu widerlegen. In dem von Professor Theodor Maunz (ehemaliger CSU-Kultusminister in München) verfaßten Studienbuch „Deutsches Staatsrecht“ (4. Auflage) heißt es auf Seite 232: „Der Satz, daß die Länder durch den Bundesrat bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitwirken (Artikel 50 des GG), darf nicht zu dem Schluß verleiten, daß der Bundesrat eine bloße Vertretung der Länder darstelle, sei es der Länderregierungen, sei es der Ländervölker. Der Bundesrat ist ebensoviel und ebensowenig eine Vertretung der Länder wie der Bundestag eine Vertretung der politischen Parteien. Er ist ein Bundesorgan, kein Länderorgan, und zwar ein Organ, das ebenfalls seine repräsentative Stellung der Volkssouveränität verdankt. Das Volk ist hier nur in anderer Weise gegliedert als beim Bundestag, nämlich nach Ländern.“ Bezüglich der Einflußnahme der Länder auf den Bund weist Maunz interessanterweise ausdrücklich darauf hin, daß hierzu besondere Ländereinrichtungen wie z. B. Landesminister für Bundesangelegenheiten, Konferenzen der Innen- und Kultusminister etc. geschaffen worden seien.

Das Verhalten der Opposition im Bundesrat entspricht also nicht einmal ihrem Lehrmeister Professor Maunz. Weil es ihr auf Verschleppung und Verhinderung der Beschlußfassung der Vorlagen ankommt, kann man ihr mit Fug und Recht den Vorwurf der bewußten Obstruktion machen. Wer aber Obstruktion treibt, ist nicht mehr fortschrittlich, sondern reaktionär.

Wegen der Behandlung der Ostverträge im Bundesrat erscheint mir ein einmaliger Durchgang (gemäß § 59 GG) zu genügen, denn sie haben keinen materiellen Gesetzesinhalt, sie sind diplomatische Ober-einkommen, mit deren Ausführung kein Ressort einer Landesregierung beauftragt werden muß. Schon daraus ergibt sich die primäre Rolle des Bundestags und die sekundäre Rolle des Bundesrats. Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß nach dem Völkergewohnheitsrecht die Ostverträge nur Regierungsabkommen sind und nicht unbedingt der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen.

Albert Wiblishauser

Mißtraulische Nachbarn

Deutsche Ostpolitik 1919/1970, Dokumentation und Analyse

hg. von Hans-Adolf Jacobsen unter Mitwirkung von Wilfried von Bredow

Drosie Verlag

Düsseldorf 1970, 504 S., Paperback, DM 32,-

Brennpunkt Berlin

Politische und wirtschaftliche Realitäten

von Joachim Nawrocki

Verlag Wissenschaft und Politik

2. Auflage, Köln 1971, 155 S., DM 8,50

Deutschland gegen Deutschland

Die Überwindung der Gegensätze

von Philip Windsor

Benziger Verlag

Zürich-Köln 1971, 188 S., DM 19,80

Das Buch „*Mißtraulische Nachbarn*“ will nicht die Geschichte der Beziehungen Deutschlands zu den osteuropäischen Staaten darstellen, sondern die Vielfalt der Konzeptionen verdeutlichen, die seit Ende des Ersten Weltkrieges in Deutschland zur Ostpolitik entwickelt worden sind. Die Dokumentation beginnt mit einem Geheimtelegramm des damaligen deutschen Gesandten in Kopenhagen und späteren Botschafters in Moskau, Ulrich von Brockdorff-Rantzau, an das Auswärtige Amt und endet mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag vom 12. August 1970. In der Analyse „Politik der starren Fronten. Westintegration als Mittel deutscher Ostpolitik“ kommt Jacobsen zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik unter dem Einfluß der weltpolitischen Entwicklung und nach dem Willen Konrad Adenauers für viele Jahre auf eine aktive Ostpolitik verzichtete. Adenauer habe deshalb auch den innerdeutschen Graben, wenn nicht sogar die Spaltung Deutschlands „mitzuverantworten“. Seine Behauptung, die „Politik der Stärke“ führe über die Westintegration automatisch zur Wiedervereinigung Deutschlands, bezeichnet Jacobsen als „Lebenslüge“ der Kanzlerschaft Konrad Adenauers. Diese Politik der damaligen Bundesregierung war von Gustav Heinemann schon Anfang 1952 zutreffend so kommentiert worden: „*Leider sprechen ... viele Anzeichen dafür, daß mit der Betonung der deutschen Einheit ... nur eine Kluft gezmurmert wird, um diejenigen zu beruhigen, welche über den in Bonn gesteuerten Kurs höchst beunruhigt sind.*“ Endgültig gescheitert sieht Jacobsen die Politik der Stärke mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961.

Ebenso engagiert wie sachlich sind die Ausführungen des Berliner „Zeit“-Korrespondenten Joachim Nawrocki zum Thema „Brennpunkt Berlin“. Der Umstand, daß der Band noch vor dem alliierten Berlin-Abkommen abgeschlossen wurde, mindert nicht seinen Wert als informative Übersicht über die politi-

sche, wirtschaftliche und rechtliche Situation Berlins, das jahrzehntelange Tauziehen um Berlin und die vielfachen Bindungen West-Berlins zum Bund. Nawrocki tritt vor allem dem in einem bestimmten Teil der deutschen Publizistik eine Zeitlang modischen Berlin-Pessimismus entgegen und geht dabei besonders mit den 1967/68 veröffentlichten Diagnosen und Prognosen des Darmstädter Professors Kade ins Gericht. Sein Fazit lautet, es gebe heute keine Krise in West-Berlin, sondern nur Probleme, die aus der geografischen Lage der Stadt und der Altersstruktur ihrer Bevölkerung resultieren. Bei allem Engagement für eine befriedigende Berlin-Regelung betont Nawrocki jedoch, eine endgültig zufriedenstellende Lösung der Berlin-Frage werde es „*nicht geben, solange Deutschland geteilt ist.*“

Mit der Entwicklung, die zur Teilung Deutschlands führte, und den Möglichkeiten ihrer Überwindung beschäftigt sich die Analyse „Deutschland gegen Deutschland“ des britischen Politologen Philip Windsor. Der Autor, früher Mitarbeiter am Institute for Strategic Studies und heute an der London School of Economics tätig, beleuchtet die Deutschland-Politik vor allem unter dem Aspekt der europäischen Sicherheit. Das Sicherheitsbedürfnis, das die Sowjetunion auch noch nach 1945 gegenüber dem geschlagenen Deutschland geltend machte, wurde nach Windsors Meinung weniger von den wirklichen Machtverhältnissen bestimmt, sondern beruhte auf der „*Erinnerung an die Irrationalität und Brutalität des nationalsozialistischen Regimes.*“

Obwohl die UdSSR ursprünglich ebensowenig ein Interesse an der Spaltung Deutschlands hatte wie die westlichen Alliierten, leitete nach Windsors Darstellung Stalins Sowjeterisierungspolitik in der SBZ „objektiv“ den Teilungsprozeß ein. Eine reale Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands unter nichtkommunistischen Vorzeichen bot sich nach Windsors Auffassung nur „*in den 18 Monaten vor und nach Stalins Tod.*“

Die damals in der deutschen Innenpolitik entbrannte Auseinandersetzung stellt Windsor anhand der Kontroverse zwischen SPD und CDU, exemplifiziert am unterschiedlichen Verhalten Konrad Adenauers und Ernst Reuters, dar. Im Gegensatz zu Adenauer glaubte Reuter, den Windsor als „*Staatsmann von internationalem Format*“ charakterisiert, an eine Wiedervereinigungsmöglichkeit, „*und wahrscheinlich hätte er recht.*“ Wären die sowjetischen Offerten damals „*In Westdeutschland auf größere Flexibilität gestoßen, hätte sich die spätere Geschichte Europas ... ganz anders gestalten können. Aber Reuter wurde nicht Außenminister, die Sozialdemokraten blieben in der Opposition, und damit war eine grundlegende Entscheidung für die Bundesrepublik gefallen.*“

Windsor plädiert für eine Wiedervereinigung Deutschlands, weil nur dadurch auch die Teilung Europas aufgehoben werden könne und so eine Quelle für ständige internationale Spannungen beseitigt würde. Langfristig müssen nach seinem Dafürhalten zwei

wesentliche Voraussetzungen erfüllt sein, um irgendwann in der Zukunft eine Wiedervereinigung Deutschlands möglich zu machen: Im internationalen Rahmen dürfe die Teilung Deutschlands nicht mehr als eine Bedingung für das europäische Gleichgewicht betrachtet werden, und im Innerdeutschen Bereich müsse die Teilung aufhören, „Grund für die politische Ausrichtung ... der beiden deutschen Staaten zu sein“.

Insgesamt gilt für die drei Bücher, daß sie als Beiträge zur aktuellen außen- und deutschlandpolitischen Diskussion Beachtung verdienen. Besonders erfreulich ist die Behandlung der Themen im größeren Zusammenhang. Unverständlich erscheint allerdings das Fehlen eines Registers und jeglicher Literaturangabe im Buch von Windsor. Diesem Autor sind daneben nicht nur einige unkorrekte Datierungen anzulasten, sondern auch der unerklärliche Lapsum, Egon Bahr sei früher Bürgermeister in Berlin gewesen. Bei Jacobsen ist zu monieren, daß eine Reihe wichtiger Zitate im Kommentarteil ohne Quellenangabe gebracht wird. Wesentlich beeinträchtigt wird der Wert der Bücher dadurch freilich nicht.

G. H.

dtv-Lexikon politischer Symbole

herausgegeben von Arnold Rabbow
Deutscher Taschenbuch Verlag
München 1970, kart., 270 S., DM 7,80

Nachschlagewerke sind zur Zeit Schlager auf dem Büchermarkt. Praktisch alles wird lexikalisch verarbeitet – ob immer sinnvoll, mag dahinstehen. Eine echte Lücke füllt auf jeden Fall das vorliegende Lexikon politischer Symbole.

Die wichtigsten visuellen politischen Zeichen – und Farbsymbole (etwas vereinfacht definiert: „Ein Symbol ist etwas, das für etwas anderes steht“) aus 190 Ländern sind in alphabetischer Reihenfolge behandelt. Das Schwergewicht liegt auf den Staats-, Herrschafts-, Partei-, Freiheits-, Revolutions- und Ideologiesymbolen der Gegenwart. Symbole aus Altertum und Mittelalter, sowie aus dem kirchlichen Bereich sind nur insoweit berücksichtigt, als sie für die heutige Zeit relevant sind.

Dieses sehr nützliche Nachschlagewerk hat aber auch einige Mängel. Da „Verlag und Verfasser für ergänzende Hinweise und Mitteilungen stets dankbar“ sind, sei kurz erwähnt, was bei einem stichprobenartigen Test auffiel.

Dem Stern als politischem Symbol begegnet man auf Schritt und Tritt. Im dtv-Lexikon findet man da nun in folgender Reihenfolge: Stern (allgemein, Hinweis unter Davidstern, Freiheitsstern, Roter Stern etc. näher nachzuschauen), Sternenbanner und schließlich Stern, Gelber (→ Gelber Stern); Stern, Roter (→ Roter Stern); Stern, Schwarzer (→ Schwarzer Stern). Was soll's? Wäre es nicht besser und übersichtlicher, alles unter dem Oberbegriff „Stern“ zu subsumieren?

Unter IHS liest man: „Christliches Buchstabensymbol, die besonders vom Jesuitenorden propagierte Abkürzung des Geburtsnamens Jesu.“ Ausgesprochen steht das Kürzel an keiner Stelle. Wer ist schon so bibel- oder jesuitenfest, als daß er hinter dieses geheimnisvolle Monogramm käme?

Natürlich fehlt auch die SPD nicht. Dabei haben sich einige „gefärbte“ Bemerkungen eingeschlichen: So wird die „machtvolle Zurschaustellung der roten Parteiliebe“ auf dem Frankfurter Wahlkongreß 1953 als „Mangel an Feingefühl“ abqualifiziert. Sachliches Lexikon? Der Parteilührung wird ein peinliches Dilemma angedichtet, da sich die „jüngjährigen Veteranen der Partei nach wie vor zur roten Farbe“ („klassenkämpferischer Sinngehalt“) bekennen würden. Böswillige Spekulation? Bei einem aus einer Zeitung entnommenen Stimmungsbericht zum 100-jährigen Parteiljubäum wird die Quelle verschwiegen. Uninteressant? Und noch einmal im Zusammenhang mit der roten Parteiliebe: „Vermutlich war es die Verärgerung der alten Parteilmitglieder ...“ Kommentar oder Information?

Wer wissen möchte, unter welcher Flagge die Tupamaros kämpfen, wird vergebens blättern. Sind sie unwichtiger als zum Beispiel „Petri Schlüssel“, dem ein eigenes Stichwort eingeräumt wurde. Nicht besser ergeht es der „Frelimo“, aber die UDENAMO-Bewegung in Mozambique wird erwähnt – versteckt unter „Freiheitsstern“. Dagegen wird der in Portugiesisch-Guinea kämpfenden PAIGC ein eigenes Stichwort zugestanden. Wo bleiben da Logik und Systematik?

Resümee: Neben einer kritischen Durchsicht auf tendenzlose Stellen hin müßte der Autor ein (Personen-) und Sachregister anfügen, wenn sich der Benutzer nicht weiterhin mit detektivischem Spürsinn durch den Text wühlen soll.

A. I.

Mobilmachung zum Frieden

Friedensforschung und Friedenspraxis
von Rainer Kabel
Schriftenreihe „Jugend-Staat-Gesellschaft“
Katzmann Verlag
Tübingen 1971, 128 S., DM 8,80

Bundespräsident Gustav Heinemann und Bundeskanzler Willy Brandt haben in mehreren Reden die Friedens- und Konfliktforschung aufgerufen, die kriegsverursachenden Faktoren zu erfassen und friedensfördernde Strukturen aufzuzeigen.

Die Publikationen zur Friedens- und Konfliktforschung sind Legion. Eine neue Publikation scheint m. E. nur dann gerechtfertigt, wenn sie entweder einen neuen Forschungsansatz vorstellt oder eine Strategie zu skizzieren weiß, mit deren Hilfe die „breite Masse“ für friedensrelevante Fragen empfänglich gemacht und zum Kampf für den Frieden mobilisiert werden kann.

Der Politologe Rainer Kabel will mit seiner Schrift „Mobilmachung zum Frieden, Friedensforschung und Friedenspraxis“ laut Klappentext eine Orientierungshilfe liefern. Sein Überblick über die Erkenntnisziele und den Forschungsstand gibt einen Einblick in Möglichkeiten und Grenzen der „Wissenschaft vom Frieden“.

Die forschungsstrategischen und methodischen Probleme lassen sich mit folgenden Fragen verdeutlichen: Ist „Frieden“ mehr als nur die temporäre Abwesenheit von „Krieg“? Soll der Forschung der „negative Frieden“ oder der „positive Frieden“ als Zielbegriff zugrunde liegen? Wie läßt sich das Syndrom der „organisierten Friedlosigkeit“ (Senghaas) faktoriell bestimmen? Wie könnte eine „Friedensstrategie“ aussehen? Und nicht zuletzt: Wie lassen sich die Ergebnisse der Friedensforschung in die Praxis umsetzen?

Es wäre reizvoll, sich in detail mit den Thesen Kabels argumentativ auseinanderzusetzen. Nur soviel: Im Kapitel „Friedenspläne“ findet sich der Satz: „Rüstungskontrolle und Abrüstung als sicherer Weg zum Frieden bieten sich an.“ (S. 69) Hier wäre eine Diskussion des Friedensbegriffs, aber auch des Abrüstungsbegriffs notwendig. Inwieweit ist es gerechtfertigt, das alternative Denken Theodor Eberts als „reichlich naiv und unpolitisch“ (S. 107) hinzustellen? Am fruchtbarsten für die Diskussion des Friedensbegriffs ist nach Kabel Johan Galtung's Gewalttheorie. Kabel ist zuzustimmen, wenn strukturelle Gewalt die Ursache der personalen Gewalt ist, so muß Friedensforschung die strukturelle Gewalt zum Gegenstand ihrer Forschung machen und Pläne entwickeln, die strukturelle Gewalt abzuschaffen.

Wie wird nun das Theorie-Praxis-Verhältnis von Kabel beschrieben? Das Problem der Umsetzbarkeit der Forschungsergebnisse in Handlungsstrategien klingt im Untertitel an: „Friedensforschung und Friedenspraxis“. Wer sind die sozialen Träger, die die Friedensforschungsergebnisse in die Tat umsetzen können? Wie lassen sich Motivationen für „friedenspraktisches“ Handeln entwickeln?

Der interessierte Leser wird neugierig, wenn Kabel fragt: Was kann der einzelne tun? Wer würde nicht gern, was man konkret für den Frieden tun kann? Auf knapp 4 Seiten (!) nennt Kabel Möglichkeiten wie diese: Arbeit in Amnesty International, Aktion Sühnezeichen, Deutscher Entwicklungsdienst ... Hier hätte man Antworten auf Fragen nach der Rezeption und Verarbeitung der Friedensforschungsergebnisse in den sogenannten Friedensdiensten erwartet. Diese Frage war übrigens eine der Zentralfragen des 2. wissenschaftlichen Kolloquiums der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung vom 14. bis 17. 10. 1971 in Berlin.

Mobilmachung zum Frieden heißt der Titel. Welche Inhalte und Formen sind geeignet, die Betroffenen (das sind wir alle) für den Kampf zu mobilisieren? Welche intragesellschaftlichen Voraussetzungen sind für eine „Friedengesellschaft“ unverzichtbar?

Unter welchen intergesellschaftlichen Bedingungen ist „Frieden“ (positiver Frieden) realisierbar? Das Buch wirft mehr Fragen auf, als es beantwortet.

Wilhelm Bruns

Konfliktforschung und Friedensplanung

Von Rainer Waterkamp
Verlag W. Kohlhammer
Stuttgart 1971, 164 S., kart., DM 16,80

Anspruchsvoller Titel und vielversprechender Umschlagtext („entscheidender Beitrag zur Diskussion über Aufgabenstellung und Methoden der Friedensplanung sowie über Arbeitsbereiche der Friedensforschung“) setzen Maßstäbe zur Kritik. Hier sollen einige Gedankengänge herausgegriffen werden, um zu zeigen, wie leichtfertig referiert, behauptet und gewertet wird.

So behauptet Rainer Waterkamp: „Grundlage jeder Friedentheorie ist die Frage, wie politische Macht am besten zwischen den Staaten verteilt, kanalisiert und kontrolliert wird.“ (S. 9) Ist das Problem Krieg und Frieden tatsächlich noch auf die Machtfrage zu reduzieren? Krieg ist nicht nur ein Ereignis zwischen Staaten, sondern ein Phänomen mit vielfältigen Ursachen, die überwiegend innergesellschaftlicher Natur sind. Das sollte sich inzwischen herumgesprochen haben. Ein prominenter Nichtpolitologe, Gustav Heinemann, hat mehrfach auf diesen Zusammenhang hingewiesen.

Nicht die Machtfrage, sondern die von Johan Galtung in die Friedensforschung eingeführte „strukturelle Gewalt“ ist die Grundlage moderner Friedentheorien. Strukturelle Gewalt, die Ursache manifesten personalen Gewalt ist (Gewalttaten, Kriege), liegt vor, wenn Menschen sich trotz vorhandener Möglichkeiten nicht frei von Not, Zwang und Unterdrückung entfalten können. Beseitigung der Gründe struktureller Gewalt, die in „Gewohnheiten, Vorurteilen, Sozialordnungen und Herrschaftsformen“ (Gustav Heinemann) liegen, ist Aufgabe angewandter Friedensforschung, die besser „Friedenpolitik“ als „Friedensplanung“ genannt werden sollte.

Mit dem Begriff „Peaceful Change“, den Rainer Waterkamp für die notwendige Veränderung des gegenwärtigen Zustandes der Erde gebraucht, wird er der genuin politischen Aufgabenstellung der Friedensentwicklung nicht gerecht. Ausgerechnet den ehemaligen US-Außenminister John F. Dulles, Symbolfigur der starren Verteidigung des Status quo, nennt Waterkamp als Zeugen für die Dynamik gegenwärtiger Politik. Bestandteile des „Peaceful Change“ sind nach Waterkamp „allgemeine Abrüstung, die Entwicklungshilfe und Entkolonialisierung sowie eine pragmatische Entspannungspolitik zur Überwindung des kalten Krieges“ (S. 94). Alle diese Forderungen bleiben wohlklingende, aber

inhaltsleere Worte, wenn nicht die ökonomischen und politischen Widerstände gegen Aktivitäten des friedlichen Wandels offen erörtert werden. Eine „allgemeine Abrüstung“ wäre wünschenswert, stünde aber doch wohl am Ende eines langen Weges politischer Übereinkünfte, wirtschaftlichen Interessenausgleichs und weltweiter Kooperation. „Entwicklungshilfe“ ist ohne Änderung der Handelsbedingungen mit Ländern der Dritten Welt, ohne staatliche Eingriffe in hemmungslose private Profitsucht in den Industrienationen, ohne Abkehr von eigensüchtiger Nationalpolitik wirkungslos. Eine „pragmatische Entspannungspolitik“ endlich müßte ausführlicher beschreiben werden. Nur eine konsequente Friedenspolitik, die sich auch von Rückschlägen nicht entmutigen läßt, wird letztlich erfolgreich sein.

Vieles in Waterkamps Buch ist hingehuscht, scheint willkürlich aus einer großen Materialsammlung zusammengesucht zu sein, ist nicht ganz falsch und nicht ganz richtig. Schlimm ist seine Autoritätsgläubigkeit, nicht nur, was die Zitate von Mächtigen unserer Welt angeht, die er gern in seinen Text einstreut, sondern auch, was die Verfasser aller möglichen Bücher zu ähnlichen Themen angeht. Ohne Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden, ohne zu werten, ohne einzelnes in größere Zusammenhänge einzuordnen, referiert der Autor Meinungen und Ansprüche. Immer wieder beruft er sich auf die „Friedensplaner“, so daß beim unkritischen Leser der Eindruck entstehen könnte, daß es überall auf der Erde unermüdlich tätige Angehörige dieses wünschenswerten Berufsstandes gäbe. Der desolate Zustand der Friedensforschung auf der Erde, der in keinem Verhältnis zur Blüte der Vernichtungswissenschaft steht, wird durch ständige Hinweise auf Friedensplaner, -forscher etc. verdeckt.

Ein anderes Ärgernis ist die Einordnung des von Friedensforschern heftig kritisierten ABM- und Safeguard-Systems der Vereinigten Staaten, das zu einer Eskalation der Rüstungskosten in Ost und West führen muß, unter die Überschrift „Methoden der Friedensplanung“.

Wenn der Autor zum Schluß seines Buches den Ausbau des Internationalen Gerichtshofes zu einer wirklichen Schlichtungsstelle internationaler Konflikte fordert und sich dabei fast ausschließlich auf Pläne aus den vierziger Jahren von Clark und Sohn beruft, zeigt das den Modernitätsrückstand seiner Materialsammlung. Integrationsforschung, Demokratisierungsforderungen, multidisziplinäre Untersuchungen einzelner gegenwärtiger Krisen, Konflikte und Kriege, im Augenblick diskutierte Aufgabenstellung und Möglichkeiten der Friedensforschung übergeht der Autor. Die Mode Friedensforschung wird wahrscheinlich auch diesem Buch einen guten Verkauf sichern; die Wissenschaft Friedensforschung wird es nicht beachten.

Rainer Kabel

Städtebau nach neuem Recht

Grundriß des Städtebauförderungsgesetzes
von Kurt Walter

Verlag NEUE GESELLSCHAFT

Bonn-Bad Godesberg 1971, 164 S., Snolnbroschur, DM 8,-

„Das Städtebauförderungsgesetz soll und wird es den Gemeinden ermöglichen, ihre anstehenden Probleme wirtschaftlicher und zügiger als bisher zu lösen.“ Das sagt Bundeswohnungsbauminister Lauritz Lauritzen in seiner Einleitung zum Städtebauförderungsgesetzkommentar von Kurt Walter. Der Autor ist Regierungsdirektor im Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen und – darauf weist auch die ausführliche Einleitung durch den Minister hin – sozusagen „autorisiert“, einen Kommentar zum Gesetz zu liefern.

Es kann nicht Aufgabe einer Besprechung des vorliegenden Buches sein, das Gesetz als solches zu „besprechen“, es politisch zu werten; das geschah im Bundestag in den Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionsfraktionen und der Opposition, und das geschieht noch in den Gemeinden, also dort, wo das Gesetz, das am 1. August 1971 in Kraft trat, seine Anwendung findet. Dort bekommt es im allgemeinen recht gute „Kritiken“, wenn sich auch die Kommunalpolitiker einig sind, daß es – so Lauritz Lauritzen in seiner Einleitung – „den Gemeinden nicht allzu leicht gemacht“ wird, „Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Angriff zu nehmen und zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen“. Lauritzen begründet letzteres mit einer Interessenabwägung, die vorgenommen werden müsse.

Kurt Walter untersucht nicht, ob und welche „Interessen“ berücksichtigt wurden, er gibt also keinen politischen Kommentar, sondern beschränkt sich darauf, da die Erfahrungen mit dem neuen Instrumentarium noch gering sind, den Kommunalpolitikern, „den Juristen und Interessierten Laien einen ersten Einstieg in ein neues Gesetz zu erleichtern“. Daß ihm das gelingt, kann ohne Einschränkung bejaht werden. Auch demjenigen, der nicht gewohnt ist, juristische Kommentare zu lesen, wird es nach einigen Seiten gelingen, sich an das „offizielle“ Deutsch zu gewöhnen. An Fachwissen wird jedenfalls, auch was Fachausdrücke anlangt, die teilweise definiert werden, nicht zuviel verlangt. Natürlich wird jemand, der sich bislang nicht für Kommunalpolitik, die ja gerade auf dem Gebiet der Stadtplanung und Stadtsanierung häufig nicht gerade leicht zu durchschauen ist, durch Kurt Walters Kommentar nicht zum erfahrenen Kommunalpolitiker werden, aber er wird immerhin manche der Schwierigkeiten und Widrigkeiten, die alle unsere Städte mehr oder weniger befallen, besser verstehen und einordnen können, daß heißt, er wird im kommun-

nalen Bereich politischer denken. Dazu können auch die eingefügten „Fallbeispiele“ beitragen.

Eine andere Aufgabe, die der vorliegende Gesetzeskommentar erfüllt, erwähnt der Autor nicht: Der Bundesregierung und den Regierungsparteien wird häufig vorgeworfen, daß sie die von ihnen in Angriff genommenen Reformen, auch wenn sie durchaus Erfolge aufzuweisen haben, nicht in ausreichendem Maße über den engen Kreis der jeweiligen Fachleute hinaus bekanntmachen und vertreten können. „Städtebau nach neuem Recht“ ist ein gutes Beispiel dafür, wie dies mit verhältnismäßig einfachen Mitteln geschehen kann, ohne daß bei der Schwierigkeit der behandelten Materie zu sehr vereinfacht wird. Es wäre zu wünschen, daß dieser sicher nicht unwesentliche Nebenaspekt dazu beitragen kann, andere Veröffentlichungen dieser Art anzuregen. Möglichkeiten bieten sich von der neuen Rentengesetzgebung bis zum neuen Betriebsverfassungsgesetz. Auch der verhältnismäßig niedrige Preis von 8,- DM ist in diesem Zusammenhang kein unwesentlicher Gesichtspunkt. G. F.

Bei der Redaktion eingegangene Bücher

Herbert Giersch:
Kontroverse Fragen der Wirtschaftspolitik
R. Piper & Co. Verlag
München 1971, 133 S., kart., DM 8,-

Der Autor untersucht unter anderem die Zusammenhänge zwischen Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum vor dem Hintergrund der Entwicklung in der Bundesrepublik; er entwickelt Thesen über die Zukunft unseres Wirtschaftssystems und macht Vorschläge für eine Wirtschaftspolitik, die für unsere Gesellschaft im Konflikt zwischen Freiheit und Gerechtigkeit einen besseren Ausgleich verspricht.

Heinz Haller:
Das Problem der Geldwertstabilität
Urban-Taschenbuch
Verlag W. Kohlhammer
Stuttgart 1971, 176 S., kart., DM 7,20

Diese Arbeit verfolgt das Ziel, einem breiteren Leserkreis Einblicke zu geben in die Zusammenhänge, die die seit einer Reihe von Jahren zu beobachtende generelle Preiserhöhung verursachen, und in die Möglichkeiten und Grenzen der Stabilisierung des Preisniveaus und damit des Geldwertes mit wirtschaftspolitischen Mitteln.

Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Gerhard Eisfeld Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858-1870

Studie zu den Organisationen und
Programmen der Liberalen
und Demokraten
240 Seiten, broschiert 24,80 DM

Im Gegensatz zur bisherigen überwiegend Ideengeschichtlichen Betrachtung des Liberalismus stellt Eisfeld in den Mittelpunkt seiner Arbeit die politische Wirklichkeit: Organisation und Führungsstruktur der liberalen Parteien in Deutschland werden auf Grund von Parteibeschlüssen und -programmen untersucht. Im Kongreß Deutscher Volkswirte, in den Fortschrittsparteien und der National-liberalen Partei zeigt sich schon früh die Trennung zwischen den National-liberalen, denen es vor allem um die Einigungspolitik ging, und den Demokraten, die sich für einen parlamentarisch-demokratischen, sozialen Staat einsetzten.

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

Louis-Auguste Blanqui:
Schritten zur Revolution, Nationalökonomie und Sozialkritik
Rowohlt Taschenbuch Verlag
Reinbek 1971, 220 S., kart., DM 5,80

Mit der Herausgabe von Schriften *Blanquis* setzt der Rowohlt Taschenbuch Verlag seine Reihe „Texte des Sozialismus und Anarchismus“ fort. Diese Bibliothek verfolgt den Zweck, Quellentexte der gegen das Privateigentum an den Produktions- und Informationsmitteln und gegen die zentralisierte Staatsgewalt gerichteten politisch-sozialen Bewegungen von der Französischen Revolution bis heute zu präsentieren.

Das große Dreieck
Washington – Moskau – Peking
Zum 65. Geburtstag von Klaus Mehnert
Herausgegeben von Winfried Böttcher, Alexander Steiner und Günther Unser
Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart 1971, 208 S., kart., DM 18,-

Das große Dreieck Washington – Moskau – Peking bestimmt die Weltpolitik der sechziger Jahre. In einer Reihe von sieben Einzelanalysen, von Klaus Mehnert zu einem Gesamtüberblick zusammengefaßt, bietet das Buch dem politisch Interessierten ein „Informationspaket“ zum Verständnis der heutigen und künftigen Entwicklung.

Thomas Walde:
ND-Report
Die Rolle der Geheimen Nachrichtendienste im Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland
R. Piper & Co. Verlag
München 1971, 380 S., kart., DM 24,-

Mit der vorliegenden Arbeit legt Walde seine Untersuchung über die politische Rolle der Geheimen Nachrichtendienste in der BRD vor. Der Ansatzpunkt des Autors gilt dem Widerspruch zwischen der Forderung nach absoluter Geheimhaltung der Arbeit aller Geheimdienste und den demokratischen Prinzipien Transparenz und Partizipation.

Anmerkung der Redaktion:

In dem Artikel „Hamlet in Amerika“ von Klaus Bölling in Heft 1/72 muß der erwähnte Philosoph (S. 50, linke Spalte) John Dewey heißen und nicht, wie Bölling versehentlich zitierte, Thomas Dewey (Republikanischer Präsidentschaftskandidat 1944 und 1948).

In dem Artikel von Luc Jochimsen (Heft 1/72, S. 55 ff.) hat ein fehlendes „e“ den Sinn der Überschrift verändert. Richtig ist die folgende Überschrift: „§ 218 – Eine halbe Reform ist keine/Pilz-doyer für die Fristenlösung“.

Mitarbeiter dieses Heftes

Herbert Wehner
Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion; stellv. Vorsitzender der SPD

Bruno Friedrich
Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken; Direktor der Gesellschaft für politische Bildung, Würzburg

Helmut Rohde
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Jürgen C. Welcher
Ministerialdirektor im Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen

Prof. Dr. Ulrich Lohmar
SPD-MdB; Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft; ordentl. Professor an der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe, Abt. Paderborn

Prof. Dr. Walter Grab
Professor für Neuere Geschichte an der Universität Tel Aviv – Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte

Klaus Harpprecht
Freier Schriftsteller

Dr. Josef Benzinger
Referent im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Prof. Helmut Gollwitzer
Professor am Seminar für Evangelische Theologie der Freien Universität Berlin

Heinz Donath
stud. phil.; freier Journalist

Prof. Dr. Hans Schulte
Professor für Rechtswissenschaft an der Universität Karlsruhe (TH)

Manfred Opel
Dipl.-Ing.; Bundeswehroffizier

Wolfgang Deuling
Dipl.-Soziologe; Redakteur in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit beim SPD-ParteiVorstand

Walter Schilling
Bundesluftwaffenmajor d. R.; z. Z. Student
